

Politische Berichte

Die ÖTV meldet als Erfolg: Nach Warnstreiks an verschiedenen baden-württembergischen Universitätskliniken (Bild: Freiburg) unterschrieben die Arbeitgeber das Fortgeltene der Tarifverträge auch nach Umwandlung der landeseigenen Kliniken in Anstalten des öffentlichen Rechts.



ÖTV Berlin
Gegen Verkauf öffentlichen Eigentums
Auch vor dem Landesparteitag der Berliner SPD demonstrierten am 15.11. mehrere tausend Gewerkschaftsmitglieder gegen Privatisierung und Verkauf öffentlichen Eigentums. Eine Woche zuvor wurden bereits die CDU-Delegierten mit Protesten empfangen.

S.
18/19



Aktuell aus Politik und Wirtschaft

Aktuell in Bonn	2
CS-Parteitag: Stoiber macht sich einen Kopf	3
Bündnisgrüne BDK über Grundsicherung	4
Sozialhilfeinitiativen gegen Kombilohn	5
Alteigentümer auf Vormarsch	5
IG-Farben-Hauptversammlung	6
Neues Energierecht	7
PKK-Verbot: die Innenminister sind nicht zu sprechen	7

Auslandsberichterstattung

Türkei: Geschäfte mit kurdischen Flüchtlingen	8
Baskenland: Forderungen nach Dialog dominieren	9
Nikaragua: Die Prioritäten von Alemán	10
Kuba: Wirtschaft wächst langsamer	10
Meldungen	11

Regionales West und Ost

Lokaler Widerstand	12
Mannheim: Entmilitarisierte Volkstrauertag 1997	13
Essen: Erfolgreich gegen NPD und JN	13
Protest gegen den bayerischen Sonderweg beim § 218	14
Hamburg: Medizinstudierende gegen Sonderhaftbedingungen ..	15
Köln: Selbsthilfe gegen Industriebrache	15
Berlin: Privatisierungswahnsinn schadet der Gesundheit	16
Aktionsbündnis gegen Havelausbau	16
O-Ton	16
Kommunale Politik	17

Aus Betrieben und Gewerkschaften

Was war?	18
ÖTV gegen Verkauf öffentlichen Eigentums	19
Warnstreiks bei Zeitungsredaktionen	19
BASF: Betriebsrat unterschreibt Glaubensbekenntnis zum Euro ..	20
Polnischer Sozialrat: Profit abschöpfen, statt Illegale bestrafen ..	21

Diskussion und Dokumentation

In und bei der PDS	22
Lokalökonomische Ansätze und Wirtschaft von unten	22

Letzte Seiten

Samir Amin: Die Zukunft des Weltsystems	27
---	----

Termine	28
---------------	----

IN BONN LAUSCHANGRIFF

UMSTRITTEN: Aus Anlaß der Anhörung des Bundestags am 21. November zur vorgeschlagenen Einführung des Großen Lauschangriffs hat der grüne Abgeordnete Manfred Such erneut Regierung und SPD aufgefordert, diesen Plan aufzugeben. Bischofskonferenz und EKD, der Generalbundesanwalt und der BGH-Präsident, Standesorganisationen sowie Berufsverbände der Zeitungsverleger, Ärzte und Rechtsanwälte, die Konferenz der Datenschutzbeauftragten, Hochschullehrer, Polizeipräsidenten, Länderminister sowie Bürgerrechtsorganisationen hätten „kein gutes Haar an dem Vorhaben“ gelassen, so Such. SPD-Landesvorstände, der SPD-Ehrenvorsitzende, Jusos, Julis und FDP-Politiker monierten zu Recht schlampige Arbeit der Entwurfsverfasser sowie erhebliche Abweichungen von den maßgeblichen Basis-Voten ihrer Parteien. Such: „Vor allem der geplante Wanzen Einsatz in Beichtstühlen, Redaktionsstuben, Arzt- und Anwaltspraxen ist auf berechtigte Empörung gestoßen.“ Alle fünf grün-mitregierten Länder werden der Initiative nicht zustimmen. Damit fehlt im Bundesrat nur eine Stimme, um den Lauschangriff an der fehlenden Zweidrittelmehrheit scheitern zu lassen. Die CSU droht umgekehrt, bei einer Begrenzung des Lauschangriffs (Arztpraxen, Beichtstühle) diesen abzulehnen.

ZWANGSSTERILISIERTE ENTSCHÄDIGEN! 52 Jahre nach Kriegsende hat jetzt der Petitionsausschuß des Bundestags beschlossen, auch Zwangssterilierte als NS-Verfolgte anzuerkennen. Ein entsprechender Antrag liegt nun den Plenum des Bundestags vor, folgt das Plenum dem Antrag, muß die Bundesregierung handeln. Der Innenausschuß des Bundestages hatte die Petition abweisen wollen, die Regierung solle weiter nur in „Härtefällen“ entschädigen, dann aber mehr zahlen als bisher. Der Petitionsausschuß beantragt dagegen die Gleichstellung mit anderen NS-Verfolgten.

SCHULDEN-SWAP: Bundesfinanzminister Waigel will „sparen“, indem er Bundes Schulden „umschuldet“. Konkret: Er will Zinsverpflichtungen durch sog. „Swap-Geschäfte“ gegen niedrigere Zinslasten tauschen und so verringern. Da das ganze hoch spekulativ ist – Swap-Geschäfte beruhen darauf, daß über die Zins-Entwicklung auf den Kreditmärkten unterschiedliche Erwartungen bestehen, die dann zu sog. „Swap“-Vereinbarungen führen, bei denen bestehende Zinsverpflichtungen gegeneinander getauscht werden – gibt es Streit über das Ausmaß, zu dem Waigel solche „Swap-Geschäfte“ machen darf. Bei Irrtum des Ministeriums kann das Geschäft nämlich auch gründlich in die Hose gehen – sprich: zu noch höheren Zinskosten führen. Letzter Stand: Die Regierungsparteien wollen Swap-Geschäfte für 95

Milliarden DM Bundes Schulden erlauben, die SPD nur für 20 Mrd. DM.

KOMMUNALE VERMÖGEN: Die PDS-Bundestagsgruppe will die Rückgabe von kommunalem Vermögen im Osten beschleunigen (Ds. 13/9068). Sieben Jahre nach der Einheit warteten die Kommunen noch auf 40% ihres Vermögens, heißt es in der Begründung. Dazu gehören u.a. Grundstücke, die im Zuge der Bodenreform nach 1945 Gemeindeland wurden und später zu „Volkseigentum“ wurden, damit nach 1989 in die Hände der Treuhand gerieten. Dazu gehören weiter Unternehmen, die nach 1945 kommunale Unternehmen waren und die ebenfalls über die Umwandlung in „Volkseigentum“ in Treuhand-Hände gerieten. Sodann die Treuhand diese Unternehmen inzwischen verkauft hat, sollen die Kommunen entschädigt werden.

PLUTONIUM-SCHMUGGEL: Der SPD-Vertreter im Plutonium-Ausschuß des Bundestags, Hermann Bachmaier, hat den Aussagen von Kanzler Kohl, der Anfang November vor dem Ausschuß behauptet hatte, er habe erst nachträglich über den Schmuggel erfahren, widergesprochen. Bachmaier: Das Kanzleramt sei frühzeitig über den geplanten Plutoniumschmuggel von Moskau nach München im August '94 unterrichtet gewesen. Alle dem Ausschuß vorliegenden Unterlagen und auch die bisherigen Zeugenaussagen belegen dies. „Ohne das nachhaltige Kaufinteresse des polizeilichen Schein-Aufkäufers und seines BND-Gehilfen wäre kein Plutonium unter so gefährlichen Umständen mit einer Lufthansa-Linienmaschine illegal von Moskau nach München gebracht worden.“

WOHNGELD ANHEBEN: Mit einem Antrag „zur Anpassung der wohngeldrechtlichen Regelungen“ (Ds. 13/8961) will die PDS-Bundestagsgruppe eine Anhebung des Wohngelds zum 1.1.98 erreichen. Mehr als zwei Drittel aller Empfängerhaushalte könnten durch zu niedrige Miethöchstbeträge einen Teil ihrer Wohnkosten nicht mehr durch Wohngeld mindern, kritisiert der Antrag. Die Miethöchstbeträge sollten deshalb entsprechend Vorschlägen des Bundesrats aus 1995 um mindestens 20% angehoben werden. Außerdem will die PDS einen pauschalen Inflationsausgleich bei der Einkommensermittlung einführen.

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Vom 25. bis 27.11. berät der Bundestag in 2. Lesung über den Haushalt 1998 – damit auch über den Eurofighter. Spätabends am 27.11. steht das berüchtigte „Immunitätsprotokoll für Europol“ auf der Tagesordnung. Am Freitag, 28.11., geht es u.a. um eine erneute Verlängerung der Verjährungsfristen für „Vereinigungskriminalität“ sowie angebliche „DDR-Regierungskriminalität“. Am 2. Dezember beginnt der SPD-Bundesparteitag.

Stoiber macht sich einen Kopf

Im nächsten Herbst hat die CSU zwei Wahlen zu bestehen. Die Bundestagswahl und, vierzehn Tage vorher, die Landtagswahl. Zu den Landtagswahlen treten erstmals die „Freien Wähler“ (FW) an. Die FW sind in der bayerischen Kommunalpolitik eine starke Kraft, die an vielen Orten unter Einbindung der CSU-Anhängerschaft mehrheitsfähig ist. Wenn auch sicher ist, daß die FW diesen großen Wählerkreis bei Landtagswahlen nicht erreichen werden, ein Einzug in den Landtag ist nicht auszuschließen. Ebenso bleiben die REP gefährlich. Eine „Mehrheit aus eigener Kraft“ ist der CSU nur sicher, wenn das rechte Lager in den Wahlkämpfen des kommenden Jahres seinen Einfluß halten oder sogar ausbauen kann. Und nur wenn die CSU in diesem Kampf um die öffentliche Meinung den Ton angibt, kann sie einen Schwerpunkt setzen, in den deren Wählerschaft zurückfällt.

Der neue Dreh: Die anderen sind unser Unglück

Man hat einen Dreh gefunden. Auf dem Parteitag war Präsentation. Und da schau her, es hat geklappt. CSU = bayerische Interessen, das glaubt jetzt jeder. Und warum? Weil Ministerpräsident Stoiber sich mehrere Stunden lang hinstellte und eine umfangreiche Auswahl der Widersprüche, die es im sozialen Leben gibt, als Gegensätze zwischen Bayern und dem Rest der Welt formulierte. Der soziale Mißerfolg der herrschenden rechten Politik ist so ausgedehnt, daß auch in der besser gestellten Anhängerschaft der Rechten Mißerfolg und massenhaf tes Unglück erlebt wird. Zur Verarbeitung solchen Erlebens gab Stoiber Regel und viele, viele Beispiele: Die Regel heißt: Die anderen sind unser Unglück.

Staatsregierung: Wir könnten helfen, aber wir dürfen nicht helfen

Das Gespinst dieser Vorstellung ist äußerst strapazierfähig. Stoiber: „Wir erleben Woche für Woche: Die Leute können gar nicht glauben, daß wir konkursbedrohten Betrieben oder Krisenregionen gar nicht mehr so helfen dürfen wie zu Zeiten eines Anton Jaumann. Aber wir finden uns nicht damit ab, daß die EU uns vorschreibt, wie weit wir im Grenzland oder in strukturschwachen Gebieten fördern dürfen. Es kann doch nicht sein, daß wir unser Grenzland nicht fördern können, nur weil es in Europa noch struk-

turschwächere Gebiete gibt.“ Ein Argument? Ach wo, ein Trickbetrug!

Erstens wird der Zusammenhang zwischen der Wirtschafts- und Sozialpolitik und der Strukturschwäche für Bayern zerrissen. Grenzland – alles klar! Tatsächlich produziert die Wirtschafts- und Sozialpolitik, die die CSU im Bund mitbetreibt und für Europa verschärft einfordert, strukturelle Ungleichheit. Es werden Grenzen gezogen, aber es sind nicht die geographischen, sondern die der Rentabilität, über diese Klinge läßt man immer mehr Menschen springen. Stoiber spiegelt die Alternative: – Förderung durch den Staat wie früher auch! – nur vor. In der berühmten Zirbelstube der bayerischen Staatskanzlei, allein mit seinem Gewissen, also wahrscheinlich ganz allein, mag sich Stoiber glücklich preisen, daß er das erlebte Unglück des Scheiterns bürgerlicher Existzenzen und Lebensplanungen der EU anhängen kann. Die in Bayern früher ausgeprägte Politik des Ausgleichs der Lebensverhältnisse durch Einsatz öffentlicher Mittel war nämlich nur auf der Grundlage bedeuternder Zuschüsse aus Bundesmitteln möglich.

Freistaats Leistung soll sich lohnen!



Wenn Stoiber das bedrohte Milieu der mittelständischen Unternehmerschaft und der Karriereläufer in den Gedanken Gang einzuspielen versucht, Schuld seien andere, irgendwie ungerechte, dunkle Mächte, hat das Tradition. Verblüffend dreist ist allerdings der Versuch, einen solchen Gedankengang in die Solidargemeinschaft der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherten zu tragen. Stoiber wurde für sein Ansinnen

(im einzelnen siehe Kasten) fast überall kritisiert. Das macht ihm nichts aus, solange sich nur festsetzt: Schuld an den hohen Abgaben sind andere. Und dann: Unsolidarisch hin oder her, man fragt sich ja doch ... Warum stünde Bayern „allein“ besser da?

Stattdessen wäre aber erst zu klären: Stünde das Land wirklich besser da? Wahrscheinlich nämlich nicht. Hätte der Freistaat die Mittel, die durch Transfers seit Gründung der BRD in das Land geflossen sind, leihen und marktübliche Zinsen zahlen müssen, au! weh! Auf welcher rechtlichen Grundlage flossen und fließen eigentlich diese Riesensummen zwischen den verschiedenen Abteilungen der öffentlichen Hand hin und her? Die Bundesrepublik hat sich bei ihrer Grün-

Dokumentiert

Stoibers Hammer

Nichts hemmt Leistung der Länder und die Verantwortung der Landesregierungen aber so sehr, wie der Finanzausgleich in vielen Formen. Für den Herrn Lafontaine ist leistungsorientierte Wirtschaftspolitik ein Fremdwort, weil er ohnehin mit dem Saarland bequemer am Tropf von Bund und leistungsstarken Ländern hängt. Das ist auf Dauer nicht hinnehmbar.

Der Länderfinanzausgleich ist nicht gedacht als Instrument der Nivellierung und Gleichmacherei. Bayern hat 35 Jahre von ihm profitiert. Wir haben in dieser Zeit aus unseren Schwächen Stärken gemacht. Ich sehe nicht ansatzweise, daß das heute z.B. im Saarland geleistet wird. Dort wird mehr konsumiert als investiert! Wer wie wir in Bayern eine gute Wirtschaftspolitik macht, hat höhere Steuereinnahmen. Davon haben wir aber fast nichts: Von jeder Mark, die Erwin Huber mehr einnimmt als der Durchschnitt seiner Länderkollegen, muß er zwei Drittel an den Länderfinanzausgleich überweisen. Das summiert sich allein 1997 auf 3,1 Mrd. DM. Dadurch werden der Fleiß der Bürger und unsere erfolgreiche Politik systematisch bestraft. Das kann und darf so nicht bleiben!

Auch wir verweigern nicht die gebotene Solidarität. Aber wenn Leistung bestraft wird, schadet das nicht nur Bayern und den anderen Zahlerländern. Das geht zu Lasten von ganz Deutschland!

Ich bin dankbar, daß sich Erwin Huber dieses Themas mit Weitblick, Standvermögen und langem Atem angenommen hat. Das ist Teil seiner erfolgreichen Arbeit für gesunde Finanzen in Bayern.

In der gesetzlichen Krankenversicherung flossen 1996 1,8 Mrd. DM aus Bayern in die norddeutschen Länder.

In der sozialen Pflegeversicherung zahlen unsere Mitglieder 540 Mio. DM für den bundesweiten Finanzausgleich.

In der Arbeitslosenversicherung zahlen bayerische Arbeitnehmer und Arbeitgeber 1,9 Mrd. DM im Jahr zugunsten anderer Länder.

Wir wollen die Solidarität der Länder nicht aufzukündigen. Bayern wird auch in Zukunft unter den Geber-Ländern bleiben. Aber im Vergleich der Länder muß Verantwortung für die eigene Leistung oder Mißwirtschaft deutlicher werden. Wer die chemische Industrie verteuft und die biotechnische Industrie außer Landes treibt, soll sich nicht an den Steuereinnahmen anderer Länder schadlos halten können. Wer Kernreaktoren abschalten will, soll sich nicht an anderen Ländern schadlos halten können, wenn steigende Energiepreise die Industrieansiedlung im eigenen Land erschweren. Wer sich solche politischen Dummheiten leistet, darf dafür nicht auch noch kassieren!

E. Stoiber, Parteitagsrede

dung den Ausgleich der Lebensverhältnisse im Lande als Staatsziel in die Verfassung geschrieben. Unter dem Gesichtspunkt von Klasseninteressen ist es vor allem für die arbeitenden Klassen von Interesse, die Herausbildung von Elendsregionen nicht zu dulden. Die besitzenden Klassen haben sich damals, wahrscheinlich angesichts des Systemkonflikts mit dem Realsozialismus, auf dieses Ziel eingelassen.

Wenn die CSU heute dieses Verfassungsziel angreift, als ob es gar nicht vorgegeben wäre, weist sie sich dadurch als politisch völlig bedenkenlos aus.

Starke Leistung

Bayern ist an Wir-sind-wir-und-schreiben-uns-uns Kulten reich. Bis jetzt durfte dabei gelacht werden. Aber jetzt sollen sich Bayern ernstlich für klüger halten als andere Leute: Stoiber: „Wir sind ein ‚reiches‘ Land. Nicht an Rohstoffen, aber an Ideen und Kreativität. Ausbildung und Wissen, Wissenschaft und Technik waren immer unsere Stärke.“ Immer ... Es ist wahr, schon der beliebte König Ludwig ließ sich eine künstliche Grotte graben, darin ein See, darauf ein mechanischer Schwan, dahinter ein Lohengrin, singend durch die Fluten gezogen. Idee, Kreativität, Wissen, Wissenschaft, Technik, alles da. Und gibt es überhaupt was kreativeres als den volkstümlichen, gerade für die Parteigeschichte der CSU konstituierenden Meineid? Schließlich wird dabei etwas aus gar nichts oder gar nichts aus etwas gemacht! Scherzt auch Stoiber? „Wir haben nicht einmal einen ehrlichen Vergleich von Leistung und Effizienz der einzelnen Schulsysteme. Das haben die SPD-Länder im KMK bislang stets verhindert. Sie haben ihre Gründe. Vergleiche offenbaren nämlich, daß linke Schulpolitik schon längst abgehängt worden ist – national und international. Wir haben keine echte Vergleichbarkeit und Transparenz über die Ländergrenzen hinweg. Bundesweite Statistiken über die Milchleistungen haben wir. Aber an einem bundesweiten Vergleich über die Schulleistungen scheut die SPD wie Teufel das Weihwasser.“ Soll man hier nach der Milchleistung des Ministerpräsidenten fragen und schließen? Leider spielt sich was Todernstes ab. Die CSU will ein öffentliches Schulsystem, das die kulturelle Reproduktion der Klassengesellschaft gewährleistet und dessen Anforderungen so abgestimmt sind, daß häuslicher Rückhalt, Kinderstube usw. über den Schulerfolg entscheiden. Das soll dann auch noch durch scharfe Prüfungen ausgewiesen werden.

Im Laufe der Stoiber-Rede soll, so die Presse, die Begeisterung beim Delegiertenvolk stark nachgelassen haben. Wir stellen uns vor, wie Delegierte und Delegierte durch eine immer dringlicher mahnende innere Stimme abgelenkt wurden: Wird uns das alles geglaubt werden? Ist es nicht vielleicht zu kreativ?

maf

Bündnisgrüne BDK beriet über Grundsicherung

Neoliberale Infektionsherde breiten sich aus

Von Daniel Kreutz

Nach gut einem Jahr kontroverser innergrüner Debatte hat der Kasseler Parteitag im November Entscheidungen zur Konzipierung des bündnisgrünen Modells einer bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung getroffen.

Die vorherige Debatte wurde wesentlich geprägt von den beiden alternativen Konzeptionen, die maßgeblich einerseits von der sozialpolitischen Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion, Andrea Fischer, andererseits vom Autor dieses Artikels und der NRW-Landesvorstandssprecherin Barbara Steffens verfochten wurden. Zur Abstimmung standen jedoch nicht die Alternativmodelle selbst, sondern ein Leitantrag des Bundesvorstands, der aufgrund von vorherigen Voten des Länderrats (höchstes Beschlußgremium zwischen den Parteitagen) „frankensteinaartig“ Elemente aus beiden Modellen zusammenfügte. In Kassel versuchten beide Seiten, den oft in sich widersprüchlichen Leitantrag mit Änderungsanträgen in ihrer Richtung zu verändern. Insgesamt wurden rund 40 Einzeländerungen abgestimmt; nur zu den 6 wichtigsten ein je dreiminütiges Pro und Contra zugelassen. Doch die Delegierten folgten fast immer dem Bundesvorstand bzw. seinem Sprecher Jürgen Trittin.

So lehnte die BDK ab, das im Text enthaltene Bedarfsdeckungsprinzip als Grundsatz eines sozialstaatlichen Mindestsicherungssystems in die vorweg hervorgehobenen Grundsätze der bündnisgrünen Grundsicherung aufzunehmen und Einzelregelungen zur konsequenten Umsetzung der Bedarfsdeckung anzupassen. Hinweise darauf, daß das nach Fischer „politisch gesetzte“ Einstiegsniveau der Grundsicherung bei bis zu 11 Haushaltstypen das Anspruchsniveau selbst der heutigen Sozialhilfe unterschreitet, blieben ebenso folgenlos wie die Warnung, daß freihändig gesetzte Beiträge auch „politischen Setzungen“ des erhofften Koalitionspartners ausgelifert sind. Trotz teils heftiger Appelle, von der Abschaffung der Arbeitslosenhilfe Abstand zu nehmen, wurde der Leitantrag in diesem Vorhaben bestätigt. Damit beziehen die Grünen die Position, daß es nach 12 Monaten Arbeitslosengeld unabhängig von der vorherigen Erwerbsposition nur noch „Armut vermeidung“ geben soll. Jürgen Trittin ließ es sich nicht nehmen, an dieser Stelle gezielt und „erfolgreich“ seine Autorität gegen die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der

Bundestagsfraktion Annelie Buntenbach in die Waagschale zu werfen, die für den Erhalt der Arbeitslosenhilfe warb.

Entgegen der Stimmungslage der meisten Delegierten ging ein Änderungsantrag von A. Fischer durch, der bei Erwerbsfähigen die Arbeitslosmeldung zur Leistungsvoraussetzung machen und damit diejenigen, die sich dem Erwerbsmarkt entziehen, mit totaler Existenzvernichtung sanktionieren will. Viele hatten geglaubt, dem gewollten Verzicht auf derartige Sanktionen durch die Zurückweisung einer anderen Fischer-Änderung genüge zu tun, derzu folge die Verweigerung „zumutbarer Arbeit“ mit einmaligem Abzug von 80 DM zu ahnden wäre. Die Tragweite der Erwerbslosmeldung als Leistungsvoraussetzung, die textlich so harmlos daherkam, hatten (zu) viele im entscheidenden Moment übersehen.

Andere positive Elemente des Leitantrags konnten dagegen verteidigt werden. So ist vorgesehen, die Grundsicherung nach dem Prinzip der Leistungserbringung aus einer Hand für Erwerbslose vom Arbeitsamt, für alte Menschen von den Rentenversicherungsträgern, für Erwerbstätige mit unzureichendem Einkommen vom Finanzamt administrieren zu lassen. Für die Arbeitslosen- und Rentenversicherung kommt dies einer faktisch Mindestdeckung der Leistungen gleich. Auch der Individualanspruch von EhepartnerInnen ohne eigenes Einkommen, denen der Partner den notwendigen Barunterhalt verweigert, (versteckte Armut in persönlicher Abhängigkeit), zu dessen Refinanzierung der Grundsicherungsträger den Unterhaltpflichtigen heranzieht, wurde bestätigt. Daß die BDK noch einen der drei Änderungsanträge der BAG Behindertenpolitik annahm, der Menschen mit Behinderungen einen erhöhten Regelbedarf von 10% zuerkennt, wirkte allerdings auf manche schon wie der karitative Einwurf in die Spendenbüchse.

Insgesamt zeigte sich, daß sozialstaatliche Grundsätze und Strukturprinzipien in Haupt und Gliedern der Partei nicht sonderlich verankert sind. So war auch die Regie des Bundesvorstands weit weniger an sachlichen als an partei- und machttaktischen Gesichtspunkten orientiert. Immer stärker sind nicht die Lebenswirklichkeit Betroffener, sondern die Beschränktheit der Journaille und Verbeugungen gegenüber Phrasen des neoliberalen Zeitgeistes Maßstab der Po-

Kombi-Lohn – Mittel zur Absenkung aller Löhne

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen warnt vor den neuen Plänen von Regierung und Arbeitgebern unter dem Stichwort „Kombi-Lohn“:

Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) will, daß die unteren Tariflöhne um 20 bis 30% gekürzt werden (bis auf 1.300 DM brutto = 1000 DM netto). Damit kommen auch alle anderen Löhne ins Rutschen. Klar, daß man von 1000 DM nicht leben kann.

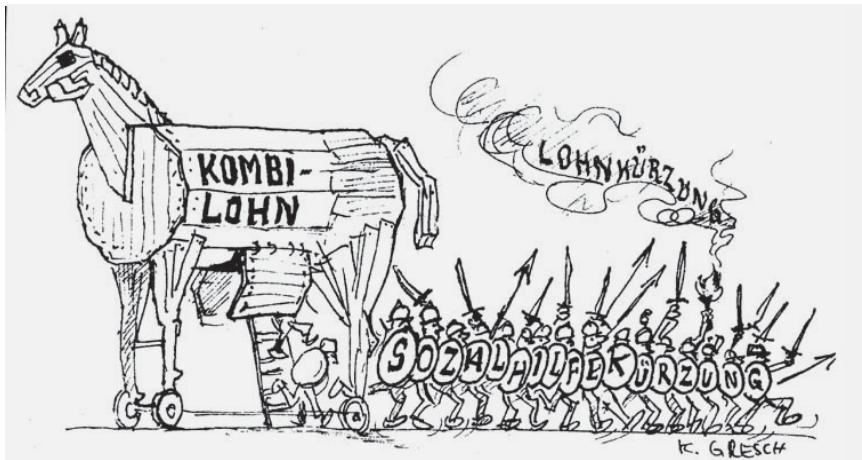
„Wenn die Gesellschaft solche Jobs für unsozial hält, weil diese Einkommen angeblich nicht für den Lebensunterhalt reichen, dann muß der Staat die Differenz durch Transfer (d.h. Sozialhilfe) ausgleichen“ (Stihl, *Wirtschaftswoche* 2.10.97). Niedrige Löhne sollen mit Sozialhilfe aufgestockt oder „kombiniert“ werden, deswegen „Kombilohn“.

Erhöhung der Sozialhilfe für Erwerbstätige

Um einen Anreiz zu schaffen, Niedriglöhne zu akzeptieren, soll die Sozialhilfe für Erwerbstätige deutlich erhöht werden. Bisher werden z.B. bei einem Alleinstehenden von 2 000 DM Netto- lohn 270 DM nicht angerechnet (Freibetrag für Erwerbstätige). Die BDA schlägt vor, auf diesen Lohn 506 DM nicht anzurechnen, die Bundesregierung 362 DM ... Je weniger vom Netto- lohn auf die Sozialhilfe angerechnet wird, desto mehr hat man in der Tasche. Auch wir sind deswegen grundsätzlich für eine Erhöhung der Freibeträge.

Verordnung im Schnellverfahren

Die Bundesregierung bereitet eine Verordnung vor, mit der die Freibeträge er-



heblich angehoben werden sollen. Der Verordnung muß vom SPD-dominierten Bundesrat zugestimmt werden. Der Parteivorstand der SPD ist klar für eine deutliche Erhöhung der Freibeträge. Der DGB-Bundesvorstand hat mit Beschuß vom 7.10. im Prinzip zugestimmt.

Vorsicht: – Lohnabstandsgebot!

Herr Stihl zumindest hat es nicht vergessen. „Das Kombimodell kann nur funktionieren, wenn man ... die Sozialhilfe so absenkt, daß das Abstandsgebot zu den unteren Lohngruppen wieder funktioniert“.

Je niedriger die Löhne sind, desto mehr muß bei vorgeschriebenem Lohnabstand die Sozialhilfe gekürzt werden.

Noch wesentlicher aber ist, daß der Freibetrag für Erwerbstätige genau der Abstand zwischen Sozialhilfe für Nicht-Erwerbstätige und Lohn ist, der eingehalten werden muß (§ 22 Abs. 4 Bundessozialhilfegesetz). Je höher der Freibetrag ist, desto mehr müssen die Regelsätze gekürzt werden. Und zwar ab

1.7.1999. Denn dann tritt das Lohnabstandsgebot ... in Kraft.

Erhöhung der Freibeträge – trojanisches Pferd zur Senkung von Regelsätzen und Löhnen

Der Kombilohn mit erhöhten Sozialhilfe-Freibeträgen ist „keine marktwirtschaftliche Lösung, sondern eine Krücke, um die Probleme schrittweise anzupacken, für uns eine Art trojanisches Pferd, das wir bei den Gewerkschaften und Sozialpolitikern aufstellen“. Das sagte Herr Stihl, Präsident des DIHT, in dankenswerter Offenheit in der *Wirtschaftswoche* vom 2.10.97. Und: „Wir können nicht auf einen Schlag das gesamte Sozialniveau absenken, ohne daß die Sozialpolitiker aufschreien. Deshalb halte ich den Weg für sinnvoll, über den Kombilohn diesen tabuisierten Bereich aufzubrechen.“ ...

Erhöhung der Freibeträge nur, wenn vorher das Lohnabstandsgebot aufgehoben wird!
(BAG Sozialhilfeinitiativen, Moselstr. 25, 60329 Frankfurt, Tel. 069/250030, Fax 235071)

litikentwicklung. Wo sich vor zehn Jahren noch Sozialhilfeinitiativen zu Wort meldeten, sind es heute grüne SozialdezernentInnen. Zunehmend werden gesellschaftliche Probleme durch die Brille von Verwaltungen betrachtet. Das Sein prägt das Bewußtsein.

In der medialen Außenwirkung mag die Grundsicherung immer noch als entschiedene Parteinahme zugunsten der Armen und als Projekt entschlossener Umverteilung von oben nach unten erscheinen. Der relative Abstand zur sozialpolitischen Selbstaufgabe der SPD bleibt voll gewahrt. Doch unter der Oberfläche stößt man auf Fäulnis. Neoliberale Infektionsherde breiten sich aus, die früher oder später in direkte Kollision mit den allseits gehegten „guten Absichten“ im Sinne sozialer Gerechtigkeit treten müssen.

Mit den Kasseler Grundsicherungsbeschlüssen hat sich der Schwerpunkt grüner Sozialpolitik gegenüber dem Bundestagswahlprogramm 1994 einen Schritt mehr nach rechts verschoben.

Noch augenfälliger wurde diese Bewegung anhand der UnterzeichnerInnen eines (nicht abgestimmten) Antrags zur Rentenversicherung. Von den „Linken“ Ludger Volmer und Jürgen Trittin über Andrea Fischer bis zu „Realos“ wie Fritz Kuhn und Matthias Berniger definiert man – natürlich unter Bekundung vieler guter und richtiger Absichten – die Rentenfrage einmütig als Generationenstatt als Verteilungskonflikt und erklärt eine Senkung des Rentenniveaus für unvermeidlich. Dreßler ist doof und die Wahrheit muß irgendwo zwischen Blüm und Biedenkopf liegen.

Leider befinden sich die Bündnisgrünen damit heute in allerbester Gesellschaft. Guckt man in die SPD, in die Gewerkschaften oder auch in die PDS – überall begegnet man dem gleichen Ge- nossen Trend, der auf den anderen Bau- stellten teils noch weit heftiger hinlangt.

Daniel Kreutz ist sozialpolitischer Sprecher der bündnisgrünen Landtagsfraktion in NRW.

„Alteigentümer“ wollen Bodenreformland

Freiheitsapostel auf dem Vormarsch

Von Wolfram Triller

Mit großformatige Anzeigen – mal mit Verweis auf die kommenden Wahlen an den CDU-Vorsitzenden in Niedersachsen gerichtet, mal an CSU-Finanzminister Waigel, auch der Justitiar von Daimler-Benz stellt sich öffentlich auf ihre Seite – machen die nach 1945 im Osten enteigneten Junker, Kriegsverbrecher bzw. ihre Nachkommen wieder auf sich aufmerksam. Sie wollen ihr Land zurück. Die Verweisung ihrer Anträge auf dem letzten CDU-Parteitag an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion – wir berichteten – hat sie ermuntert. Wolfram Triller schildert ihre Ziele und Methoden.

Das größte Verbrechen der DDR war die weitgehende Beseitigung des Privatei-

gentums an den Produktionsmitteln. Nicht beseitigt wurde das Privateigentum an Grund und Boden. Mit der Enteignung der Junker und Großgrundbesitzer durch die Bodenreform fand nur eine Umverteilung von Privateigentum, das auf Raub und Bauernlegen beruhte, vor allem an jene statt, die Opfer eines verbrecherischen Krieges waren. Diesen Krieg hatte die von der Reichswehr übernommene adelige Offizierskaste aktiv unterstützt.

Die Bodenreform war das größte Existenzgründungsprogramm in der Geschichte Deutschlands. Es mündete in die modernen Agrarbetriebe, die die Bauern in eigener Verantwortung nach 1990 in Ostdeutschland geschaffen haben. Dieser spezifische Weg der Rekapitalisierung in der Landwirtschaft hat die Wiederherstellung der alten ökonomischen Machtverhältnisse, wie in den übrigen Wirtschaftszweigen, weitgehend verhindert.

Der CDU-Kreisverband Hamburg-Altona fordert deshalb in einem Antrag, der vom CDU-Parteitag an die CDU-Bundestagsfraktion überwiesen wurde: „Die CDU Deutschlands hält nun den Zeitpunkt für gekommen, die Bodenrechtsfrage erneut zu prüfen und gesetzliche Voraussetzungen zu schaffen, daß die Rückübereignung von Flächen und Gebäuden, die sich in staatlichem Besitz befinden, entweder kostenlos oder zu einem symbolischen Preis erfolgt“. Begründung: „Eigentum ist die Grundlage der Freiheit“.

Im Kampf für die Freiheit, für das Eigentum scheuen die Alteigentümer weder Kosten noch politischen Streit. In regelmäßigen teuren Großanzeigen werfen ihre Frontmänner gar dem Bundeskanzler vor: „Ihre Regierung hat das Parlament getäuscht, um den Opfern der Kommunisten mit extra dafür konstruierten Gesetzen die Rückgabe des Eigentums zu verweigern.“ Gegen den Vorsitzenden der CDU-Niedersachsen, Christian Wulf, wird wegen seines Verweises auf die bestehende Rechtslage sogar die Drohung ausgesprochen: „Uns würde es nicht wundern, wenn Sie diese fast unverzehliche Fehleinschätzung eines Tages die Bundeskanzlerschaft kosten würde. Sie können sicher sein, daß wir die jetzige Politik der Bundesregierung und die sie vertretenden Amtsträger mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln – und bitte unterschätzen Sie letztere nicht – bekämpfen werden ...“

Wie ernst das gemeint ist, kann man sogar in Brüssel beobachten. Dort haben die Alteigentümer mit Unterstützung westdeutscher Bodenbesitzerverbände ein Verfahren der EU-Kommission zur Überprüfung des Bodenverkaufs in Ostdeutschland in Gang gesetzt. Der Verkauf unter dem Verkehrswert soll als unzulässiger Subventionstatbestand gestoppt werden. Noch verfügt die Bundesregierung über kein wirksames Konzept, um die EU-Kommission von der Zulässigkeit der Regelungen in der Flächenerwerbs-

IG-Farben-Hauptversammlung am 22. Dezember?

Die Aktionäre der seit über 50 Jahren wegen ihrer verbrecherischen und kriegstreibenden Geschäftspolitik im Nationalsozialismus auf Beschuß der Anti-Hitler-Koalition „in Liquidation“ befindliche IG Farben wollen sich am 22. Dezember in Frankfurt versammeln. Das teilte am 14. November der Dachverband der „Kritischen Aktionäre“ mit:

„Auf den 22. Dezember haben die Liquidatoren der I.G. Farbenindustrie i.A. die verschobene Hauptversammlung ihrer Gesellschaft terminiert. Tagungsort ist ein Bürogebäude in der Wächtersbacher Straße 83 in Frankfurt/M. Dies geht aus einer Pflichtveröffentlichung des Unternehmens im Bundesanzeiger hervor.“

Die ursprünglich für den 22. August geplante Versammlung mußte verschoben werden, nachdem das Arabella Hotel Frankfurt der Skandalfirma kurzfristig die Räume gekündigt hatten, weil Gewerkschaften, antifaschistische

Organisationen und Kritische Aktionäre gegen das Aktionärstreffen protestiert hatten.

Auf der Abstimmung für den 22. Dezember stehen wie schon im August Abstimmungen über die sofortige Auflösung der I.G. Farben und über die Ausschüttung ihres Restvermögens an die ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter des Chemiekartells in der Zeit des Nationalsozialismus. Durchgesetzt wurden diese Punkte vom Dachverband der Kritischen Aktionäre in Köln.

Die Kampagne „Nie wieder!“, in der sich Betroffenenorganisationen wie das Auschwitz-Komitee und die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) mit Kritischen Aktionären und anderen Gruppen zusammengeschlossen haben, ruft auch zum neuen Termin für 9 Uhr zu Protesten vor dem Versammlungsgebäude auf. „Die Auflösung der „Mordgesellschaft“ I.G. Farben ist seit 50 Jahren überfällig, stellt der Geschäftsführer des Dachverbands, Henry Mathews, fest, „denn jeder Tag ihrer Weiterexistenz ist eine Verhöhnung der Opfer“.

Quelle: Pressemitteilung des Dachverbands der „Kritischen Aktionäre“, Köln, 14.11.97

verordnung zu überzeugen. Kompliziert wird die Sache auch dadurch, daß die EU-Kommission den Verkauf des Bodenreformlandes offensichtlich dazu benutzen will, den Widerstand der Bundesregierung gegen wesentliche Passagen der Agenda 2000 zu brechen.

Erpressungspotential wird auch in Rußland gesehen. Die ökonomische Misere könnte dazu führen, daß die russische Regierung bei entsprechenden Gelegenleistungen einer „Rehabilitierung der Bodenreformopfer“ zustimmt. Die Gelegenleistung hätte der Steuerzahler zu finanzieren.

Steuerzahler sind auch gefragt, wenn den Alteigentümern der Boden unentgeltlich zurückgegeben würde. Den in den Fällen, wo durch das „Modrowgesetz“ die Besitzer von Bodenreformland Privateigentümer nach bundesdeutschem Recht geworden sind, wäre der Staat zur vollen Entschädigung der Alteigentümer gezwungen, die auf den Boden verzichten müßten. Mit ein bißchen Phantasie läßt sich allerdings auch vorstellen, daß nach einem Teilerfolg der Alteigentümer auch dieser „Rechtszustand“, der von einem „kommunistischen Regime“ geschaffen wurde, korrigiert werden muß.

Wie die Auseinandersetzung auch ausgeht, zahlen wird in jedem Fall das Volk. Viele Alteigentümer wollen den Boden gar nicht selbst bewirtschaften. Sie würden ihn verpachten. Die Konsequenz wäre, daß jährlich Milliardenbeträge über die Pacht aus der Landwirtschaft abgezogen werden, die den Gewinn der Be-

triebe schmälern. Die Pacht beträgt gegenwärtig in Ostdeutschland 197 DM/ha, im Westen 517 DM/ha. Schon lange können viele Bauern nur durch staatliche Unterstützung und Ausgleichszahlungen von der EU mehr schlecht als recht existieren.

Mit dem neuen Agrarkonzept der EU – der Agenda 2000 – sollen die Erzeugerpreise weiter gesenkt und die Existenz der Bauern mit Ausgleichszahlungen ermöglicht werden. Man kann sich leicht vorstellen, daß durch solche „produktionsunabhängigen, flächenbezogenen Ausgleichszahlungen“ den Bodeneigentümern die Chance eröffnet wird, die Pacht der Erhöhung der Ausgleichszahlungen anzupassen. Damit finanziert der Steuerzahler über Brüssel nicht zuletzt das Einkommen der nicht wirtschaftenden Bodeneigentümer.

Die Rückgabe des Eigentums der Bodenreformflächen an die Alteigentümer soll damit vor allem ein „Freiheitsgewinn“ für diese kleine Gruppe werden. Mit einem Rechtsakt ließe sich eine unversiegbare Einkommensquelle erschließen, die ohne eigene Arbeit sprudelt. Allerdings muß sie von Millionen „Nichteigentümern“ ständig am sprudeln gehalten werden. Die Freiheit der Bodenbesitzer soll mit der Unfreiheit der Nichtbodenbesitzer erkauft werden.

Gegenwärtig ist das vorrangige Ziel des Gesprächskreises der CDU-Bundestagsfraktion unter Prof. Rupert Scholz, in die Verträge über den Bodenverkauf eine „Nachbesserungsklausel“ einzubauen. Das würde erlauben, nach den noch

durch Bundesverfassungsgericht und EU zu treffenden Entscheidungen eventuell eine Rückabwicklung der Verträge im Interesse der Alteigentümer vorzunehmen. Die größte Hürde ist aber der Bundesrat, der einer Änderung des Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetzes und der Flächenerwerbsverordnung zustimmen müßte.

Bodeneigentum ist eine spezifische Eigentumsform, denn Boden ist unvermehrbar und (im Prinzip) unzerstörbar. Boden ist eine Existenzbedingung für die Menschheit. Recht und Freiheit für alle Menschen ist nur zu verwirklichen, wenn alle das gleiche Eigentum an Grund und Boden haben. Das kann am wirkungsvollsten über Gemeineigentum und seine demokratische Verwaltung erreicht werden. Das war ein Hauptergebnis einer von der PDS im September veranstalteten Anhörung. Sie wird deshalb alle parlamentarischen und außerparlamentarischen Möglichkeiten ausschöpfen, die Liquidation der Bodenreform zu verhindern.

Wolfram Triller ist Mitarbeiter des PDS-Bundestagsabgeordneten Dr. Günther Maleuda.

Deregulierung im Energiebereich

Neues Energierecht macht den Weg für Elefantenhochzeit frei

Von Rolf Köhne

Alle Oppositionsparteien treffen sich in der Zielstellung einer nachhaltigen, ökologischen und sozialverträglichen Energiewirtschaft unter Verzicht auf Atomenergie, unter Einbezug regenerativer Energien und unter Ausnutzung von Energieeinsparmaßnahmen. Erreicht werden sollen diese Ziele unter anderem durch eine Entflechtung der Energiewirtschaft, wie sie auch von der EU-Richtlinie Strom empfohlen wird.

Die PDS-Bundestagsgruppe hat hinsichtlich der Entflechtung der Energiewirtschaft den weitestgehenden Antrag. Die PDS-Bundestagsgruppe vertritt den Standpunkt, daß das Transportnetz (Leitungen mit 110 KV bis 380 KV) auf Grundlage des Artikels 16 des Grundgesetzes der BRD in gemeinschaftliches Eigentum zu überführen ist. Damit ergibt sich eine eigentumsrechtliche und physikalische Entkopplung der Erzeugungsstruktur und der Verteilungsstruktur, so daß eine Fortsetzung der Stromkartellpolitik durch den dazwischen geschalteten öffentlich-rechtlichen Stromgroßhandel wirksam ausgeschlossen wird.

Bündnis 90/Die Grünen fordern ebenfalls die Entflechtung der Energiewirt-

schaft in Erzeugung, Transport und Verteilung.

Auf der Transportebene schlagen sie vor, einen „Pool“ zu bilden, welcher nach ökologischen Kriterien Strom ankaufen soll.

Offen bleibt im grünen Gesetzentwurf das Verhältnis zwischen öffentlich-rechtlichem Pool und dem nach wie vor privatwirtschaftlich genutzten Transportnetz. Das ist ein erheblicher Schwachpunkt im grünen Entwurf. Im Laufe der Verhandlungen zum neuen Energiewirtschaftsgesetz signalisierte die grüne Bundestagsfraktion jedoch Kompromißbereitschaft zur SPD und zur Regierungskoalition, die sich mit einer buchhalterischen Trennung zufrieden gibt.

Mit einer buchhalterischen Trennung ist aber keine Entflechtung von Interessen erreichbar. Fakt ist doch, daß große Unternehmen der Stromwirtschaft buchhalterische Trennung von Erzeugung, Transport und Verteilung praktizieren. Jedes Kraftwerk hat seine Betreibergesellschaft, jeder vertikal integrierte Regionalversorger führt selbstverständlich Bilanzen, und die Kosten zum Unterhalt der Transportleitungen werden auch nicht in einer Zigarrenkiste verwaltet.

Im Laufe der Verhandlungen zum Energiewirtschaftsgesetz signalisierte auch die PDS-Bundestagsgruppe Kompromißbereitschaft, indem sie einen Änderungsantrag zum Antrag der SPD einreichte. Unser Änderungsantrag sah einen geregelten Zugang zu den Netzen nach „zu genehmigenden Tarifen“ für Drittanbieter vor. Die Grünen zogen mit Änderungsanträgen zum Gesetzentwurf der Koalition nach und forderten ebenfalls die Aufnahme einer Tariflösung im Regierungsentwurf.

Leider hat die SPD den Änderungsantrag der PDS abgelehnt, genauso wie die Änderungsanträge der Grünen zum Regierungsentwurf von der Regierungskoalition abgelehnt wurden.

Damit ist der Weg für eine weitere Konzentration und Zentralisation in der Energiewirtschaft frei. Da im Bundestag keine Mehrheiten für einen geregelten Netzzugang nach durch den Bund zu genehmigenden Tarifen zu Stande kommt, werden die Stromriesen nunmehr explizit aufgefordert, Modalitäten und Kosten zur Benutzung der Stromtrassen selbst festzulegen.

Der damit eingeschlagene „verhandelte Netzzugang“ heißt: Die allseits beklagte Kartellpolitik der großen Energieversorger wird durch das kommende Energiewirtschaftsrecht mit Ziel der Fusion vollendet. Kartellbehörden werden mit einer betriebswirtschaftlichen Verflechtung der Konzerne auf Grundlage einer gemeinsamen Nutzung der Stromtrassen kaum noch etwas entgegensetzen können.

Rolf Köhne ist energiepolitischer Sprecher der PDS im Bundestag.

PKK-Verbot: Die Innenminister sind nicht zu sprechen

Noch nicht einmal zur Entgegennahme einer Resolution für die Aufhebung des PKK-Verbots waren die Innenminister von Bund und Ländern auf ihrer Tagung am 21./22. November in Schwerin bereit.

Jedenfalls nicht von den kurdischen Teilnehmern der Buskampagne „Dialog statt Verbot“, die bei Beginn der Konferenz im Zuge ihrer am 3. November begonnenen Rundreise durch das Bundesgebiet in der mecklenburgischen Landeshauptstadt eingetroffen waren. Statt dessen händigten darauf der mecklenburgische PDS-Landtagsabgeordnete Peter Ritter und die grüne Landtagsabgeordnete aus Niedersachsen, Heidi Lippmann-Kasten, die Resolution den Ministern und Senatoren aus.

Kurz vorher hatten Teilnehmer der Busreise – darunter Rechtsanwalt Serhat Bucak vom Kurdischen Exilparlament, Rechtsanwalt Veysel Akay, Vorsitzender des Vereins der Juristen aus Kurdistan, Cetin Kocak und Mehmet Seven – noch einmal auf einer Pressekonferenz im Landtag ihre Forderungen erläutert.

Bei Redaktionsschluß dieser Zeitung (25.11.) fand eine weitere Pressekonferenz – diesmal im Abgeordnetenhaus von Berlin – statt, bevor die Busreisenden nach Hamburg weiterfuhren, wo am 26.11. die Abschlußveranstaltung stattfindet. Wenige Tage vorher – in Bayern – waren die Busreisenden dagegen noch einmal mit Polizeigewalt massiv schikaniert, Infostände und Kundgebungen verboten worden. Trotzdem hatten die Münchner Grünen und die GEW die Delegation im Münchner Rathaus und abends im Gewerkschaftshaus empfangen und ihre Solidarität bekundet.

Auch wenn eine Bilanz der Rundreise durch die Veranstalter/innen noch aussteht: die Aktionen und Veranstaltungen haben deutlich gemacht, daß in den Gewerkschaften, bei Grünen und PDS die herrschende Kurdenpolitik auf Ablehnung stößt. Eine Beendigung der deutschen Waffenhilfe für die Türkei und die Aufhebung des Verbots – auch als ein Signal an das türkische Regime, endlich einen Dialog mit der kurdischen Bevölkerung aufzunehmen – wird von vielen Menschen gewünscht.

In den Regierungsparteien und der SPD dagegen dominieren weiter die Vertreter einer „Law-and-order“ Politik, der Verfolgung und Repression – zumal gegen eine ausländische Minderheit wie die Kurden. Bis das PKK-Betätigungsverbot wirklich fällt, bleibt noch viel zu tun.

rrl



Polizisten bewachen Flüchtlinge, hauptsächlich Kurden, im süd-italienischen Hafen Santa Maria di Leuca.

Türkische Mafia, Faschisten und Militärs stecken hinter dem organisierten Menschen-smuggel

Geschäfte mit dem Elend der kurdischen Flüchtlinge

Mit dem Elend kurdischer Flüchtlinge läßt sich gut Geschäfte machen. Für das Versprechen, sie nach Europa zu schmuggeln, kassiert eine Menschen-smuggler-Mafia 3 000 Dollar pro Person und 6 000 bis 7 000 Dollar pro Familie. Kürzlich stand in Baden-Baden einer der Drahtzieher vor Gericht, ein gewisser Muthis Pinharsi. Er soll in den letzten Jahren 90 000 kurdische Flüchtlinge in die BRD geschmuggelt haben. Wegen vier Fällen von Menschen-smuggel wurde er verurteilt. Nach Angaben des Bundesinnenministeriums sind in diesem Jahr 12 000 irakische Kurden und 14 000 Flüchtlinge aus der Türkei (80% davon Kurden) in die BRD eingereist, oft auf dem Weg per Schiff nach Griechenland und Italien, von dort über Frankreich in die BRD.

Die Medien berichten: „Eine neue Flüchtlingswelle rollt – Italien rechnet mit dem Ansturm von 5 000 Kurden – ihr Ziel: Deutschland“ (*Hamburger Abendblatt*, 5.11.) „Die Küste Italiens, die längste, schwer kontrollierbare Außengrenze der EU, ist Nacht für Nacht Landeplatz für Flüchtlinge ... Für Aufregung sorgen Gerüchte, daß im türkischen Istanbul und im griechischen Patras 5 000 bis 20 000 Kurden auf Schiffe nach Italien warten.“ (*Frankfurter Rundschau*, 7.11.) Über Fluchtursachen und die dreckigen Geschäftemacher wird kaum berichtet. In einer Reportage malte die ARD dagegen das Schreckgespenst der PKK an die Wand.

Der Berliner PDS-Abgeordnete Giyasettin Sayan, selbst Kurde und ausländerpolitischer Sprecher seiner Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, kam, gestützt auf die türkische Zeitung „*Hürriyet*“ und italienische Dokumente, auf ganz andere Geschäftskreise: Auf die türkische Mafia, die Faschisten und die Militärs – die gleichen Kreise, die schon beim „Susurluk“-Skandal vor einigen Monaten wegen ihrer Rauschgiftgeschäfte, in die türkische Regierungsmitglieder verwickelt waren, weltweit Aufsehen erregten. Der Vorwurf türkischer und kurdischer Menschenrechtler: Bei der Vertreibung der Flüchtlinge aus ihren angestammten kurdischen Siedlungen arbeitet diese Mafia mit dem türkischen Militär zusammen. Vielfach landet das erpreßte Schmuggelgeld am Ende in den Kassen der Militärs.

Kurdische Flüchtlinge berichten über die enge Zusammenarbeit zwischen Menschenhändlern, türkischen Behörden und Militärs. Erst werden die kurdischen Dörfer zerstört, dann werden die aus ihren Dörfern vertriebenen Kurden und Kurden außer Landes geschafft. Die andauernden Überfälle der türkischen Armee auf Nordirak und die ständige Bombardierung der Dörfer treibt die Flüchtenden direkt in die Arme der Menschenhändler. Mit der Landvertriebung wird verdient, gleichzeitig soll der kurdischen Guerilla so die Unterstützung entzogen werden.

Am 2. November wurden in dem italienischen Grenzort St. Maria di Leuca 769 kurdische Flüchtlinge festgenommen, darunter 200 Frauen und Kinder, nachdem sie tagelang auf der völlig überfüllten „Hussam Beirut“ auf See getrieben waren. In diesem Zusammenhang verhaftete die italienische Polizei vier Mitglieder der türkischen Mafia und einen Pakistaner. Die Namen der türkischen Mafiosi: Ahmet Cagnak, Ibrahim Yilmaz, Muhittin Yilmaz und Fuat Palabiyik. Die italienische Zeitung „*l'Unità*“ dazu: „Die Türkei ist in dieses schmutzige Geschäft verwickelt, um so ihren Krieg zu finanzieren.“ So soll die türkische Botschaft in Rom direkt in den Menschen-smuggel verwickelt sein. Die italienische Polizei hat Listen von bis zu 80 türkischen Mafiosi, die ihr Geld mit dem Schmuggel von Flüchtlingen und mit Rauschgift-smuggel gleichermaßen machen.

Ende September wurde ein „Schmuggelschiff“, bevor es Istanbul mit etwa 250 Flüchtlingen verlassen konnte, auf Intervention der italienischen Behörden von der türkischen Polizei festgehalten. Der Schiffseigner war ein bekannter türkischer MHP-Faschist (hier besser bekannt als „Graue Wölfe“) und Mafiosi. Ein großer Teil des türkischen Offiziersapparats und etwa zwei Drittel der Provinzpolizeichefs der Türkei sind Mitglieder der MHP. Flüchtlinge nannten weiter: Abdurrahman Durmus, MHP-Mitarbeiter in Trabzon, wohnhaft in Istanbul, und Mustafa Kaplan, ein türkischer Mafiosi, der seine „Flüchtlings-schiffe“ auch für den Drogenhandel einsetzt.

Mitte Oktober verhinderten kurdische Flüchtlinge auf einem Schiff namens „Asiye Ana“, daß ihr Schiff kurz vor der italienischen Küste versenkt wurde. Einer der Geretteten, Suleyman Sürütü, berichtete der italienischen Polizei, daß das Schiff dem MHPler Abdurrahman Durmus gehöre – einem pensionierten Major der türkischen Armee. Dieser arbeite direkt mit den Sondereinheiten der türkischen Armee zusammen. Die Schlepperbanden hätten enge Verbindungen zur MHP, der Polizei und den türkischen Sondereinheiten, insbesondere in Diyarbakir, Elazig, Urfa und Antep.

Der Vorsitzende einer Untersuchungskommission über „Auswanderung“ im türkischen Parlament, Hacaloglu, schilderte die entsetzlichen Lebensumstände der kurdischen Flüchtlinge: „Was ich gesehen habe, davon kriegt man eine Gänsehaut. Im Osten und Südosten Anatoliens wurden bis jetzt insgesamt 3 200 Siedlungen, davon 900 Dörfer, aus „Sicherheitsgründen“ geräumt. Diese Menschen leben hungrig und elend, unter gesundheitsschädlichen Bedingungen in Zelten oder in Hütten, mit Familien von 10 bis 15 Personen in einem Zimmer, ohne Toilette, ohne Bad usw. Kinder haben uns erzählt, daß es in den Zimmern Schlangen und Skorpione gibt. Leute, das ist kein Märchen, sondern Wirklichkeit.“ („*Hürriyet*“, 8.8.)

In Italien hat die Welle von kurdischen Flüchtlingen zu einer heftigen Debatte zwischen den Parteien der Rechten und der Linken geführt. Die Parteien der Rechten werfen der Regierung vor, sie halte das Schengener Abkommen nicht ein. Der Vorsitzende des Menschenrechtskomitees des italienischen Parlaments, Mario Brunetti, erklärte dagegen: „Es darf nicht vergessen werden, daß die Kurden aus Kriegsregionen kommen. Daher ist es unvorstellbar, diese Menschen dem türkischen Staat, der die Kurden massakriert, auszuliefern ... Man muß sich eher Gedanken über den schmutzigen Krieg des türkischen Staates in der Region machen.“ Italien sollte den Druck auf die Türkei verstärken, damit diese Schritte zu einer politischen Lösung des Kurdenkonflikts unternimmt.

Was unternimmt die Bundesregierung? Unternimmt sie Schritte bei der türkischen Regierung, um diesen staatlich gelenkten Schlepperbanden bei ihrem schmutzigen Geschäft – der Entvölkerung Kurdistans und der Verschleppung dieser Menschen nach Europa – endlich das Handwerk zu legen? Müßte sie nicht auch die Waffenlieferungen an die Türkei deshalb stoppen? *rub*

Die baskische Linke, Kunst und Künstler

Baskenland: Forderung nach Dialog dominiert

Von Manfred Ostrowski

In den *Politischen Berichten* Nr. 22/97 erschien ein Interview des PDS-Abgeordneten Winfried Wolf mit zwei Politikern der baskischen Linkspartei Herri Batasuna (HB). Winfried Wolf äußerte darin sein Befremden darüber, daß die ETA einen Anschlag auf das Guggenheim-Museum in Bilbao vorbereitet hatte. Die HB-Politiker waren im Interview nicht bereit, einen politischen Fehler der ETA einzuräumen.

Diese Haltung erklärt sich daraus, daß sowohl Herri Batasuna als auch die linke baskische Tageszeitung *egin* das Museum schon seit langem heftig kritisieren; sie sind sich darin mit der großen Mehrheit der baskischen Bevölkerung einig: Das Guggenheim-Museum zählt im Baskenland offenbar zu den ungeliebtesten Projekten, der größte Teil der linken Künstler-Avantgarde steht hier in Opposition dazu, und die gewaltigen Geldsummen, die das Museum jetzt und in absehbarer Zeit verschlingt, sind angesichts hoher Arbeitslosigkeit und leerer Kassen den Menschen kaum als sinnvoll angelegt zu vermitteln. Außerdem ist bekannt, daß die Initiatoren des Guggenheim-Museums schon mit mehreren gewagten Großprojekten Schiffbruch erlitten haben.



400 Busse und neun Sonderzüge brachten über 25 000 Lohnabhängige nach Luxemburg, die dort am 20. November gegen den EU-Beschäftigungsgipfel demonstrierten. In Paris besetzten Arbeitslose einen Zug, um nach Luxemburg zu fahren und auf verschiedenen Diskussionsforen eine andere Beschäftigungspolitik für Europa zu fordern. Die Mobilisierung aus der BRD war schwach. Nur 1000 Menschen folgten dem Aufruf.

Mehr als die Frage, ob das Museum ein „sinnvolles“ Ziel der ETA gewesen sein könne, bewegte Anhänger und Mitglieder HBs der Umstand, daß es wieder ein Todesopfer gegeben hatte. Daß während der Auseinandersetzung vor dem Museum ein baskischer Polizist erschossen wurde, bedauerte Herri Batasuna öffentlich.

Der Träger des Nobelpreises für Literatur 1997, der Dramaturg Dario Fo, hat sich bei der spanischen Regierung dafür eingesetzt, daß diese als Friedensgeste darauf verzichten soll, die 23 Mitglieder des Vorstandsgremiums Herri Batasuna, der Mesa Nacional, zu inhaftieren, und forderte die spanische Regierung auf, die Gewalt gegen die politischen Gefangenen aus der ETA zu beenden. Die schriftliche Erklärung Dario Fos ist ebenfalls von seiner Frau, Franca Rame, und ihrem gemeinsamen Sohn, dem Schauspieler Jacopo Fo, unterzeichnet. Gleichzeitig forderte Dario Fo die ETA auf, auf jede bewaffnete Aktion zu verzichten, da Gewalt die menschliche Würde desjenigen beschädige, der sie anwendet. Die öffentliche Erklärung Dario Fos bezüglich der baskischen Frage erscheint innerhalb einer breiten Kampagne, die in Italien zugunsten eines Freispruchs für die Mesa Nacional HBs initiiert wurde.

Nach einer neuen Umfrage der Regierung des autonomen Baskenlandes in Lakua sind 65% der Einwohner der baskischen Provinzen Araba, Bizkaia und Gipuzkoa dafür, daß Kontakte mit der ETA aufgenommen werden, um den Konflikt zwischen den oppositionellen Basken und dem spanischen Staat zu lösen. Im vergangenen März waren 69% der Bürger Parteigänger des Dialogs, was zeigt, daß sich durch die Anti-ETA-Mobilisie-

rungen der spanischen Regierung im Sommer die Einstellung der Bevölkerung nicht wesentlich verändert hat.

Eine Mehrheit im Baskenland ist auch weiterhin gegen eine Verschärfung der polizeilichen Maßnahmen in der Auseinandersetzung mit der ETA. Hinsichtlich ihrer Meinung zu Herri Batasuna stehen sich zwei etwa gleich große Gruppen gegenüber: Die einen, vor allem Wähler der rechtskonservativen PP und der PSOE, sind damit einverstanden, HB politisch zu isolieren. Die andere Gruppe wendet sich gegen eine Ausgrenzung HBs; am deutlichsten tun dies offenbar Anhänger der sozialdemokratisch orientierten Baskenpartei EA.

Eine Zweidrittelmehrheit innerhalb der Bevölkerung der drei baskischen Provinzen meint, daß eine Verlegung der baskischen politischen Gefangenen in den Bereich des Baskenlandes zur Normalisierung der Lage beitragen würde; nur 21% der Bürger äußern die gegenteilige Ansicht.

Am 9. November gab die ETA bekannt, daß die Organisation vorläufig auf alle Aktionen verzichtet, die wegen der politischen Gefangenen geplant waren.

Die ETA rief die baskischen Bürger, Institutionen und politische Parteien dazu auf, gemeinsam konkrete Initiativen zu ergreifen, um die Rechte der baskischen Gefangenen zu verteidigen und die Verlegung der Gefangenen ins Baskenland durchzusetzen. Die bewaffnete Organisation bestätigte gleichzeitig, daß der am 27. Oktober im Gefängnis gestorbene Häftling Santi Diez Uriarte bei ihr aktiv war, und drückte Verwandten und Freunden des Umgekommenen ihr Mitgefühl aus. Von der Regierung und von der So-

zialistischen Partei PSOE erhielt die ETA eine negative Antwort, während in ihren Erklärungen die PNV, EA und Vereinigte Linke die Geste positiv bewerten.

Herri Batasuna und die Gesamtheit der baskischen Linken arbeiten gegenwärtig daran, einen Generalstreik zugunsten einer Dialoglösung des Konflikts im Baskenland zu erreichen. Der genaue Zeitpunkt für den vorgesehenen Generalstreik hängt davon ab, ob es zu einer Verurteilung der 23 Mitglieder des Vorstandsgremiums HBs kommt oder nicht.

Nikaragua

Die Prioritäten von Alemán

Von Eduardo Tamayo G.

(Managua, Oktober 1997, *alai-Poonal*).- Sieben von zehn NicaraguanerInnen leben in Armut. Aber das scheint die liberale Regierung von Arnoldo Alemán nicht zu kümmern. Eifriger ist er damit beschäftigt, die Schulen und Studienzentren, die die Namen sandinistischer Helden tragen, umzutaufen sowie der Familie Somoza ihren alten Besitz wieder zu verschaffen. Bei der ersten Aktion geschieht dies auf symbolischer Ebene: Es ist der Versuch, aus der kollektiven Erinnerung die Bilder derjenigen zu streichen, die gegen den Somozismus kämpften. So verfügte das Bildungsministerium, das Institut Duglas Sequeira – der Name geht auf einen Jugendlichen zurück, der von der somozistischen Nationalgarde massakriert wurde – in Institut Cornelio Hueeck umzubenennen. Hueeck war Abgeordneter von Somoza und ließ Campesinos vertreiben, um sich deren Land anzueignen. Bis zum 15. Oktober sollten mehrerer solcher Namenswechsel stattfinden, aber SchülerInnen und deren Eltern protestierten dagegen. Sie bewerteten die Maßnahme teilweise als „Infamie, eine Kränkung und ein fehlender Respekt gegenüber den Müttern derer, die ihr Leben in dem ehrenvollen Kampf gegen die Diktatur opferten“.

Die Eigentumsdiskussion wird auf dem Feld des neoliberalen Pragmatismus ausgetragen. Schon in seiner ersten Rede bei seinem offiziellen Amtsantritt am 10. Januar 1997 versprach der Präsident, die Eigentumsfrage, „die die Entwicklung Nicaragua gebremst hat“, zu lösen. In den 80er Jahren beschlagnahmte die sandinistische Regierung den Besitz der Familie Somoza. Im Rahmen der Agrar- und Stadtreform wurde ein Teil dieses Besitzes an Campesinos und städtische SiedlerInnen übergeben. Davon konnten 140 000 Menschen in den Städten und mehrere zehntausend Familien auf dem Land profitieren. An sie verteilte die Regierung insgesamt 2,5 Millionen Hektar Grund und Boden. Heute wird dieses Land von der Somoza-Familie und ihren

Verbündeten – Militärs und ehemaligen FunktionärInnen – zurückgefordert. Seit 1990 haben sie 6 000 Anträge gestellt, in denen sie die Rückgabe von 13 000 Grundstücken verlangen. Die Somozas wollen vor Gericht 340 Vermögenseinrichtungen erstreiten, neben Land auch Unternehmen, Schiffsgesellschaften und Residenzen. Der Gesamtwert wird auf 250 Mio. Dollar geschätzt. Unter der Regierung von Violeta Chamorro (1990–96) gab es ein Gesetz, um den Besitzkonflikt zu lösen, doch es wurde niemals angewendet. Das Steckenpferd der Regierung ist es, daß bestimmte beschlagnahmte Besitztümer in die Hände einiger Mitglieder der sandinistischen Führung gelangen. Diese fragwürdige, im Volksmund „la piñata“ genannte Aktion ist unbestritten. Sie kann jedoch nicht den Versuch verdecken, die ökonomische Macht der ErbInnen Somoza zu restaurieren.

„Eine Provokation“

Für die Ex-Kommandantin Dora María Téllez, heute stellvertretende Vorsitzende der Sandinistischen Erneuerungsbewegung (MRS), „ist es eine Provokation, von der Rückgabe von Besitztümern an die Familie Somoza zu sprechen, denn das ist eine unmoralische Sache“. Téllez fügt hinzu: „Ich glaube, mit der größten Konsens unter der NicaraguanerInnen besteht darin, daß die Familie Somoza ihr Kapital auf Kosten des Landes zusammenbrachte, d.h. Geld raubte. Das Kapital der Somozas war ein Produkt der Regierungskorruption während der Diktatur. Vorzuschlagen, die Güter der Familie Somoza zurückzugeben, ist daher völlig unmoralisch. Außerdem ein Raubakt, ein Raub an Campesinos, ein Raub an verschiedenen EigentümerInnen, die dem Staat das Land abgekauft haben. Das bringt viel Instabilität für Campesinos, UnternehmerInnen und für ArbeiterInnen, die zu EigentümerInnen des Besitzes geworden sind, den sich früher die Familie Somoza angeeignet hatte.“ Die MRS-Politikerin klagt die Regierung an, die Besitzübergabe nicht zu garantieren. „Bei vielen armen Leuten mit wenig Einkommen, bei Campesinos und EigentümerInnen von kleinen Grundstücken oder Häuschen besteht Unsicherheit.“

„Das Problem sind nicht die Gesetze“

Während der Amtszeit von Arnoldo Alemán ist das Eigentumsthema Gegenstand von Konfrontationen und Verhandlungen zwischen der Regierung und der Nationalen Sandinistischen Befreiungsfront (FSLN), der wichtigsten Oppositionskraft und größten Oppositionsfraktion im Parlament gewesen. Mitte Oktober gründete sich eine Sonderkommission der Nationalversammlung, der drei Abgeordnete der regierenden Liberalen Allianz und zwei Abgeordnete der FSLN angehören. Die Kommission soll eine Lösung bezüglich der beschlagnahmten Güter finden. Mit dieser parlamentarischen Initiative sollen die städtischen

Kuba: Wirtschaft wächst langsamer

(Havanna, 17. November, *pl-Poonal*).- Der kubanische Vizepräsident Carlos Lage hat ein Wirtschaftswachstum von 2,5% für 1997 geschätzt. Obwohl dies im Vergleich zu den 7,8% des Vorjahres ein deutlich schwächeres Wachstum ist, versicherte Lage, die Tendenz zur wirtschaftlichen Erholung werde auch in den kommenden Jahren anhalten. Er gründete seine Auffassung auf den weiter steigenden Tourismus (in den vergangenen Jahren um durchschnittlich 20% jährlich) sowie die anhaltend steigende Beteiligung von Auslandskapital. Obwohl dieses durch das Helms-Burton-Gesetz beeinträchtigt worden sei, habe das Auslandskapital sich auch nach der Verabschiedung des Gesetzes auf Kuba entwickelt. Lage äußerte sich anlässlich eines Treffens der Vorsitzenden und leitenden FunktionärInnen von Zentralbanken aus Lateinamerika und der Karibik in Havanna. Kuba gründete erst vor kurzem eine eigene Zentralbank. Bankchef Francisco Soberon erklärte gegenüber seine KollegInnen aus Venezuela, Peru, Honduras, Uruguay, Ecuador, Jamaika, Mexiko, Chile und der Dominikanischen Republik, Kuba werde 1997 mit einer Arbeitslosigkeit von 7%, einer Inflationsrate von 2,5% und einem Haushaltsdefizit von unter 2% des Bruttosozialproduktes abschließen.

Ansiedlungen legalisiert werden, mit Grundbucheintragungen für die durch die sandinistische Revolution Begünstigten (allein 50 000 SiedlerInnen in der Hauptstadt Managua). Eingeschlossen werden sollen, so die Idee, auch die ArbeiterInnen, die 1993 Kaufverträge für privatisierte Unternehmen unterschrieben (um sie in Eigenregie zu führen; die Red.). Aber das Eigentumsproblem ist spitzig und komplex, es entzieht sich einfachen Lösungen. Zur selben Zeit, in der das Parlament einen neuen Entwurf für ein Eigentumsgesetz diskutierte, erklärte FSLN-Chef Daniela Ortega auf einer Veranstaltung zum 20. Jahrestag des Sturms und der Zerstörung der Kaserne der Nationalgarde in San Carlos durch sandinistische Guerrilleros: „Die ArbeiterInnen haben auch das Recht und die Möglichkeit, sich zu bewaffnen, um ihr Eigentum zu verteidigen, Land, Grundstücke und Häuser inbegriffen, da das Regime die bestehenden und vollständig gültigen Gesetze nicht respektiert.“ Der Sandinistenführer weiter: „Es werden nicht mehr Gesetze benötigt, denn in den derzeitigen sind die Rechte der ArbeiterInnen, der SiedlerInnen und Campesinos auf ihren Besitz festgelegt. Aber die Regierung versteift sich auf ihre Versuche, den ehemaligen BesitzerInnen zu erlauben, erneut den Besitz zu rauben, den sie auf üble Weise erlangt haben.“



In Venezuela haben in der vergangenen Woche etwa 2 Millionen Lohnabhängige des öffentlichen Dienstes gestreikt, um gegen die Verschlechterung der Arbeits- und Lohnbedingungen zu protestieren. In der Hauptstadt Caracas schossen Polizisten mit Schrotmunition auf 200 auf den Regierungspalast vorrückende Justizangestellte. Vor dem Wirtschaftsministerium forderte Lohnabhängige aus den Bürgermeisterämtern die Auszahlung ausstehender Lohnzahlungen. Studenten wehrten sich mit kräftigen Aktionen gegen Prügelorgien der Polizei. Im Süden von Venezuela streikten gleichzeitig 40 000 Stahlarbeiter.

Dominikanische Republik: Bilanz des Nationalstreiks

(Santo Domingo, 14. November 1997, pulsar-Poonal).- In Nicht-Regierungs-kreisen wird der landesweite Streik vom 11. und 12. November als voller Erfolg gewertet. Trotz der starken Militärpräsenz und Massenverhaftungen sowie der Einschüchterung der Presse durch die Regierung, damit erstere nicht über die Proteste berichtete, folgte der überwältigende Teil der Bevölkerung dem Streikaufruf.

Die Regierung und verschiedene Medien erklärten allerdings, für die Bevölkerung sei der Protest wie ein Ferientag gewesen. Sie erklärten nicht, warum 340 Personen verhaftet und 23 verwundet wurden, und ein Todesopfer zu beklagen ist.

Die Sprecherin der Koordination der Volksorganisationen, Luz Zeneida Mejía, versicherte, der Süden des Landes sei zu 90 Prozent lahmgelegt worden. Eine genauso hohe Streikbeteiligung wurde aus der Hauptstadt gemeldet. In der Region von Cibao war der Streik praktisch zu hundert Prozent wirksam (dies gilt vor allem für den ersten Streiktag; die Red.). Mejía sagte auch, von Seiten der Bevölkerung habe es keine Gewaltausbrüche gegeben. Die Gewalt sei von den kombinierten Polizei- und Militäreinheiten ausgegangen.

Streikführer Ramón Almanzar drückte sich in dem Sinne aus, die Regierung könne alle möglichen Unterdrückungseinheiten einsetzen; die Bevölkerung habe sich gegen die offizielle Wirtschaftspolitik ausgesprochen. Die Probleme, die

zu dem Streik führten, bleiben jedoch bestehen.

Die Regierung hat erklärt, die Löhne ebensowenig anheben zu wollen wie die entlassenen staatlichen Beschäftigten wieder einzustellen. Auch die Stromrationierungen werden in den kommenden Monaten alltäglich sein.

Japan: Hafenarbeiter im Streik

Mitte Oktober hatte die US-Seefahrtsbehörde angeordnet, japanische Frachtschiffe in den amerikanischen Häfen festzuhalten, sollten die Verhandlungen zwischen den USA und Japan über den Zugang zu japanischen Häfen scheitern.

US-Transportkapitalisten beklagten sich seit Jahren über sogenannte „bürokratische“ und regulatorische „Hemmisse“ der ihren Warenaustausch in japanischen Häfen erschwere. In den Medien wurde hier ein Kampf zwischen „freien Welthandel“ und Protektionismus ausgetragen. Die beiden Regierungen fanden schließlich einen Kompromiß. Der amerikanisch-japanische Handelskrieg blieb aus.

Gegen diesen Kompromiß streikten jetzt die japanischen Hafenarbeiter. Nach den geltenden Abkommen mit der japanischen Hafenbehörde können die Hafenarbeiter bei der Verwaltung der Häfen, die den Kommunen gehören, mitreden – damit schützen sie ihre Jobs und Arbeitsbedingungen.

Internationale Reedereien wollen aber schon lange Hafenbecken in Japan aufkaufen, um dort billige Arbeitskräfte die nicht unter das geltende Hafengesetz fallen, einsetzen. Die japanische Regierung

unterstützt diese Pläne des internationalen Reederkapitals, und schon im März dieses Jahres streikten dagegen die japanischen Docker.

Ihren jetzigen Streik sehen die japanischen Hafenarbeiter auch als Solidaritätsmaßnahme mit den Dockern von Liverpool, die schon seit 26 Monaten im Ausstand sind. Auch in Liverpool streikten die Dockarbeiter, weil sie eine Verschlechterung der Lohnbedingungen nicht akzeptieren wollen.

Schweiz: Streikwelle im Öffentlichen Dienst

Der Widerstand gegen den Abbau im öffentlichen Dienst beginnt sich in den verschiedenen Kantonen zu formieren. In Genf fanden Proteste statt, mit vergleichbaren Forderungen gab es auch Demonstrationen in Bern, Basel und Zürich. Im Kanton Aargau führte das Pflegepersonal erste Bummelstreiks durch.

Bisheriger Höhepunkt der Proteste war eine Demonstration von 20 000 Menschen in Lausanne gegen Lohnkürzungen und Bildungsabbau.

Für den 8. Dezember wird im Kanton Waadt ein Streik vorbereitet. Für den gleichen Tag sind in Zürich Aktionen geplant. Zu einer zentralen Kundgebung mobilisieren die Beschäftigten im öffentlichen Dienst am 29. November nach Bern.

Kommunalwahl in Italien: Ulivo-Bürgermeister stark, rechter „Pol der Freiheit“ schwach

Rund ein Viertel der italienischen Wahlberechtigten war am 16. November zur Neuwahl von Bürgermeistern (erstmals Direktwahl), Gemeinde- und Provinzialräten aufgerufen.

Besonderes Augenmerk galt dabei den großen Städten. In Rom hatte sich bei der letzten Bürgermeisterwahl der Grüne Rutelli erst im zweiten Wahlgang gegen den Parteichef von Alleanza nazionale, Fini, durchgesetzt. In Neapel war es Bassolino (PDS) gegenüber der Duce-Enkelin Mussolini (AN) ebenso ergangen. In Venedig, dem Sitz von Bossis „Regierung der Padania“, wollte die Lega Nord die Wiederwahl des Linksdemokraten Cacciari verhindern.

Alle drei linken Amtsinhaber konnten sich im ersten Wahlgang mit durchschlagenden Erfolgen (Bassolino 74 Prozent) durchsetzen und dabei mehr Stimmen erringen als die sie unterstützenden Parteien zusammen. Cacciari, Rutelli und Bassolino haben nun in einem Dokument Forderungen zur aktuellen Verfassungsdebatte vorgetragen: eine Kammer aus Vertretern von Regionen und Kommunen einrichten, Ressourcen und Kompetenzen stärker an die Peripherie verlagern und dabei mehr auf die Kommunen als auf die Regionen.

rok
Zusammenstellung: hav

„Unerträgliche Studien- und Lebenssituationen ...“

FRANKFURT. Nach Giessen und Marburg haben am 13.11. auch in Frankfurt Versammlungen an der Universität und der Fachhochschule Streiks und Aktionen beschlossen. Etwa 5000 StudentInnen, die sich an der Versammlung in der Uni beteiligten, verabschiedeten eine Erklärung, in der sie „die hessische und bundesdeutsche Sparpolitik im Bildungs- und Sozialbereich“ kritisieren, die „zu unerträglichen Studien“ und Lebenssituationen führt. Sie solidarisieren sich in dieser Erklärung auch mit SchülerInnen und Auszubildenden und fordern „eine ausreichende Finanzierung der Schulen und eine Umlagefinanzierung zur Sicherung von Ausbildungsplätzen“. Die StudentInnen verlangen, daß „der Staat die Finanzierung des Studiums unabhängig von der sozialen Herkunft“ durch ein „gerechtes Steuersystem“ sicherstellt, bei dem „Kindergeld und Kinderfreibetrag zur Deckung herangezogen wird“. Sie fordern weiter ausreichende finanzielle Mittel zur Gewährleistung des Lehrangebots (Tutorien, Bibliotheken usw.). Das von der Hochschulrektorenkonferenz aufgestellte Sofortprogramm (8 Mrd. DM für die Hochschulen) wird unterstützt. Die Mittel sollen durch Einsparungen im Verteidigungshaushalt und bei der Rüstungsforschung aufgebracht werden. Schließlich werden mehr Rechte für die StudentInnen und ihre Vertretungen in der Hochschulverfassung gefordert.

aus der Erklärung der Uni-V, ola

Gebührenfreies Konto

ESSEN. Der Ausschuß des Rates über Anregungen und Beschwerden hat eine Entscheidung über den Bürgerantrag der PDS für ein gebührenfreies Konto für Sozialhilfeempfänger vertagt. In der von der CDU unterstützten Vorlage der Verwaltung wurde der Antrag glatt abgelehnt. Begründung: Der von Ratsmitgliedern besetzte Verwaltungsrat der Sparkasse kann laut Sparkassengesetz keinen unmittelbaren Einfluß auf die Geschäfte der Sparkasse nehmen. Diese rein formale Argumentation haben SPD und B. 90/Grüne nicht mitgetragen. Stattdessen beauftragten sie die Verwaltung zu prüfen, wie die Sparkassen in anderen Städten bei Leuten mit geringem Einkommen mit den Kontogebühren umgehen. wof

Medienpreis für das CL-Netz

BIELEFELD. Die Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur e.V. (GMK) verleiht ihren diesjährigen Medienpädagogischen Preis an Dr. Gabriele Hooffacker aus München. Die Preisträgerin wird stellvertretend für den Verein „Kommunikation und Neue Medien e.V.“ und für das Computersystem „Compternetzwerk Linksysteme

(CL-Netz)“ ausgezeichnet. Das Netzwerk verbindet seit 10 Jahren mit mehr als 50 000 TeilnehmerInnen und Teilnehmern engagierte Personen und sozio-kulturelle Bewegungen in ganz Europa. Schwerpunkt ist der Austausch von Informationen aus Umwelt, Politik, Wissenschaft und Kultur.

aus dem CL-Netz

und Roma als „übels und kriminelles Pack“ bezeichnet wurden. Der Richter hatte Siegerist vorgehalten, er habe „jahrhundertealte Vorurteile gegen Zigeuner bewußt und zielgerichtet für eine verabscheungswürdige Agitation ausgenutzt“. Das Rundschreiben erbrachte Siegerist Spendengelder in Höhe von 85 409 DM.

hma

Wieder Veranstaltung des AStA verboten

KAIERSLAUTERN. Dem AStA der Uni Kaiserslautern wurde erneut eine Veranstaltung durch ein Raumverbot seitens der Uni-Leitung faktisch untersagt. Diesmal traf es ausgerechnet einen Vortrag der Kritischen UNI mit Dr. Rolf Gössner zum „Abbau demokratischer Grundrechte vom Deutschen Herbst 1977 bis heute“. Die Begründung muß man sich auf der Zunge zergehen lassen. Der Vizepräsident der Universität Prof. Dr.-Ing. Hartmut Hofrichter teilte dem AStA mit, daß er die Veranstaltung „nicht genehmige, weil bereits der Titel des Vortrages eine Unterstellung beinhaltet.“ Der AStA wird die Veranstaltung nun in den Räumen der ESG durchführen. *Der AStA würde sich über Solidaritätsklärungen (Fax 0631/205 35 23) bzw. Protestbekundigungen an die Uni-Leitung (Fax 0631/205 35 35) freuen.*

Gefängnisstrafe für Siegerist

HAMBURG. Das Hamburger Landgericht hat den Vorsitzenden der Vereinigung „Die Deutschen Konservativen“, Werner-Joachim Siegerist, wegen Volksverhetzung zu einem Jahr und neun Monaten Gefängnis auf Bewährung und einem Bußgeld in Höhe von 24 000 DM verurteilt. Siegerist, der in Lettland Parlamentsabgeordneter ist, hatte 1992 Rundschreiben mit einer Auflage von 17 000 Exemplaren verbreitet, in denen Sinti

Interview mit Generalbundesanwalt a.D. Kurt Rebmann

BONN. „Welches deutsche Lied mögen Sie am liebsten?“ „Das Deutschlandlied, was denn sonst“. „Was entgegnen Sie einem Deutschen, der von sich gibt: Ich schäme mich, ein Deutscher zu sein?“ Kurt Rebmann antwortete auf diese Frage ebenso deutschtümelnd, wie er gefragt wurde, und rät: „Wandern Sie aus! Auf solche Leute wie sie verzichten wir gerne“. Dagegen „freut ihn die Aussage „Ich bin stolz, Deutscher zu sein“; denn „ich liege aus Überzeugung ganz auf dieser Linie.“ Folgerichtig dachte sich der Träger des Großen Verdienstkreuzes mit Stern und Schulterband nichts dabei, diese und weitere Fragen für die Deutsche Wochenzeitung zu beantworten. Der oberste Ankläger des Staates a.D. habe zwar nicht gewußt, wer hinter der DWZ steht, mit dem Interview habe aber alles seine Richtigkeit. Für das Verlagsimperium von Gerhard Frey und seiner DVU würde er keine Propaganda machen wollen, stehe aber zu allem, was er gesagt habe. Der Honnorpaprofessor an der Universität Konstanz und Vorsitzender des Landesverbandes der Straffälligenhilfe Württemberg unterstrich auf Nachfrage, daß er den Fragebogen wieder ausfüllen würde: „Ich würde jedem Blatt diese Antworten geben. Das sind doch alles unverfängliche Fragen, auf die ich gerne geantwortet habe.“

kun



KÖLN. Anlässlich des zweiten Todesstages der Hinrichtung von Ken Saro-Wiwa fand eine Blockade-Aktion vor einer Shell-Tankstelle statt. An der Aktion „Shell – Nein tanken“ beteiligten sich auch Leute aus Nigeria.

Bild: kah

So könnte das Gedenken auch in Zukunft gestaltet werden

MANNHEIM. Die Hauptveranstaltung zum „Volkstrauertag“ in Mannheim, Sonntag vormittag auf dem Hauptfriedhof vom Arbeitskreis Volkstrauertag getragen, stand tatsächlich im Zeichen der „Mahnung“ – konkreter und direkter Mahnung, es niemals wieder zu faschistischer Gewalt und schließlich Gewaltherrschaft kommen zu lassen, und nie wieder zu Krieg. Die Mahnung war zielgerichtet, denn sie stützte sich auf das aktive Erinnern an die Opfer von Faschismus und Krieg, und sie schwieg nicht zu Taten und Tätern des Grauens.

Der nun schon seit 1990 übliche gemeinsame Weg von der Trauerhalle zu jeweils drei Gedenkstätten, wo über Einzelschicksale berichtet wird, erinnerte in diesem Jahr an eine Frau und fünf Männer aus Mannheim, die sich der Résistance angeschlossen hatten, an den Komponisten des Liedes von den Moorsoldaten, Rudi Goguel, sowie an den jungen Polen Mateusz Trozsko, der wegen Aneignung von ein paar Schuhen aus den Trümmern des Schuhhauses Tack vom Mannheimer Sondergericht zum Tod durch Erschießen verurteilt worden war.

Der Mannheimer Gesprächskreis Geschichte und Politik, die VVN-BdA und der Arbeitskreis Justiz leisteten die Vorbereitung zu diesem Erinnern.

Vor dem Schweigeweg hatte DGB-Kreisvorsitzender Max Nagel in der Trauerhalle die Gedenkansprache gehalten. Er stellte die Bedeutung gerechter und gesicherter sozialer Verhältnisse für den inneren und äußeren Frieden heraus. Er erinnerte auch an seinen Vater als ein typisches Soldatenschicksal: Nach neun Jahren Krieg und Gefangenschaft Rückkehr als schwerkranker Mann.

„Mein Vater hat so gut wie nie über den Krieg mit meinem Bruder und mir gesprochen“ – auch dies eine typische Erfahrung. Verdrängung des Entsetzlichen, vielleicht auch Scham über das Dabeigewesen. Keine Kritik oder Selbstkritik. Vor allem aber auch keine Verherrlichung und Idealisierung von „Tapferkeit“, „Kameradschaft“ und „Pflichtbewußtsein“ dem verbrecherischen Staat gegenüber.

Nagels Erinnerung an die versehrten und umgekommenen Soldaten rückte den zivilen Menschen in den Blick, für den das Soldatsein Lebensverlust war und keineswegs Erfüllung.

Diesen millionenfachen buchstäblichen Lebensverlust gilt es am Volkstrauertag unter anderem zu betrauern. Trauer über die dem Zivilleben und der Zivilisation Entrissenen, über die in der Barbarie Umgekommenen. Es dürfte dies

auch eher der Blickwinkel der Mehrheit der Bevölkerung sein. Das Pathos, mit dem die organisierten Wehrmachts-Veteranen und Bundeswehrreservisten im Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge gerade den Soldatentod glorifizieren, ist eine illegitime Vereinnahmung der Toten über den Tod hinaus.

Nicht zuletzt aus diesem Grund ist es begrüßenswert, daß die Verwaltungsspitze der Stadt Mannheim dem VDK am Volkstrauertag nicht die Hauptveranstaltung überlassen hat, sondern ihm um 14.00 Uhr den Friedhof überließ.

Selbstverständlich blieb es dem *Mannheimer Morgen* und seinem Lokal-Redakteur und CDU-Parteimitglied Ragge vorbehalten, noch schnell vor dem Volkstrauertag mit einem Kommentar „Parteiliche Trauer“ alles auf den Kopf zu stellen: den Opferverband VVN als linksradikale Vereinigung zu titulieren, die alten Kameraden und Weltkriegskämpfer als Opfer von angeblichen Diffamierungen hinzustellen und die Auseinandersetzung um Formen und Inhalte des Gedenkens als Generationenkonflikt aufzubereiten.

Der Oberbürgermeister ließ drei Kränze an diesem Tag niederlegen: Zwei „vormittags“ (an der KZ-Gedenkstätte und am Gräberfeld der Zwangsarbeiter durch Peter Kurz, SPD) und einen „nachmittags“ (am Soldatenehrenmal durch Stadtrat Otto, CDU).

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge mobilisierte für seine Nachmittagsveranstaltung schließlich ca. 140 Menschen, während zur Gedenkstunde des Arbeitskreises Volkstrauertag vormittags „nur“ ca. 100 Leute kamen. Gemessen daran, daß die Tradition des Volkstrauertages erhebliche offizielle Unterstützung und den Ruf genießt, für Trauer über den Krieg schlechthin zuständig zu sein, und gemessen daran, daß bei antifaschistisch und pazifistisch eingestellten Menschen der traditionelle Volkstrauertag berechtigerweise keinen guten Ruf hat, ist die diesjährige Entwicklung positiv zu werten.

Der entmilitarisierte Volkstrauertag sollte im kommenden Jahr in vergleichbarer Weise durchgeführt werden.

Die Chancen sind nicht schlecht, wenn die gute Zusammenarbeit zwischen DGB, DFG-VK und VVN sowie den weiteren Unterstützern fortgesetzt wird und insbesondere die SPD das durch die Anwesenheit von Konstanze Wegner (MdB) und Gemeinderatsfraktionsvorsitzenden Peter Kurz dokumentierte Interesse festigt.

tth



Gegen NPD und JN

Erfolgreiche Demonstration

ESSEN. Ca. 1 000 Menschen, die meisten davon aus dem Antifa-Spektrum, haben sich nach Angaben der Veranstalter an der Demonstration am 8.11.1997 in der Essener Innenstadt beteiligt. „Daß du dich wehren mußt, wenn du nicht untergehen willst, wirst du wohl einsehen!“ So lautete die an Bert Brecht angelehnte Überschrift des Aufrufes. Die Demonstration richtete sich gegen Übergriffe von Straßenfaschisten, rechte Parolen und Fans/Hooligans bei Rot-Weiß Essen, zahlreiche ungeklärte Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte, gegen Razzien der Polizei am Essener Hauptbahnhof, die zur Vertreibung und Kriminalisierung von Obdachlosen und Drogenabhängigen dienen, sowie gegen organisierte Nazistrukturen von NPD und JN in Essen.

Anlässlich des Jahrestages der Reichspogromnacht am 9. November sollte mit der Demonstration weiterhin aller Opfer der Faschisten im „Dritten Reich“ gedacht werden. An der Alten Synagoge wurde aus diesem Grund ein Kranz niedergelegt. Hier kam es zu einem Zwischenfall, als 10 bis 15 Faschisten aus für sie sicherer Entfernung provozierten. Sie wurden jedoch schnell vertrieben.

Während des gesamten Tages waren Anti-Antifa-Aktivisten (aus Düsseldorf) mit PKWs unterwegs und versuchten, Teilnehmer/innen zu fotografieren. Einer der Treffpunkte der rechtsextremen Szene, die Kneipe „Briefkasten“ am Hauptbahnhof, hatte seit einigen Wochen wegen Renovierung geschlossen und wurde wenige Tage vor der Demonstration mit altem Namen und neuem Pächter wieder eröffnet. Es bleibt abzuwarten, was mit dem alten „Stammpublikum“ geschieht.

Beim Auftakt zur Demonstration auf dem Hirschlandplatz gab es neben viel Musik auch Grußworte von SDAJ, dem Antifaschistischen Forum und der PDS Essen.

aus Lokalberichte Essen

Protest gegen den bayerischen Sonderweg beim § 218



Aus einem
Brief der
IG Medien
München

AUGSBURG. Nachdem das Bundesverfassungsgericht mit seiner einstweiligen Anordnung vom 24. Juni die verschärften Vorschriften zum Schwangerschaftsabbruch in Bayern teilweise auf Eis gelegt hatte, begann die FDP die Unterschriftensammlung zur Einleitung eines Volksbegehrens „Gleiches Recht – auch für Bayerns Frauen“. Inzwischen hat sich daraus ein Aktionsbündnis gebildet, das nach nebenstehendem Aufruf der IG Medien die Hoffnung hat, auch weitere gewerkschaftliche Kreise zu gewinnen.

Aber die Unterschriftensammlung läuft zäh. Manche befürchten, daß ihre Kritik am Bundesrecht untergeht, wenn sie für gleiche Rechte eintreten. Andere setzen ihre ganze Hoffnung auf das Bundesverfassungsgericht, das im Frühjahr ja eine endgültige Entscheidung fällen wird. Und weitere fürchten, daß zu starke öffentliche Diskussionen schlafende Hunde außerhalb Bayerns wecken könnten und das Bundesrecht als Minimalrecht auch noch fällt.

Stillhalten wäre aber viel gefährlicher, weil die bayerische Staatsregierung ihre

gerichtliche Niederlage ganz und gar nicht schlucken will, ja intensiv daran arbeitet, neue Fakten zu schaffen. Vor Gericht hatte Sozialministerin Stamm damals nicht entkräften können, daß ein Betätigungsverbot für die beiden Ärzte Zapf und Freudemann, die weit mehr als die Hälfte aller Abbrüche in Bayern vornehmen, zu einer „Versorgungslücke“ führt. Die Auseinandersetzung um die 25%-Regelung (Ärzte dürfen nur 25% ihrer Einnahmen aus Abbrüchen beziehen) will sie jetzt mit neuem statistischen Material gewinnen. Danach sind in Bayern 96 Ärzte und 31 Krankenhäuser zu Abtreibungen bereit, die pro Jahr mehr als 15 000 Schwangerschaftsabbrüche „bewältigen“ könnten (lt. „Hochrechnung“).

Frau Stamm hat die Ärzte natürlich nicht danach gefragt, ob sie auch Frauen mit sozialen Abbruchgründen helfen, ob ihre Anschrift in Infomaterialien bekannt gemacht werden kann, ob sie Frauen außerhalb ihres Patientinnenstamms behandeln ... Es ist also eine Diskussion nötig, was „Versorgung“ heißt. Deshalb ist das Volksbegehr sinnvoll. baf

„Wie Du vielleicht weißt, haben FDP Bayern und Bündnis 90/Die Grünen beschlossen, ein Volksbegehr gegen den bayerischen Sonderweg zum § 218 zu initiieren, das von der Humanistischen Union und anderen Organisationen mit getragen wird. Sie wollen nicht auf das bestehende Verfassungsgerichtsurteil warten. Wir haben als Gewerkschaft beschlossen, das Volksbegehr zu unterstützen. Denn: Ungewöhnliche Situationen erfordern manchmal ungewöhnliche Kooperationen ... Sicher – uns ist bewußt, daß auch Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in dieser Frage nicht einhelliger Meinung sind. Müssen sie ja auch nicht. Dennoch haben sich die Gewerkschaften immer in Diskussionen um den § 218 engagiert. Und auch jetzt wollen wir uns einmischen.“ IG Medien

Aus dem Antrag für ein Volksbegehr

„Gleiches Recht – auch für Bayerns Frauen“

Die unterzeichnenden Stimmberechtigten beantragen, ein Volksbegehr für folgenden Gesetzentwurf zuzulassen: ... Der Gesetzentwurf lautet:

Artikel 1: Das Gesetz über die Schwangerenberatung (Bayerisches Schwangerenberatungsgesetz) vom 9. August 1996 (GVBl. S. 320) und das Gesetz über ergänzende Regelungen zum Schwangerschaftskonfliktgesetz und zur Ausführung des Gesetzes zur Hilfe für Frauen bei Schwangerschaftsabbrüchen in besonderen Fällen (Bayerisches Schwangerenheilergänzungsgesetz) vom 9. August 1996 (GVBl. S. 328) werden aufgehoben.

Artikel 2: Dieses Gesetz tritt am ... in Kraft.

Begründung: Der bayerische Landtag hat mit dem bayerischen Sonderweg eine einzigartige Benachteiligung der Frauen geschaffen und eine flächen-deckende, wohnortnahe, spezialisierte medizinische Versorgung gefährdet. Damit hat er den „Allparteienkompromiß“ mißachtet, den der Deutsche Bundestag 1995 nach jahrelangem Ringen mit großer Mehrheit – auch der Mehrheit der

CSU-Abgeordneten! – beschlossen hat.

Dieses Bundesrecht schafft auf der Grundlage der letzten Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von 1993 ein Schutzkonzept für das ungeborene Leben, das aus einer Fristenregelung mit Beratungspflicht besteht. Die anonyme und ergebnisoffene Beratung muß vertrauensvoll und ohne Bevormundung durchgeführt werden. Einen Zwang dahin, daß nur bei Darlegung der Gründe eine Beratungsbescheinigung ausgestellt wird, darf es deshalb auch in Bayern nicht geben. Mit dem Gesetzentwurf soll diese Regelung ersatzlos aufgehoben werden.

Das Bundesrecht erfordert auch, daß wohnortnahmärztliche Einrichtungen zur Verfügung stehen, in denen ein Abbruch vorgenommen werden kann. Mit den bayerischen Sonderregelungen sind so große Hindernisse für Ärzte aufgebaut worden, daß eine wohnortnahe Versorgung mit hochspezialisierten Praxen für Frauen in Konfliktsituationen nicht sichergestellt ist. Deshalb hat das Bundesverfassungsgericht einige Regelungen durch einstweilige Anordnung am 24. Juni 1997 außer Kraft gesetzt. Mit dem Gesetzentwurf sollen die Bestimmungen aufgehoben werden, daß nur Gynäkologen, nicht auch Ärzte mit anderen Qualifikationen, Abbrüche vornehmen können, daß nur 25% der Ein-

künfte aus Schwangerschaftsabbrüchen herrühren dürfen und daß umfangreiche Kontrollen und Überwachungsmaßnahmen durch die zuständigen Behörden Ärzte und behandelte Frauen in Unsicherheit und Angst versetzen.

Bayerische Frauen dürfen nicht benachteiligt werden. In keinem anderen Bundesland gibt es vergleichbare Sonderregelungen. Es muß ein Klima herrschen, in dem sich Frauen im Bewußtsein ihrer Verantwortung frei und ohne Zwang und Bevormundung für oder gegen die Fortsetzung ihrer Schwangerschaft entscheiden können. Es darf keinen Abtreibungstourismus in andere Bundesländern oder nach Österreich geben, nur weil in Bayern für Frauen und Ärzte besondere Hürden aufgebaut werden. Die beiden in Artikel 1 genannten Gesetze sind daher insgesamt aufzuheben. Soweit ergänzende Regelungen zu den Bundesgesetzen notwendig sein sollten, können diese im Verwaltungsweg von der Bayerischen Staatsregierung erlassen werden. Dieses Gesetz soll sofort nach seiner Annahme in Kraft treten.

Beauftragte: Gisela Bock, c/o F.D.P., Agnesstr. 47, 80798 München, Telefon 089/126009-0; Stellvertreter: Emmerich Frößl, c/o F.D.P., Agnesstr. 47, 80798 München, Telefon 089/126009-0.

Vollversammlung der Medizinstudierenden gegen Sonderhaftbedingungen

HAMBURG. In Hamburg haben Aktivitäten des Fachschaftsrates Medizin für die Freilassung der politischen Gefangenen eine gewisse Tradition. Eine noch länger zurückreichende Geschichte hat allerdings das Universitätskrankenhaus Eppendorf selbst, daß in den 70er Jahren mit Forschungen im Bereich der sensorischen Deprivation, sprich Auswirkungen von Reizentzug, mit zur wissenschaftlichen Bereitstellung dieser Foltermethode beitrug.

Am 5. November verabschiedete die Vollversammlung der Medizinstudierenden – zum inzwischen sechsten Mal – eine Resolution, gegen die „Zerstörungspolitik“ der politischen Gefangenen, „die in der Kontinuität des deutschen Antikommunismus steht“. Die Erklärung, die von der Mehrheit der rund dreihundert anwesenden Medizinstudierenden beschlossen wurde, richtet sich gegen die zerstörerischen Auswirkungen der Isolationshaft und macht im weiteren vor allem auf den bedrohlichen Gesundheitszustand von Adelheid Schulz und Helmut Pohl aufmerksam:

Beispiel von Adelheid Schulz: Sie wurde im November 1982 verhaftet und befand sich 6 Jahre in Einzelisolation. Im April 1991, nachdem sie einen Knoten in der Brust festgestellt hatte, beantragte sie die Zulassung einer Vertrauensärztin. Diese wurde erst nach mehreren juristischen Interventionen und Verhandlungen zugelassen, so daß die erste Untersuchung im Juni 1992, also 14 Monate später stattfinden konnte. Verordnete Medikamente wurden mit einer Verzögerung von bis zu zwei Monaten oder gar nicht ausgehän-

dig, jede Folgeuntersuchung mußte Adelheid Schulz sich ähnlich erkämpfen wie die Erstuntersuchung.

Beispiel von Helmut Pohl: Helmut Pohl wurde im Juli 1984 verhaftet, davor befand er sich schon insgesamt 8 Jahre in Haft. 1989 erkrankte Helmut Pohl an Schmerzen im Bereich der Halswirbelsäule und Taubheitsgefühlen im Arm. Da der Anstalsarzt „so einen nicht behandeln wollte“, entschloß sich Helmut Pohl zu einer Klage gegen das Land Hessen wegen unterlassener Hilfeleistung. Erst 1992, also drei Jahre nach den ersten Beschwerden, kam es im Rahmen der Klage zu ersten Röntgenuntersuchungen. Die Röntgenaufnahmen verschwanden aber auf dem Weg ins Gefängnis, so daß mit therapeutischen Maßnahmen nicht begonnen werden konnte. Im Januar 1997 schließlich stellte ein Arzt „Verknöcherungen an der Halswirbelsäule“ fest, „die über mehrere Halswirbel hinwegziehen, in das Rückenmark hineinragen und es an einer Stelle eindrücken“. Es drohen irreversible Lähmungen und der Arzt stellte die Indikation zur Operation. Doch die Bundesanwaltschaft bestellte einen internen Gutachter, der lapidar feststellte, Helmut Pohl „müsste mit diesen Beschwerden leben“ und die Operationsindikation verneinte. Es geschieht also weiterhin nichts.

Doch nicht nur un behandelte Erkrankungen quälen die Gefangenen. Die jahrelange Isolationshaft, das tägliche Erkämpfen von Selbstverständlichkeiten und andere Schikanen der „Sonderhaftbedingungen“ machen die Gefangenen zusätzlich krank. Rolf-Clemens Wagner benennt die allgemeinen Symptome: „physische Kraftlosigkeit, Dauerschmerzen, Immunschwäche und eine daraus resultierende geschwächte Arbeitskraft“.

Vor diesem Hintergrund richtete die Vollversammlung der Medizinstudierenden folgende Forderungen an den Bунdespräsidenten Roman Herzog, Bundesjustizminister Schmidt-Jorzig und seine LänderkollegInnen:

- Die sofortige und bedingungslose Freilassung der haftunfähigen politischen Gefangenen Adelheid Schulz und Helmut Pohl, sowie die Prüfung der Haftfähigkeit aller anderen politischen Gefangenen durch VertrauensärztInnen.
- Die bedingungslose Zulassung von VertrauensärztInnen.
- Die Abschaffung der Isolationshaft und der Sonderhaftbedingungen.
- Die Schaffung einer Freilassungsperspektive für alle anderen politischen Gefangenen.

kun

Wiederbelebung einer Industriebrache

KÖLN. Unter diesem Titel fand eine zweite Veranstaltung zur Vorstellung eines Plans zur Nutzung der Industriebrache östlich der Markgrafenstraße statt. Über die Verwendung dieses Geländes wird die Stadt Köln entscheiden, wenn es von F&G und der Bundesbahn freigegeben wird. Mitarbeiter der Mülheimer Bürgerdienste und verschiedene Gruppen und Initiativen im Stadtteil haben sich in die Diskussion eingeschaltet, um die Interessen der Mülheimer Bürger frühzeitig in die Planung für dieses Areal mit einer Fläche von ca. 12 ha einfließen zu lassen.

Um eine neue Methode der Bürgerbeteiligung an der Stadtteilplanung zu erproben, war Ende letzten Jahres ein Modell von Mülheim-Nord im Jugendclub Don Bosco gebaut worden und im Laufe des Jahres auf dem Markt und auf der Straße vorgestellt worden. Müllbeseitigungsaktionen und die Wiederbelebung des Bürgerparks an der Berliner Straße waren die Folge. Was die Industriebrache betrifft, so die Mülheimer Selbsthilfegruppen, soll sie dafür verwendet werden, was den Mülheimern am meisten fehlt: Arbeit, günstiger Wohnraum, Spiel- und Erholungsfläche. Das wurde auch in den Gesprächen am Modell am meisten genannt.

Tausende Arbeitsplätze sind in den letzten Jahren kaputt gegangen. Das hat vielen Älteren den Job gekostet und viele Jüngere haben erst gar keinen mehr bekommen. Arbeitslose und Arme prägen das Straßenbild. „Die Menschen aus Mülheim wollen arbeiten, sie brauchen neue und langfristige Arbeitsplätze, ... können und wollen selbst aktiv werden, ... wollen ihre Umwelt mitgestalten, ... wollen Mitbestimmen, sie wissen selbst am besten, was sie können und was sie brauchen, ... schließen sich zu Genossenschaften, Kooperativen und Projekten zusammen, statt sich auseinander dividieren zu lassen.“ Diese Auszüge aus der „Mülheimer Erklärung“ der Bürgerdienste zeigt die Richtung, in die die Diskussion geht: Wir müssen uns etwas Neues einfallen lassen. So wie die Arbeit war, bekommen wir sie nicht wieder. Gemeinwesenorientiertes Wirtschaften, Selbsthilfe und Eigenarbeit, Handwerkerhäuser, Hospiz, Recyclinghof und Gemeinsamkeit von Bauen, Wohnen und Arbeiten sind Stichworte dieser Diskussion. In den nächsten Monaten soll verstärkt mit dem Modell gearbeitet werden, um diejenigen mehr in die Planung mit einzubeziehen, um die es geht: die MülheimerInnen und Mülheimer. Gemeinsam gebildete Vorschlags- und Arbeitskreise sollen die eingegangenen Ideen bearbeiten, um sie den Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung vorzulegen.

Arbeitskreis „Modell Mülheim“, p.b.



Landesmillionen illegal an den Kali-Monopolisten?

Die EU-Kommission hat ein Beihilfeverfahren gegen die Kali + Salz GmbH eingeleitet. Dazu erklärt am 18.11. der Ex-Betriebsratsvorsitzende der Kaligrube Bischofferode, PDS-MdB G. Jüttemann:

Die K+S GmbH hat von 4 Bundesländern, darunter Thüringen, Beihilfen von 129 Mio. DM erhalten. Die Brüsseler Behörde betrachtet das als illegal, weil sie keinerlei Rechtsgrundlage sieht. In der Tat: K+S hatte erst am 7.10. erklärt, im 1. Halbjahr einen Gewinn im „zweistelligen Millionenbereich“ erwirtschaftet zu haben, den man im 2. Halbjahr sogar noch steigern werde. Laut K+S-Chef Ralf Bethke sollte damit der „Verlustvortrag aus den vergangenen 4 Jahren von 377 Mio. DM verringert werden“.

Was die K+S-Eigentümer – der BASF-Konzern – allerdings nicht erwähnten: Sie haben in den Vorjahren über 1 Mrd. DM von der Treuhand erhalten, auch der größte Teil des Verlustvortrages wurde von der öffentlichen Hand beglichen. Nun stellt sich also heraus, daß auch noch die Länder 129 Mio. DM an K+S fließen ließen.

Die Thüringer Zahlung dürfte im zweistelligen Millionenbereich gelegen haben und ist offenbar ohne jede Rechtsgrundlage erfolgt. Davon allerdings sprach Thüringens Wirtschaftsminister Franz Schuster nicht, als er am 24.6. verkündete, „die Sonderförderung für die Kumpel des Kaliwerkes Bischofferode läuft zum Jahresende aus“. Für 226 Beschäftigte der Entwicklungsgesellschaft Nordhausen, darunter 133 ehemalige Bischofferöder Bergleute, bedeutet das, daß sie zum Jahresende auf der Straße stehen.

Man scheute sich in der Erfurter Landesregierung nicht einmal, das böse Wort von „bisherigen Sonderbedingungen“ für die Kumpel zu gebrauchen. Und das trotz der Tatsache, • daß Nordthüringen zu den strukturschwächsten Regionen zählt; • daß die Regierung angesichts des Hungerstreiks der Bergleute 1993 versprochen hatte, als Ausgleich für die Schließung der Grube 700 bis 1000 neue Dauerarbeitsplätze zu schaffen und diese Zusage nicht erfüllte; • daß sie so nicht einmal das Versprechen über Beschäftigungsmaßnahmen einhält, um keinen Kumpel in die Arbeitslosigkeit zu entlassen.

Die Forderung kann nur so lauten: Die Thüringer Landesregierung muß umgehend auf eine Rückzahlung der von ihr an K+S unrechtmäßig gegangenen Gelder dringen und diese dort einsetzen, wo sie gebraucht werden: für Beschäftigungsmaßnahmen in den betroffenen Regionen. (geringf. gekürzt)

Gefährliche Seuche im Berliner Senat

DPW bietet 1,5 Mrd. DM für Krankenhäuser

Unter der Überschrift „Privatisierungswahn sinn schadet der Gesundheit“ schildert die Berliner ÖTV im Mitgliedermagazin einen besonders rabiaten Privatisierungsvorstoß.

Der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband (DPW) will alle elf städtischen Krankenhäuser für 1,5 Mrd. DM kaufen und diese dann in eigener Regie führen.

Zwar kann der DPW aus seiner bisherigen gemeinnützigen Tätigkeit nicht auf eigene Rücklagen in dieser Größenordnung zurückgreifen, aber er hat sich die Finanzierungsbereitschaft der Landesbank Berlin (LBB) gesichert. Diese sei bereit, den Kauf auf Pump zu finanzieren, wobei sie Grundstücke, die nicht für Klinikzwecke gebraucht werden, verkaufen oder selbst bebauen möchte. Für weitere konzeptionelle Vorstellungen zur Zukunft der elf städtischen Krankenhäuser wird auf Anfang November vertröstet ...

Im August hatte Berlins Bürgermeister Diepgen in einem Brief an die AOK Berlin ein neues Gutachten zwecks Kostensenkungen an den Krankenhäusern in Höhe von 265 Mio. DM angekündigt. Der AOK-Verwaltungsrat hatte in einen Brief vom 12.9. mehr Tempo verlangt und angedroht: „Eine Finanzierung überhöhter Krankenhausstrukturen durch Finanzhilfe aus dem AOK-System ist künftig undenkbar.“

Doch noch bevor sich der Senat darauf geeinigt hat, wer das Gutachten erstellen soll und wie der Auftrag im Detail lauten soll, wollen jetzt DPW und LBB alle städtischen Krankenhäuser mit ihren ca. 10 000 Krankenhausbetten und ca. 25 000 Beschäftigten kaufen.

Daraus jedoch abzuleiten, das Projekt von DPW und LBB sei unausgegoren und chancenlos, wäre gefährlich und falsch:

- Zu gewichtig sind die Fürsprecher wie Ärztekammerchef Ellis Huber, der sich über die Presse selbst schon für eine Leitungsposition ins Gespräch brachte.
- Zu solide ist der mögliche Partner LBB ...
- Und zu uneins zeigen sich die Gesundheitspolitiker der Regierung, wenn es darum geht, für die städtischen Krankenhäuser ein Zukunftskonzept unter eigener Trägerschaft zu entwickeln.

Der DPW hat in den vergangenen Jahren immer wieder die Trägervielfalt angemahnt. ... Jetzt will er ... sein eigenes, privates Monopol schaffen ...

Das Land Berlin würde sich in eine wesentlich größere Abhängigkeit von den Verbänden und privaten Krankenhausträgern begeben. Berlin ist als Land und Kommune verpflichtet, eine „bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit leistungsfähigen Krankenhäusern zu gewährleisten.“ Wenn es die Aufgabenerfüllung allein großen Verbänden und Ein-

richtungen überläßt, sinken die politischen Steuerungs-, Einfluß- und Kontrollmöglichkeiten gegen Null.

Für die Beschäftigten ist nichts Gutes zu erwarten. So kündigte DPW-Geschäftsführer Hans-Jochen Braun bereits an, den BAT mit seinen „starren Gehaltsstrukturen“ durch eine „leistungsoorientierte Entlohnung“ abzulösen. Außerdem will der DPW Arbeitsplätze nicht wie im öffentlichen Dienst „künstlich“ erhalten. Für ca. 5 000 Beschäftigte der derzeit insgesamt 25 000 müßten demnach Konzepte erarbeitet werden, „wie neue Arbeitsplätze für diese Mitarbeiter geschaffen werden können“.

Von dem neuen Arbeitgeber „dürfen“ die Beschäftigten erwarten:

- Ausstieg aus BAT/BMG-G
- Ausstieg aus der Zusatzversorgung durch die VBL,
- Verlust der Sicherheit des Arbeitsverhältnisses, wie sie sich beim Land Berlin und durch den Tarifvertrag ergibt,
- Verlust der Schutzrechte des Personalrats ... durch Wechsel zum Betriebsverfassungsrecht,
- zusätzliche Einschränkungen der Rechte des Betriebsrates durch das Recht des DPW, „Tendenzschutz“ geltend zu machen ... (aus: ÖTV-dialog 9/97, gekürzt)

Aktionsbündnis gegen Havelausbau

Widerstand geht weiter

Von Annemarie Kersten

Man weiß gar nicht, was die Erbitterung und den Widerstand gegen das Projekt 17 des Bundesverkehrswegeplans 92, den Ausbau der Havel für Großmotor-Güterschiffe von 110 m Länge bzw. für Schubverbände von 185 m Länge mehr antriebt: Die Verschleuderung von finanziellen Mitteln oder die Zerstörung einer einmaligen Kulturlandschaft, die von der Havel geprägt ist. Hier werden Milliarden in den brandenburgischen Sand gesetzt. Projekte, wo diese Summen in wirklich zukunftsfähige Vorhaben investiert werden sollten, die in großer Zahl dauerhaft Arbeitsplätze schaffen, gibt es genug.

Großmotor-Güterschiffe, das heißt Interessensicherung für Großreeder, die sich auch nach der Wende im ehemaligen VEB Binnenreederei eingestellt haben. 18 000 Mitarbeiter der Wasser- und Schifffahrtsdirektion klammern sich natürlich an ihren Arbeitsplatz und sind deshalb für den Ausbau. 5,4 Milliarden DM sind ein Brocken, den sich die Baulobby nicht entgehen lassen will. So spiegelt der Widerstand gegen das Projekt 17 den Konflikt zur verfehlten Politik der Bundesregierung wider.

Das Projekt 17 bedeutet in Berlin, wenn die favorisierte Nordvariante zum Westhafen gefahren wird: Zweischiffiger Ausbau, in Kanalbereichen Erweiterung auf 55 m Wasserspiegelbreite und 4 m

Wassertiefe, Sohlbaggerungen auch in Jungfernsee, an der Pfaueninsel, bei Picheldorf, an der Unterspree und Spreebegradigungen. Dazu kommen drei Brückenneubauten, sieben Brückenanhobungen und der Neubau der Schleuse Charlottenburg (115 m lang, 12,5 m breit). Die Schleuse Spandau ist nicht offiziell Bestandteil des Projektes 17, wird aber in den Ausbaudimensionen des Projektes 17 umgebaut. Die Kosten belasten den Stadthaushalt. Der Planfeststellungsbeschuß ist schon gefaßt.

Kommt dann die Südtrasse über den Teltowkanal zum Osthafen (das Tor nach Szczecin) dazu, dann heißt das zwar nur einschiffiger Ausbau (29 m Breite) mit Begegnungsstellen, aber weitere 9 Brückenneubauten und 8 Brückenanhobungen und Neubau der Schleuse Kleinmachnow (190 m lang, 12,5 m breit). Alles in allen eine gigantische Bautätigkeit mit äußerst fragwürdiger Wirtschaftlichkeit. Noch immer geistert ein Kosten-Nutzen-Faktor von 1:6 in den Argumentationen der Chefetagen und Politiker. Das „Institut für ökologische Wirtschaftsführung“ hat bei immer noch optimistischen Prognosen nur den Faktor 1:2,2 errechnet.

Völlig unkalkulierbar sind die Folgen für die Kulturlandschaft. Die Fachleute von Schlösser und Gärten Berlin/Brandenburg fürchten das Trockenfallen der Pfahlköpfe, auf denen die Heilandskirche, das Pumpenhaus am Schloß Babelsberg, die Bauten im Neuen Garten u.a. gegründet sind. Das Projekt 17 heißt also auch, das Weltkulturerbe der Potsdamer Wald- und Seenlandschaft aufs Spiel setzen. Eine Tatsache, die die UNESCO aktiviert hat. Nicht zuletzt nimmt man auch die Zerstörung einer unersetzbaren Außenlandschaft in Kauf, die bedrohten Tierarten wie Biber, Fischotter, Limikolen u.a. Zuflucht bietet. Die Flachwasserzonen und Überschwemmungsräume, die die Kinderstube aller Wassertiere sind, werden durch gespundete oder geschützte Uferbefestigungen ruiniert. Damit brechen die Nahrungsketten einer artenreichen Tierwelt zusammen. Von den nicht kalkulierten Auswirkungen auf den Wasserhaushalt im niederschlagsarmen Brandenburg ganz zu schweigen. Am Ende des 20. Jahrhunderts müßte für jeden klar sein, daß ein Leben des Menschen gegen die Natur sich verheerend auswirkt.

Am 22.11. kam in Potsdam das Aktionsbündnis gegen den Havelausbau mit Vertretern von Bündnis 90/Grüne und PDS zusammen, um die weitere Strategie zu beraten. Es waren sich alle Anwesenden einig: Der Widerstand geht weiter, und wenn es bis zum zivilen Ungehorsam geht. Die Bürger werden den Parteien zur kommenden Bundestagswahl Wahlprüfsteine vorlegen. Das Projekt 17 wird einer davon sein.

Annemarie Kersten ist Vorsitzende der PDS-Kreistagsfraktion Potsdam-Mittelmark und seit 1992 im Aktionsbündnis.

WOHNUNGSUMWANDLUNG: *Hamburg.* 1996 wurden für 758 Gebäude und insgesamt 5 387 Wohnungen Abgeschlossenheitsbescheinigungen beantragt, die die Voraussetzung für die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen bilden. Die meisten Anträge wurden im Bezirk Nord gestellt (fast 1800), gefolgt von Altona (1074).

In den drei Gebieten mit einer „Sozialen Erhaltensverordnung“ (Südliche Neustadt/Bezirk Mitte, Eimsbüttel-Nord/Hoheluft-West und Barmbek-Süd/Uhlenhorst) hat die Stadt bisher in fünf Fällen von ihrem Vorkaufsrecht nach § 24 Abs.1 Nr.4 BauGb Gebrauch gemacht, wobei 14,5 Mio. DM aus dem dafür vorgesehenen Fonds aufgewendet wurden. Dieser enthält jetzt noch 6,2 Mio. DM. Im Bezirk Eimsbüttel hat es mit 11 Eigentümern sog. Abwendungsvereinbarungen gegeben, die überwiegend dem Ausschuß der Umwandlung dienten, in Barmbek 4.

KOMMUNALHAUSHALT 1998: *Hanover.* Der Vertreter der PDS im Rat der Landeshauptstadt, Ulrich Wolf, hat Änderungsanträge zum Entwurf der Verwaltung eingebracht. Kernpunkte seiner Vorschläge sind die Schaffung von 1330 zusätzlichen Hortplätzen (Kosten: 10,7 Mio.) und die Aufstockung der Mittel für Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung um 5 Mio. DM. U.a. fordert er mehr Geld für Arbeitsloseninitiativen und eine kommunale Beschäftigungsgesellschaft.

„Was wir brauchen, ist ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor, in dem die Fördermittel für gesellschaftlich nützliche Aufgaben effektiv eingesetzt werden.“ Zur Gegenfinanzierung ihrer Vorschläge fordert die PDS u.a. eine Erhöhung der Gewerbesteuer um 10 Hebesatzpunkte, die der Stadt Mehreinnahmen von etwa 10 Mio. DM bringen würde. Wolf sieht dies als gerechten Ausgleich für den Wegfall der Gewerbekapitalsteuer, die die Stadt pro Jahr 19,2 Mio DM kostet. Finanzierungsmöglichkeiten sieht Wolf auch bei EXPO-bedingten Ausgaben.

JUGENDSOZIALARBEIT: *Stuttgart.* Nach fünf Jahren läuft im Sommer 1998 der Modellversuch „Jugendsozialarbeit in den Schulen“ aus. Seine weitere Finanzierung im Haushaltspunkt 1998 ist nicht gesichert. Bündnis 90/Die Grünen fordern seine Weiterführung, da das Zusammenwirken von Schule und Jugendhilfe vieles für die Schüler bewirken könne. Sie fordern: „Jugendarbeit muß rein in die Schulen..., Lehrer öfters raus in den Stadtteil, ... bessere Aus- und Fortbildung der LehrerInnen..., zusätzliche Unterstützung für die sozial-pädagogische Arbeit, insbesondere an Hauptschulen = 450 000 DM.“

OFFENE JUGENDARBEIT: *Augsburg.* Die Grünen wenden sich gegen die Einsparung von ca. 300 000 DM bei der Jugendarbeit, davon über 230 000 DM beim Stadtjugendring im Haushaltsentwurf. Stattdessen fordern sie eine Ausweitung der Jugendarbeit. Ihre Fraktionsvorsitzende Kamm machte auf andere Geldquellen aufmerksam: So seien beim Messesewesen und bei der Flughafen GmbH keine Zuschußkürzungen vorgesehen. Wenn die Steuerschlupflöcher endlich begrenzt würden, gäbe es auch keine so massiven Einnahmeausfälle wie heuer.

ENERGIEWIRTSCHAFTSGESETZ: *München.* Auf Initiative der Stadt hat der Deutsche Städttetag beschlossen, die Basis für die Kraft-Wärme-Kopplung in die Energierichts-Novelle einzubringen. Oberbürgermeister Ude: „Den Städten drohen in diesem Fall verlorene Investitionen in Milliardenhöhe bei der umweltfreundlichen Fernwärme sowie der Einbruch bei den Konzessionsabgaben, wenn der Wettbewerb um die Tarifkunden eröffnet wird ... Es wäre unerträglich, wenn die Bundesregierung einerseits die Kommunen auffordert, im Rahmen der Agenda 21 Vorbildliches auf dem Gebiet des Umweltschutzes zu leisten, andererseits aber bereits erzielte Erfolge zerstört.“

„KOMBI-LOHN“ ABGELEHNT: *Berlin.* Ebenso wie der Deutsche Landkreistag lehnt der Deutsche Städttetag Pläne von Bundesgesundheitsminister Seehofer und Arbeitgeberorganisationen ab, Niedriglöhne durch Sozialhilfe zu subventionieren. Seehofer überlegt, Arbeitseinkommen in größerem Umfang nicht auf die Sozialhilfe anzurechnen. Stattdessen fordert der DST, die bundesweiten Instrumente der Arbeitsmarktpolitik wieder stärker einzusetzen. Nur darüber sollten Anreize für eine zusätzliche Beschäftigung auch von Sozialhilfeempfängern geschaffen werden. Er wehrte sich gegen eine „Kommunalisierung der Arbeitslosigkeit“.

STEUERSCHÄTZUNG: *Düsseldorf.* Nach der Novembererhebung des Arbeitskreises Steuerschätzung werden die Einnahmen aus Gemeindesteuern 1998 um fast drei Mrd. DM auf 61,185 Mrd. DM (1997: 64,125 Mrd. DM) zurückgehen. Damit unterschreiten sie noch den Wert von 1996 (62,013 Mrd. DM). Hauptursache ist der erwartete Rückgang der Gewerbesteuern um 3,5 Mrd. DM auf 43,8 Mrd. DM, dem nur ein leichter Anstieg bei den Grundsteuern und den übrigen Gemeindesteuern gegenübersteht. Dies droht, obwohl nach Angaben des Instituts der Deutschen Wirtschaft die Kommunen 1997 den Gewerbesteuerhebesatz im Schnitt um acht Prozent auf 424 Prozent erhöht hätten.

Zusammenstellung: ulj

IGM-TARIFTELE-GRAMM:

Nachbesse- rungen bei Altersteilzeit nötig. Im IG-Metall-Bezirk Hannover fand am 12.11. eine Tarifkommissionssitzung statt, in der es um den Stand der regionalen Verhandlungen zu Fragen der Altersteilzeit und der Beschäftigungssicherung ging. In der Frage der Altersteilzeit muß es erhebliche Verbesserungen gegenüber dem Abschluß in Baden-Württemberg geben. Es muß geklärt werden, welche Beiträge die Arbeitgeber leisten, wenn es keine Zuschüsse der Bundesanstalt für Arbeit gibt, wenn die Arbeitsplätze derer, die durch Altersteilzeit ausscheiden, nicht wiederbesetzt werden. Außerdem ist sich die Tarifkommission darüber einig, daß es keine Öffnungsklausel geben darf, wie in Baden-Württemberg, wo es heißt, daß die Betriebsparteien bei Gefährdung von Arbeitsplätzen auch abweichende betriebliche Regelungen vereinbaren können. Sollte kein akzeptabler Flächentarifvertrag möglich sein, ist die Tarifkommission dazu bereit, tarifliche Regelungen für Einzelbetriebe zu ermöglichen. Beim Beschäftigungssicherungstarifvertrag wurden folgende Punkte diskutiert: Die Arbeitgeber hatten sich für 1997 verpflichtet, 5% mehr Ausbildungsplätze anzubieten. Die Verpflichtung wurde mit 6% (entspricht 55) übererfüllt. Die Unternehmer sind bereit, für 1998 nochmals 5% auf Basis der 1996er-Zah-

len draufzulegen. Der Knackpunkt ist, daß sie die Ausbildungsvergütung auf dem jetzigen Stand einfrieren wollen. Das würde bedeuten, wenn die IG Metall etwas in dieser Richtung macht, daß sie in einen laufenden Tarifvertrag eingreifen würde. Befürchtet wurde, die IG Metall könnte bei Abstimmung in dieser Frage in der Öffentlichkeit den Schwarzen Peter zugeschoben bekommen, das heißt sie würde Ausbildungsplätze verhindern. In den Tarifvertrag soll ein neuer Absatz zur Beschäftigungsförderung aufgenommen werden. Danach soll es möglich sein, durch freiwillige Betriebsvereinbarungen die Arbeitszeit abzusenken, um Arbeitslose einzustellen oder Azubis unbefristet zu übernehmen. Zur Finanzierung eines Teillohnauengleichs hat die IG Metall den Vorschlag eines Fonds eingeführt, in den ein Teil der künftigen Lohnerhöhungen eingezahlt werden soll. Nächster Verhandlungstermin ist der 24.11. *jes*

BAYER AG: MODERNE ARBEITSSKLAVEN? Vor einem Jahr wurde über einen so genannten Servicepool für „freigestellte“ MitarbeiterInnen verhandelt. Nachdem wir die Pläne der Bayer AG veröffentlicht hatten, gab es große Empörung. Das Thema war fürs erste vom Tisch. Inzwischen gibt es eine „Standortvereinbarung“ durch die der Betriebsrat der Bayer AG einen

Freibrief für viele Unverschämtheiten gegeben hat. Prompt ist auch das Thema Servicepool wieder auf dem Tisch. Neue Bezeichnung: „Vereinbarung für flexible Einsätze“. Inzwischen gibt es einen Arbeitgeberentwurf sowie einen Vorschlag des Betriebsrates. In den meisten Punkten unterscheidet sich der Vorschlag des Arbeitgebers kaum von den Vorschlägen der IG-Chemie-Betriebsräte (oder umgekehrt). Deshalb zitieren wir im folgenden ausdrücklich nur aus dem Vorschlag der IG-Chemie Betriebsräte. Was den Beschäftigten zugemutet werden soll, läßt einem die Haare zu Berge stehen. „Diese Gesamtbetriebsvereinbarung gilt ... für alle Tarifmitarbeiter ..., deren Arbeitsplatz infolge der Durchführung von Strukturmaßnahmen wegfällt. Diese Mitarbeiter werden nach Auswahl zwischen Unternehmensleitung und Betriebsrat namentlich benannt.“ Dies ist der Servicepool! Wo Arbeitsplätze wegfallen, sollen namentlich benannte MitarbeiterInnen in diesen Pool. Durch die Zustimmung des Betriebsrates zu jeder einzelnen Person ist eine arbeitsrechtliche Überprüfung der Entscheidung für den einzelnen so gut wie unmöglich. Ist man erst mal im Pool, geht's rund. „Die Entscheidung über die Auswahl eines bestimmten Mitarbeiters für einen konkreten temporären Einsatz liegt beim Einsatzbereich.“ „Die Arbeitszeitgestaltung bei kon-

kreten temporären Einsätzen richtet sich flexibel nach den Erfordernissen im jeweiligen Einsatzbereich“. Die Beschäftigten werden hin und her geschoben und in Saisonarbeit gedrückt. Ein „Leerlauf“ zwischen den Einsätzen soll u.a. vermieden werden durch: „Inanspruchnahme von tariflichem oder unternehmensinternem Urlaub“ „Inanspruchnahme unbezahlten Urlaubs“. Das ist ein Verstoß gegen das Bundesurlaubsgesetz und den Tarifvertrag. Der Urlaub dient der Erholung. Er ist in längeren Abschnitten zu nehmen. Die Lage des Urlaubes wird im gegenseitigen Einvernehmen festgelegt und kann nicht einseitig angeordnet werden. Laut Betriebsratsvorschlag zumutbar: „Die Ankündigung von konkreten temporären Einsätzen gegenüber dem Mitarbeiter erfolgt zeitlich differenziert.“ „Dabei ist eine Ankündigung von einer Woche ausreichend.“ „Ein – auch befristetes – Arbeitsplatzangebot ... gilt bei einer Entfernung von nicht mehr als ca. 100 km vom Werksstandort als zumutbar. Die Zumutbarkeit erstreckt sich auch auf nicht gleichwertige Arbeitsplatzangebote, sofern damit nicht eine Rückführung um mehr als 2 Entgeltgruppen ... verbunden ist.“ „Betroffenen Mitarbeitern/ MitarbeiterInnen, die ein im Sinne dieser Vereinbarung zumutbares Versetzungssangebot ablehnen, wird die einvernehmliche Aufhebung des Arbeitsvertrages angeboten. Bei Ablehnung einer einvernehmlichen Aufhebung des Arbeitsvertrages wird arbeitgeberseitig gekündigt.“ Erst werden die „Unglücksraben“ mit Hilfe des Betriebsrates ausgesucht, dann werden sie nach Belieben hin und her geschubst. Lehnt jemand diese Behandlung ab oder kann die „Wünsche“ der Abteilung nicht erfüllen, ist Kündigung vorgesehen. Mit der Unterschrift des Betriebsrates unter dieser Vereinbarung, haben die Betroffenen noch nicht mal die Chance, erfolgreich gegen die Kündigung vor Gericht zu klagen. Wir lehnen diese Vereinbarung ab. Wir fordern die IG-Chemie-Fraktion auf: Informiert die Belegschaft und diskutiert Eure Vorschläge, bevor Ihr mit dem Arbeitgeber weiterverhandelt.

November-Flugblatt der „Durchschaubaren“ bei Bayer Leverkusen



Die ÖTV meldet als Erfolg: Nach Warnstreiks an verschiedenen baden-württembergischen Universitätskliniken (Bild: Freiburg) unterschrieben die Arbeitgeber das Fortgelten der Tarifverträge auch nach Umwandlung der landeseigenen Kliniken in Anstalten des öffentlichen Rechts.

Gegen Verkauf öffentlichen Eigentums

Auch vor dem Landesparteitag der Berliner SPD demonstrierten am 15.11. mehrere tausend Gewerkschaftsmitglieder gegen Privatisierung und Verkauf öffentlichen Eigentums. Eine Woche zuvor wurden bereits die CDU-Delegierten mit Protesten empfunden (s. Bild).

Erfolgreich waren die Aktionen insoweit, als der SPD-Parteitag nicht die von Finanzsenatorin Fugmann-Heesing und Parteichef Böger geforderte Zustimmung zum Verkauf von landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften bzw. zur vollen Privatisierung der Berliner Wasserbetriebe gegeben hat. Jetzt gibt es neuen Streit in der Berliner Koalition. Die CDU (Diepgen und Schönbohm) forderten die SPD-Senatsmitglieder frech auf, sich nicht an die Parteitagsbeschlüsse zu halten.

Die ÖTV, leiderfahren, was Beschlüsse und Zusagen von Seiten der SPD betrifft, bereitet sich auf eine harte Auseinandersetzung vor. Sie hat öffentlich angekündigt, ggf. eine Urabstimmung über Streikmaßnahmen durchzuführen.

Wir dokumentieren ein Flugblatt der ÖTV Berlin, mit dem sie sich in der vergangenen Woche an die Berliner Bevölkerung gewandt hat. *har*

Öffentliche Unternehmen aktivieren und nicht verscherbeln!

Liebe Berlinerinnen, liebe Berliner, allein '97 und '98 werden in Berlin zusätzliche Steuerausfälle von 1 Mrd. DM (1 000 000 000 DM!) erwartet. Die Einkommensteuer fällt komplett aus, denn die Bezieher hoher Einkommen und die Mehrzahl der großen Unternehmen haben sich als Steuerzahler längst verabschiedet – sie wandeln ihre fällige Steuerschuld durch Abschreibungen lieber in eigenes Vermögen um. Übrig bleiben die Lohnsteuer zahlenden Arbeitnehmerhaushalte.

Und weil der Haushalt Berlins wegen fehlender Einnahmen aus den Fugen geraten ist, sollen jetzt die Berliner Wasserbetriebe BWB und wenig später die BSR, BVG und BEHALA privatisiert und anschließend verscherbelt werden.

Nach dem Willen des Senats sollen damit für Investoren und Kapitalanleger weitere interessante Geldanlagemöglichkeiten eröffnet werden: Die Kunden und Gebührenzahler auf der einen und die Beschäftigten in den Betrieben auf der anderen Seite werden schon für eine sichere Rendite der künftigen Aktionäre sorgen.

Schon die Umwandlung des öffentlichen Betriebes BWB in eine Aktiengesellschaft wird der durchschnittliche Vierpersonenhaushalt mit 64,50 DM Preiserhöhung bezahlen, weil dann zusätzlich Umsatzsteuer fällig wird.



Nach den Plänen des Senats müssen die BWB aber künftig 220 Mio. DM zusätzlichen Gewinn machen – nur so lassen sich Aktionäre anlocken, die den erwarteten Verkaufserlös von ca. 3 Mrd. DM zahlen. Dieser Gewinn soll durch weiteres Drehen an der Preisschraube, durch weiteren massiven Abbau von Arbeitsplätzen und Reduzierung der Investitionen erwirtschaftet werden.

Bereits jetzt fehlen in Berlin und Umgebung über 500 000 Arbeitsplätze. Viele Arbeitnehmer in allen Bereichen der Wirtschaft fürchten den Verlust ihres Arbeitsplatzes und erkennen, daß die jetzige Politik nicht die versprochenen 200 000 Arbeitsplätze schafft, sondern zusätzlich vernichtet.

Noch gibt es bei BWB, BSR, BVG und BEHALA über 30 000 wertschöpfende Arbeitsplätze mit existenzsichernden Einkommen für die dort Beschäftigten. Und durch Ausschreibung von Aufträgen in der Region für über 2,5 Mrd. DM jährlich werden weitere 30 000 Arbeitsplätze in Berliner und Brandenburger Mittelstandsbetrieben gesichert.

Die öffentlichen Betriebe gehören den Berlinerinnen und Berlinern – sie haben das in den Betrieben vorhandene Vermögen mit ihren Steuergeldern finanziert. Die Politiker sind Verwalter dieses Vermögens auf Zeit – sie sollen dieses Vermögen für mehr Arbeitsplätze, für eine preiswerte, sichere, ökologische und ökonomische Leistungserstellung für den Verbraucher aktivieren. Sie dürfen dieses Vermögen nicht an private Kapitalanleger und Investoren verscherbeln.

Die Beschäftigten von BWB, BSR, BVG und BEHALA wehren sich nicht gegen einen Beitrag der Landesbetriebe für den Landeshaushalt. Sie werden sich jedoch – gemeinsam mit ihrer Gewerkschaft ÖTV Berlin – mit allen gewerkschaftlichen Mitteln gegen die Zerschlagung, die Privatisierung und Verscherbelung der Landesbetriebe Berlins wehren.

Sie hoffen, daß sie dafür bei den Berlinerinnen und Berlinern Unterstützung oder zumindest Verständnis finden. Die Beschäftigten von BWB, BSR, BVG und BEHALA – Anstalten des öffentlichen Rechts

IG Medien Baden-Württemberg

Warnstreiks bei Zeitungsredaktionen

Über 340 Redakteurinnen und Redakteure an 24 Zeitungsredaktionen Baden-Württembergs streikten am Mittwoch, 19.11. zwischen einer und vier Stunden für den Erhalt ihrer Tarifverträge.

Dieser deutliche Protest zeigt, daß die JournalistInnen nicht gewillt sind, Abstriche bei der Struktur des Gehaltstarifvertrages hinzunehmen oder die Be seitigung der tariflichen Wochenarbeitszeit zu akzeptieren.

Auch bei der tariflichen Altersversorgung sehen sie keinen Grund zu Zugeständnissen an die Zeitungsverleger. Kompromißbereit sind die TageszeitungsredakteurInnen bei der Verschiebung des Inkrafttretens der 35-Stunden-Woche bis zum Jahre 2000.

Das deutliche Votum der Streikenden beinhaltet auch die Bereitschaft, noch deutlichere Zeichen zu setzen, wenn am Verhandlungstisch seitens der Zeitungsverleger keine vernünftigen Angebote gemacht werden.

Auch am morgigen Donnerstag werden in Freiburg und Heidenheim die RedakteurInnen warnstreiken.

Warnstreiks und Aktionen gab es bei folgenden Zeitungen:

Schwäbische Zeitung Rottweil, Stuttgarter Zeitung (Stuttgart und Außenredaktion Waiblingen), Stuttgarter Nachrichten (Stuttgart und Außenredaktion Waiblingen), Rhein-Neckar-Zeitung (Heidelberg und Außenredaktionen), Heilbronner Stimme, Fränkische Nachrichten (Tauberbischofsheim, Bad Mergentheim, Wertheim), Waiblinger Kreiszeitung, Fellbacher Zeitung, Esslinger Zeitung, Gaildorfer Rundschau, Haller Tagblatt, Hohenloher Tagblatt (Crailsheim und Gerabronn), Neu Ulmer Zeitung, Schwäbische Zeitung Ulm, Südwestpresse Ulm, Mannheimer Morgen, Südkurier Konstanz/Singen, Schwäbische Tagblatt Tübingen

IG Medien Ba-Wü, 19.11.1997

Fit für Europa und den Weltmarkt

Arbeit ist genügend da. Die Kapazitäten sind ausgelastet. Die Umsätze steigen. Der Kurs der BASF-Aktie verdoppelte sich nahezu innerhalb zweier Jahre – der Erfolg einer Geschäftspolitik, die in den letzten fünf Jahren in Ludwigshafen allein 10 000 Arbeitsplätze beseitigte.

Nach der Herbstpressekonferenz der BASF am 13.11.97 hieß es in der *Rheinpfalz*: „Der Ludwigshafener Chemiekonzern BASF wird 1997 Umsatz und Gewinn auf historische Höchststände steigern und die Rekordjagd im kommenden Jahr voraussichtlich fortsetzen“. Der Vorstand sieht den Umsatz deutlich über 50 Milliarden DM. (1996: 48,8 Mrd. DM). Tatsächlich hat die BASF seit ihrer Gründung 1865 noch nie so „gut verdient“. Das Ergebnis vor Steuern stieg im Konzernverbund gegenüber dem 3. Quartal 1996 um +27,1%, der Umsatz konnte um 15,2% erhöht werden. Die nahezu einzigen Negativwerte im Zwischenbericht für das 3. Quartal sind die rückläufigen Investitionen in Sachanlagen in Ludwigshafen von -9,7% und natürlich die Zahl der Beschäftigten. So wohlwollend die Wirtschaftsjournalisten der Lokalblätter auch auf den erfolgreichen Konzern blicken, drängt sich dann doch in der *Rheinpfalz* wie im *Mannheimer Morgen* die Frage nach der „gesellschaftspolitischen Verantwortung von Unternehmen“ auf. „Massenarbeitslosigkeit gefährdet die politische Stabilität, auf die auch Unternehmen mit Rekordgewinnen angewiesen sind“ (*Rheinpfalz* 14.11.97).

Angesichts der Geschäftserfolge sieht sich der Vorstand in seiner Arbeitsplatzvernichtungspolitik absolut bestätigt und sagt sich „weiter so!“. So wurde der Betriebsrat jüngst mit weiteren angeblich „unumgänglichen“ Strukturmaßnahmen konfrontiert. In der Konsequenz sollen in den nächsten drei Jahren weitere 3500 bis 3600 Arbeitsplätze in Ludwigshafen wegfallen. Der Standort wird ausgedünnt zur Standorterhaltung. Das ist Globalisierungslogik.

Der Betriebsrat ist hilflos; „die bauen mit und ohne uns ab“ – und sieht nur noch die Möglichkeit der Schadensbegrenzung. „Wir haben letztendlich keine Möglichkeit diese Entscheidung zu revidieren. Wir können unseren Einfluß einbringen, um die Umsetzung menschenwürdig und sozialverträglich zu gestalten“, sagt der BR-Vorsitzende Obenauer. Kampfmaßnahmen der Belegschaft werden erst gar nicht in Erwägung gezogen. Das Ergebnis ist die Vereinbarung 2000.

Die zwei „Errungenschaften“

1. Deren wichtigste Errungenschaft sei der Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen. Allein auch hier gibt es Ausnah-

men, nämlich bei Änderungskündigungen, für Beschäftigte, die ein zumutbares Arbeitsplatzangebot in der AB oder im Konzernverbund ablehnen, sowie für diejenigen, die einem (Teil)-Betriebsübergang widersprechen und denen ein adäquater Arbeitsplatz angeboten wurde.

2. Der zweite hochgelobte Punkt ist die Zusage der BASF, jährlich 800 Jugendliche in ein Ausbildungsverhältnis zu übernehmen. Man bekenne sich zu „Ausbildung über Bedarf“. Was sie allerdings den Ausgebildeten danach anbietet, ist mehr als dürftig. Die Übernahmen erfolgen grundsätzlich auf 6 Monate befristet, vorrangig in Teilzeit. In letzterem Fall dauert die Befristung dann 12 Monate, teils werden die Betroffenen auch noch berufsfremd oder in Wechselschicht eingesetzt, – soweit ihre persönliche Eignung überhaupt eine Weiterbeschäftigung zuläßt. Mit Befristungen erzeugt man Wohlverhalten, Angepaßtheit und Leistungsbereitschaft. Wer es darin zur Meisterschaft bringt, hat eventuell die Chance auf eine weitere Befristung oder gar auf Übernahme. Zusätzlich dürfen die Eltern ihre Teilzeitsöhne und -töchter weiter bezuschussen.

„Es ist nach Auffassung von Werksleitung und Betriebsrat besonders wichtig, jungen Menschen eine Zukunftsperspektive zu geben“, heißt es in der Präambel – für sechs Monate! Aus der Jugendvertretung war keine Kritik an diesem Konzept zu vernehmen. Der JAV-Vorsitzende der BASF wurde erst im Oktober 1997 auf dem Gewerkschaftstag als jüngstes Mitglied in den neuen Hauptvorstand der IG BCE (Bergbau-Chemie-Energie) gewählt. Vielleicht ist mit einem solchen Posten eine Kritik an derartigen Standortvereinbarungen nicht mehr angebracht?

Vorerst keine Lohnkürzungen vereinbart

Manche Passagen der BASF-Standortvereinbarung wurden von der viel kritisierten Bayer-Vereinbarung fast wörtlich abgeschrieben. Dennoch hat es der BASF-Betriebsrat vorerst verhindert, daß mit dem Personalabbau zusätzlich noch Einkommenskürzungen vorgenommen werden und die „Arbeitszeit fachgerecht flexibilisiert“ wird wie bei Bayer Leverkusen. Allerdings übernimmt Bayer seine jährlich 800 Ausgelernten innerhalb des Konzernverbunds immerhin in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis.

Andererseits sind damit aber keineswegs Lohneinbußen und Einkommenskürzungen bei der BASF vom Tisch. Den ersten Schritt dazu bildete die vor einigen Monaten abgeschlossene Betriebsvereinbarung für ein sogenanntes „leistungsgerechtes“ Entlohnungssystem, das neu Eingestellte und neu Übernommene über Jahre finanziell wesentlich

schlechter stellt, u.a. aufgrund einer erheblich reduzierten Betriebszulage. Im übrigen erfolgen grundsätzlich alle Neuerstellungen bei der BASF künftig nur noch befristet zwecks Erhaltung der Flexibilität, d.h. der Möglichkeit des schnellen Vor-die-Tür-setzens.

„Sozialverträgliche Erhöhung der Austrittszahlen“

Unter diesem Stichwort soll die Altersteilzeit angewendet werden. Dabei werden die Betroffeneren bezüglich der Leistungen der BASF-Pensionskasse so gestellt, als ob sie in Vollzeit gearbeitet hätten. Damit sollen mindestens 1600 Austritte abgewickelt werden.

Wer ab heute bis Ende 2000 60 Jahre und älter ist und durch betriebliche Pensionierung ausscheidet, erhält eine Aufstockung der Rente auf bis zu 85% der Differenz zwischen betrieblicher und gesetzlicher Rente bis zum frühesten Bezug der gesetzlichen Rente. Für jüngere Beschäftigte (unter 55 Jahre) wurde die bisher bei der BASF geltende Abfindungsregelung um mindestens 10 000 DM erhöht. Grundsätzlich richtet sich die Abfindung nach dem Lohn, dem Lebens- und dem Dienstalter. Die Summen sind dabei keineswegs so, daß z.B. ein 45jähriger Arbeiter damit den Verlust seines Arbeitsplatzes bis zur Rente kompensieren könnte. Wer eine selbständige Existenz gründet, kann zusätzlich zur Abfindung bei entsprechender Bonität ein Existenzgründungsdarlehen in Höhe von 100 000 DM zu einem Zinssatz von 7% p.a. bei 2%iger Tilgung erhalten bei 15jähriger Laufzeit.

Unbezahlte Freistellungen bis zu fünf Jahren werden ermöglicht, sofern dies in die Personalplanung der Abteilung paßt. Nach den fünf Jahren wird ein vergleichbarer Arbeitsplatz in Aussicht gestellt.

Alle diese Regelungen gelten nur für die Beschäftigten in den Werksteilen, die geschlossen, verlegt, durch rationalisiert o.ä. werden, sowie für denjenigen, der einen Arbeitsplatz freimacht, den ein von einer Strukturmaßnahme Betroffene einnehmen kann. Es ist also durchaus fraglich, ob die BASF-Führung die anvisierten Betriebsbereiche genau um die geplante Beschäftigtenzahl reduzieren kann.

Ein politisches Gleichschrittbekenntnis

All das ist nicht das Ende der Fahnenstange. „Die Aufstellung der neuen Maßnahmen bis 31.12.2000 bedeutet nicht, daß damit weitere, bisher nicht bekannte Maßnahmen bis Ende 2000 ausgeschlossen sind“. Hier wird explizit das Scheitern der Euro-Einführung angesprochen. Damit ist der BR sehr weitgehend in die Pflicht genommen. Er hat so-

zusagen gegengezeichnet, daß auch in der Politik alles seinen konzerngerechten Gang gehen muß.

Die meisten BR-Mitglieder großer Konzerne sind zugleich Mitglieder der SPD. Entsprechend gestaltet sich die Politik dieser Partei. Sozialdemokratische Politik verkommt zunehmend zur Verneigung und Hofierung der Profitanforderungen deutscher Großkonzerne.

Man fragt sich, was ein Vertretungsorgan der Lohnabhängigen dazu zwingt, ein politisches Gleichschrittbekennen mit dem Konzernvorstand abzulegen, wie man es in der Präambel der Vereinbarung 2000 findet. Als Kernziel für die Standortsicherung gelte es, die Wettbewerbsfähigkeit nicht zur zu erhalten, sondern auszubauen. Es „besteht Übereinstimmung, daß eine nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit Voraussetzung für die zukünftige Beschäftigung und damit für die langfristige Sicherung von Arbeitsplätzen und Ausbildung im Unternehmen ist“.

Als Untergrenze gilt bis zum 31.12.2000 in Ludwigshafen eine Beschäftigtenzahl von 39000. Da der neue Arbeitsdirektor Becks eine neue Arbeitsplatzzählweise eingeführt hat, ist diese Zahl irreführend. Nach der vor-beck-schen Zählweise gäbe es bei der BASF in Ludwigshafen dann nur noch 37500 Arbeitsplätze (teilzeitbereinigt). Man kommt dann über einen Zeitraum von zehn Jahren auf einen Abbau von ca. 18000 Arbeitsplätzen nur am Standort Ludwigshafen. Ausgliederungen sind dabei explizit nicht miterfaßt. Die Untergrenze kann also noch weiter nach unten gleiten.

Und nach dem Jahr 2000 geht es weiter. Strube deutete auf der Bilanzpressekonferenz bereits an, daß er nach der Euro-Umstellung „kein Beschäftigungs-wunder“ erwarte. Stattdessen werden wohl wir unser „blaues Wunder“ erleben.

Die Forderungen der Gewerkschaft

Der IG BCE Bezirk Ludwigshafen attestiert dieser Vereinbarung „gesicherte Perspektiven für die Beschäftigten“. Das war auch die Schlußaussage des Vortrags von Arbeitsdirektor Becks. Die Betroffenen sehen es anders. Die BCE fordert demgegenüber eine Standortsicherung mit dem Ziel, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Dazu gehöre „die Bereitstellung eines höheren Niveaus von beschäftigungswirksamen Sachanlageinvestitionen am Standort Ludwigshafen, ... die Überprüfung der strategischen Ausrichtung der BASF-Gruppe im besonderen der geplanten Globalisierungsaktivitäten, die den Standort Ludwigshafen betreffen“ sowie „die Verstärkung der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten in Ludwigshafen“ zwecks „schneller Entwicklung und Einführung neuer Produkte mit höherer Wertschöpfung“ – und hält ansonsten eisern an dem Sozialpartnerschaftskonzept fest, denn es habe sich bewährt. Man sieht's. *ede*

Polnischer Sozialrat

Profite abschöpfen, statt „Illegal“ bestrafen

Der Polnische Sozialrat e.V. Berlin hat eine ausführliche Darstellung von Norbert Cyrus veröffentlicht, wie die sogenannte „illegalen Beschäftigung“ bekämpft werden soll.

Statt des vorherrschenden repressiven Ansatzes, bei dem zumeist die Beschäftigten in ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen diejenigen sind, die von Abschiebung betroffen sind, keinen Lohn ausgezahlt bekommen usw., vertritt der Polnische Sozialrat den sogenannten unterstützenden Ansatz. Wir zitieren in Auszügen aus dem Text des Polnischen Sozialrates

„Stärkung von Rechtssicherheit und Konfliktfähigkeit aller abhängig beschäftigten Arbeitnehmer zur Durchsetzung tariflicher und sozialer Standards. Aus der kritischen Darstellung des repressiven Ansatzes ergeben sich Argumente für die Notwendigkeit, neue Wege zur Durchsetzung tariflicher und sozialer Standards zu finden, um die sozialen und grundrechtlichen Ansprüche aller Beschäftigten angemessen zu berücksichtigen. Eine Möglichkeit in diesem Sinne bildet der unterstützende Ansatz: Als unterstützender Ansatz läßt sich ein Bündel nichtrepressiver Instrumentarien zur Information, Beratung und Unterstützung bezeichnen, das vor allem die Konfliktfähigkeit und Rechtssicherheit der prekär beschäftigten Arbeitnehmer stärkt und somit dazu beiträgt, die sozialen und tariflichen Standards für alle Beschäftigten durchzusetzen und zu gewährleisten. Im folgenden sollen die Argumente, die für die Verfolgung des unterstützenden Ansatz im Gegensatz zum repressiven Ansatz sprechen, kurz vorgestellt werden.“

1. Es werden alle Arbeitsverhältnisse abgedeckt.

2. Es bestehen keine Möglichkeiten der Korruption. Beim unterstützenden Ansatz haben Arbeitgeber keine Möglichkeit, durch Bestechung die Aufdeckung eines vorschriftswidrigen oder illegalen Beschäftigungsverhältnisses zu vertuschen. Das Risiko der vorschriftswidrigen oder illegalen Beschäftigung wird vergrößert und vor allem unkalkulierbar.

3. Der unterstützende Ansatz richtet sich an prekär Beschäftigte. Sogar unter den bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen ergeben sich Situationen, in denen prekär beschäftigte Arbeitnehmer das Angebot zur Information, Beratung und Unterstützung annehmen. Diese Situationen ergeben sich insbesondere, wenn der Arbeitgeber Versprechungen oder Verträge nicht einhält und die Arbeitnehmer sich betrogen fühlen.

4. Es können aufgrund der besseren

Beweislage Sanktionen gegen hauptverantwortliche Arbeitgeber verhängt werden.

5. Das Risiko vorschriftswidriger oder illegaler Beschäftigung erhöht sich für Arbeitgeber und der Anreiz zur illegalen Beschäftigung wird verringert.

6. Abschöpfung der Profite aus vorschriftswidriger und illegaler Beschäftigung Wenn Arbeitnehmer über ihre Ansprüche auf Tariflohn informiert werden und bei der Durchsetzung der Ansprüche beraten und unterstützt werden, dann ergibt sich eine höhere Aussagebereitschaft und größere Konfliktbereitschaft der prekär Beschäftigten. Die Durchsetzung der Lohnansprüche führt außerdem dazu, daß die Profite aus den vorschriftswidrigen und illegalen Beschäftigungsverhältnissen abgeschöpft werden. Auch dadurch wird der Anreiz zur gewerbsmäßigen illegalen Beschäftigung verringert.

7. Demokratietheoretisch wünschenswert. Die Tendenz der Ausweitung staatlicher Überwachung und des Ausbaus staatlicher Kontrollorgane wird durch die grundrechtlich wünschenswerte Stärkung der Rechtssicherheit und Konfliktfähigkeit der betroffenen Arbeitnehmer ersetzt. Die sozialen Grundrechte aller Arbeitnehmer werden gestärkt. Der größeren Verantwortung der Arbeitgeber als Hauptverantwortliche wird durch eine stärkere Sanktionierung der Arbeitgeber entsprochen.

Zusammenfassung: Der unterstützende Ansatz ist nicht nur aus sozialen und grundrechtlichen Erwägungen wünschenswert, sondern auch im Hinblick auf die praktische Durchsetzung sozialer und tariflicher Standards vielversprechend. Sogar unter den aktuellen, arbeits- und aufenthaltsrechtlich fatalen Bedingungen konnten vom Polnischen Sozialrat e.V. in Berlin mit dem skizzierten unterstützenden Ansatz bereits in Einzelfällen beachtliche Ergebnisse erzielt werden.

Durch Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen könnte der unterstützende Ansatz durchschlagskräftiger werden. An erster Stelle zu nennen ist der Verzicht auf Statusfeststellung bei Anzeigen und Klagen vor Arbeitsgerichten. Durch eine solche „Kronzeugenregelung“ könnte auch für illegal beschäftigte Arbeitnehmer eine größere Konfliktfähigkeit und Rechtssicherheit erreicht werden und vor allem ausbeuterische und betrügerische Arbeitgeber empfindlich getroffen werden. Langfristig wären Überlegungen anzustellen, ob das repressive Arbeitserlaubnisrecht angesichts internationalisierter Arbeitsmärkten noch aufrechterhalten werden kann und soll. Spätestens dann müßten weitere Überlegungen allerdings auch in Richtung sozialer Mindeststandards oder allgemeinverbindlicher Tarife gehen.“

Das gesamte Dokument ist im CL veröffentlicht oder kann bezogen werden über Polnischer Sozialrat e.V. Kohlfurterstr. 40, 10999 Berlin

Zukunft braucht Bildung – Bildung braucht Zukunft

6. bildungspolitische Konferenz in Potsdam beendet – Vom 24. bis 26. Oktober fand in Potsdam die 6. bildungspolitische Konferenz der PDS statt. Im Mittelpunkt der Tagung stand die Frage „Jugend und Bildung zwischen Markt, Staat und Visionen“, an der sich neben der brandenburgischen Bildungsministerin Angelika Peter (SPD) und ihrem Staatssekretär Gerd Harms (Bündnis 90/Die Grünen) die GEW-Landesvorsitzende von Mecklenburg-Vorpommern, Heidrun Breyer, der Hamburger SchülerInnensprecher Torsten Buchinger und der PDS-Geschäftsführer Dietmar Bartsch beteiligten. Besonders auffällig an der Konferenz war die Teilnahme von ca. 50 SchülerInnen und JugendvertreterInnen, was ein Viertel der Konferenzteilnehmer aus allen Bundesländern ausmachte.

Zu den Ergebnissen der Konferenz erklärte der bildungspolitische Sprecher der PDS, Horst Bethge: 1. Die PDS setzt sich für eine grundlegende demokratische Bildungsreform ein. Dies umfaßt sowohl eine Reform der Schulstrukturen, die berufliche Erstausbildung für alle wie den Anspruch auf lebenslanges Lernen. Deshalb strebt die PDS die Überwindung des gegliederten Schulwesens an, das gesellschaftliche Auslese und Ausgrenzung vertieft. Ziel muß der Aufbau eines integrierten Schulsystems sein. Dabei kommt es darauf an, daß an einer gemeinsamen Schule für alle Kinder und Jugendlichen SchülerInnen und Schüler in ihrer Unterschiedlichkeit angenommen und fachliche, soziale und gesellschaftliche Kompetenzen entwickelt werden. Schule muß zum Lern- und Lebensort werden. 2. Die PDS leistet Widerstand dagegen, daß das Bildungswesen den Mechanismen des profitorientierten Marktes ausgeliefert wird. Das bedeutet zuerst eine Beendigung der staatlichen Sparorgien an Bildung und Erziehung. Das bedeutet darüber hinaus, daß der Verschiebung der Erziehungsinhalte von den moralisch-ethischen hin zu den marktkompatiblen Einhalt geboten wird und daß pädagogische Entscheidungen das Prinzip behalten. 3. Die PDS setzt sich für eine radikale Demokratisierung des Bildungswesens ein. Das bedeutet insbesondere, daß vor allem SchülerInnen und Schüler sowie Studierende stärker als bisher an den Prozessen der Entscheidungsfindung beteiligt werden (...)

Gegen zentrale Einmischungen

Die zweitägige Landesmitgliederversammlung der PDS NRW wählte am Samstag, den 22. November, einen neuen Landesvorstand. Zuvor gab es eine heftige Diskussion über das Papier „wir wollen PDS auch im Westen“. Die NRW-Unterzeichner der Erklärung unterrichteten die Landes-Mitglie-

derversammlung nicht über ihre Geheimdiplomatie, so daß Mitglieder der AG kommunistische Politik und die Mitglieder der KPF die Sache zu Sprache brachten.

Da der Sprecher des Landesverbandes die Erklärung ebenfalls mit seiner Funktion unterzeichnet hatte, gab es spontan einen Gegenkandidaten bei der Wahl des Sprechers. Für eine überhastete Abwahl des alten Sprechers entschied sich die Versammlung dann aber im ersten Wahlgang doch nicht. Da der Gegenkandidat trotz guter Chance auf einen zweiten Wahlgang verzichtete, war der Weg frei für den alten Sprecher Knut Vöcking. Ulrike Detjen wurde wieder zur Sprecherin gewählt und Michael Beetz zum Kassierer. Bei der folgenden Wahl des Sprecherrates gab es keine großen Veränderungen. Die Landesmitgliederversammlung verabschiedete dann am zweiten Tag einen Beschuß zu „Wir wollen PDS auch im Westen“. Darin heißt es u.a.: „Der Landesparteitag stellt ausdrücklich fest, daß die TeilnehmerInnen des Treffens nicht im Namen des PDS-Landesverbandes NRW sprechen können. Es gibt eine PDS im Westen – die Landesverbände mit allen ihren Mitgliedern, ihren Gliederungen, Zusammenschlüssen usw. Die Entwicklung der PDS im Westen erfordert die Zusammenarbeit der Bundesebene mit den gewählten Gremien im Westen ...“ Der Beschuß weist darauf hin, daß die Bildung von Arbeitsgemeinschaften möglich ist.

Eine Begrüßungs- und Aufforderungsresolution des Kreisverbandes Aachen für die Kandidatur des Pfarrers Kelp statt Ulla Lötzer auf Platz 2 der Landesliste NRW lehnte die Landesmitgliederversammlung mit großer Mehrheit ab und machte damit deutlich, daß eine Einmischung von zentralen Funktionären der PDS mit den diversen Ab- und Umschreibungen zwischen Ost- und Westlandesverbänden nicht erwünscht ist. Der Streit um den Listenplatz 2 wird damit aber nicht zu Ende sein, sondern erst im April auf einer Landesmitgliederversammlung entschieden werden. Die Landesmitgliederversammlung verabschiedete Schwerpunkte für den Bundestagswahlkampf in NRW und diskutierte weiter über Forderungen und Anforderungen an das zentrale Wahlprogramm der PDS.

jöd

Niedersachsenwahlkonferenz

Beschlusses zur landesweiten Landtagswahlkandidatur aufgehoben – Einengung der PDS-Bündnispolitik kritisiert.

Die PDS Niedersachsen hat auf ihrer Landesdelegiertenkonferenz am 22. / 23. 11. 97 in Hannover ihren vor acht Wochen mit Zwei-Drittel-Mehrheit in Oldenburg gefaßten Beschuß zur Teilnahme an der niedersächsischen Landtagswahl am 1.3.98 mit einer auch für Mitglieder an-

derer Parteien offenen Landesliste aufgehoben. Dieser Beschuß hatte u.a. zu einer Auseinandersetzung über die Bündnispolitik der PDS zu den anstehenden Wahlkämpfen geführt. Die Delegierten nahmen am 23.11. die Ergebnisse der offenen Arbeitskonferenz des Vortages entgegen und beschlossen ihre Veröffentlichung als „Entwurf zu programmatischen Positionen der PDS Niedersachsen zur Landtagswahl“, der bis Mitte Januar diskutiert werden soll. Nachdem die Landesschiedskommission Niedersachsen Mitte November das Vorhaben des Landesverbandes, Mitglieder anderer Parteien auf die offenen Listen der PDS zu holen, für in Übereinstimmung mit Beschlüssen der Partei erklärt hatte, hob die Bundesschiedskommission mit einer vorläufigen Eilentscheidung am 22.11. den Beschuß der PDS Niedersachsen auf, allerdings ohne zunächst eine Begründung vorzulegen. Die Kommission war vom Bundesvorstand eingeschaltet worden. Ihr Vorsitzender Schönburg erklärte gegenüber dem ND, daß die Aufstellung beispielsweise von DKP-Mitgliedern auf der Kandidatenliste sowohl gegen die Wahlstrategie als auch gegen das Parteistatut verstößen würden, da sowohl direkte als auch indirekte Parteienbündnisse nur im Einvernehmen mit dem nächsthöheren Vorstand eingegangen werden dürfen.

Nach Diskussion auf dem Landesparteitag am 23.11. hoben die Delegierten mit 23:22 Stimmen den bisherigen Beschuß für eine offene Landesliste auf, da nicht die vereinbarte Zweidrittelmehrheit für die Bestätigung des Beschlusses erreicht wurde. Der Bundesvorstand wurde beauftragt, eine Delegiertenkonferenz einzuberufen, sollte die ausstehende endgültige Entscheidung der Schiedskommission von der Position der Eilentscheidung abrücken. Die Entscheidung der Bundesschiedskommission wurde von der Landesdelegiertenkonferenz als schwerwiegender Eingriff in die Selbständigkeit der Landesverbände kritisiert. Die Konferenz sah sich jedoch unter diesen Voraussetzungen nicht in der Lage, an der Landeskandidatur festzuhalten. Den Kreisverbänden bleibt es unbenommen, gestützt auf die erarbeiteten programmatischen Positionen zur Landespolitik, Direktkandidaturen zu beschließen.

Gleichzeitig wurde von dem Landesparteitag eine breite Diskussion über die Bündnispolitik der Partei und die Ausgrenzung anderer Kräfte für nötig gehalten. Diese Diskussion um die Interpretation der vom Schweriner Parteitag verabschiedeten Wahlgrundsätze wurde bereits auf der Konferenz mit den vom Parteivorstand als Gäste anwesenden Genossinnen G. Zimmer und P. Sitte geführt. Mit großer Mehrheit beauftragten die Delegierten den Landesvorstand, in Vorbereitung des Rostocker Parteitages der PDS eine Debatte um die diesbezüg-

lichen Beschlüsse des Schweriner Parteitages anzustoßen mit dem Ziel, diese Beschlüsse bzw. ihre daraus hergeleiteten bündnispolitischen Konsequenzen rückgängig zu machen, um Abschottungstendenzen der PDS gegen andere Kräfte der Linken entgegenzutreten. *mio*

(Auf Anforderung sind die Ergebnisse des Landesparteitages erhältlich über PDS, Elisenstr. 40, 30451 Hannover, Telefax 0511/44409)

Doppelmitgliedschaft PDS/ Kommunalbündnis möglich

Am 22.11. hat die Bundesschiedskommission der PDS in mündlicher Verhandlung eine Entscheidung der Landesschiedskommission Baden-Württemberg aufgehoben, mit der diese zwei Einsprüchen gegen den Eintritt eines Mitglieds aus Freiburg stattgegeben hatte. Die Einsprüche waren vor allem mit der aktiven Mitgliedschaft des Betroffenen in der Freiburger Linken Liste/Friedensliste begründet (zwei Gemeinderatssitze). Die Landesschiedskommission hatte zwar festgestellt, daß diese Liste keine Partei im Sinne des Parteiengesetzes sei, gleichwohl aber den Einsprüchen stattgegeben: eine Mitarbeit in einem solchen örtlichen Bündnis stehe bei Kommunalwahlen in Konkurrenz zur PDS.

Im Berufungsverfahren hat die Bundesschiedskommission zunächst festgestellt, daß jedem, dem die Mitgliedschaft durch Einspruch streitig gemacht wird, die Rechte eines Beteiligten nach der Schiedsordnung zustehen (was die Landeskommision und der Landesschatzmeister dem Betroffenen abgesprochen hatten). In der Sache selbst hat sie die Einsprüche zurückgewiesen: die Mitgliedschaft in einer kommunalen Wählervereinigung sei weder statutenwidrig noch verstoße sie gegen Programmgrundsätze. Über das Ob und Wie der Beteiligung der PDS an kommunalen Wahlen hätten aber nur die jeweiligen BOs der PDS in eigener Verantwortung zu entscheiden.

Unterschriftensammlung

Am 24. November veröffentlichte das ND die von ca. 160 Leuten unterzeichnete Plattform „Wir wollen PDS auch im Westen“ (s.a. PB 23). Es wird weiter gesammelt. Wer sich der neuen Plattform anschließen möchte, kann sich immer noch bei der PDS Hessen, Kurfürstenstraße 5, 60485 Frankfurt / Main melden. – Die vielen PDS-Mitglieder, die sich über die Anmaßungen im Gründungsdokument ärgern, könnten sich damit trösten, daß damit ein Funktionärszusammenhang, der die ganze Zeit schon wirkt und bis in die Zeit der SED/DKP-Verhältnisse zurückreicht, endlich an die Öffentlichkeit tritt und wenigstens seine Vorstellungen zum Parteikonzept transparent macht. Das Frankfurter Treffen bietet diesen Genossen und Genossen die Chance, klarer zu machen, ob sie's wirklich nochmal mit dem Demokratischen Zentralismus und all den damit verbundenen irrationalen Wahrheits- und Herrschaftsansprüchen, der Vorstandsgläubigkeit usw. versuchen wollen. *maf*

Texte für die Diskussion

Lokalökonomische Ansätze und Wirtschaft von unten

In der letzten Winterschule der ARGE hatten wir uns mit dem Themenbereich „regionales Wirtschaften“ befaßt. Dabei wurden unter der Überschrift „Wirtschaft von unten“ auch vorhandene Ansätze der Alternativen- und Selbsthilfeökonomie betrachtet (Berichterstattung siehe Rundbrief der ARGE vom 23.03.97) Zur Weiterbearbeitung wurde verabredet, Publikationen des Westberliner „Interdisziplinären Forschungsprojektes Lokale Ökonomie“ zu bearbeiten, um Gesichtspunkte und Anregungen für kommunalpolitische Praxis zu erschließen. Mittlerweile liegt seitens der PDS-Bundestagsgruppe ein Konzept für einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor vor und beispielsweise in der PDS Hannover erarbeitet der kommunalpolitische Arbeitskreis Vorschläge für einen solchen Sektor auf kommunaler Ebene. Die Publikationen, die im folgenden vorgestellt werden, bieten Gesichtspunkte, wie ein solcher öffentlicher Beschäftigungssektor ausgestaltet werden kann, welchen Anforderungen er zu genügen hätte.

People's Economy – Beiträge für eine soziale Ökonomie in Europa

Vom 30. August bis 4. September 1994 fand mit über 600 Teilnehmern und Teilnehmerinnen am Bauhaus Dessau der Kongress „Wirtschaft von unten – People's Economy“ statt. Zwei Jahre zuvor hatten sich zum ersten mal hunderte lokale Akteure aus ganz Europa zu einem Erfahrungsaustausch über Strategien gegen Arbeitslosigkeit, Armut und Zerstörung der Lebensumwelt in Berlin getroffen und das Netzwerk für ökonomische Selbsthilfe und lokale Entwicklung gegründet. Die „Grundphilosophie“ dieses Netzwerks wird so beschrieben: Arbeitslosigkeit ist kein individuelles Problem. Nicht die betroffenen Individuen haben versagt, Massenarbeitslosigkeit ist in erster Linie ein Versagen der Ökonomie. Gefragt sind deshalb auch nicht individuelle Anpassungsleistungen, sondern neue ökonomische Strategien.

Darum ging es auf dem Dessauer Kongreß. Die überarbeiteten Beiträge und einige eindrucksvoll mit Photos versehene Konferenzdokumentation liegen in einem mit vielen nützlichen Adressen versehenen Bändchen gesammelt vor. Den gewählten Ansatz beschreibt das Vorwort des Bändchens so:

„Lokale Ökonomie stellt die Rekonstruktion der in die Krise geratenen Orte bzw. Regionen in den Mittelpunkt, wobei der Ort bzw. die Region nicht nur als beliebiger wirtschaftlicher Standort, sondern als Einheit, als Lebenszusammenhang einer bestimmten Bevölkerung mit ihrer natürlichen Umwelt und einer

gewachsenen Kultur betrachtet wird.

Das Konzept der Sozialen Ökonomie vereint nicht nur begrifflich scheinbar Gegensätzliches, vielmehr wird in einer Vielfalt sozialer Unternehmensformen auch ganz praktisch versucht, wirtschaftliche mit sozialen Zielsetzungen zu verbinden.

Werden lokale Strategien mit sozialökonomischen Zielsetzungen verknüpft, entstehen Ansätze von Gemeinwesenökonomie („community economy“) mit deren Hilfe sich Nachbarschaften, Stadtteile, Dörfer oder betroffene soziale Gruppen, wie z.B. Arbeitslose, eine gemeinsame Existenzgrundlage schaffen.

In vielen europäischen Ländern erfahren auch die eher traditionellen Formen solidarischer Ökonomie wie Kooperativen, Vereine auf Gegenseitigkeit und andere gemeinnützige („not-for-profit“) Assoziationen eine quantitative wie qualitative Erneuerung, nicht zuletzt beim anderen Umgang mit Geld und Kredit. Vor allem in Krisenregionen werden neue lokale und nicht-monetäre Tauschsysteme aufgebaut.“

Im ersten Kapitel der Aufsatzsammlung werden handlungsleitende Werte und Prinzipien einer sozialen Ökonomie diskutiert. Im zweiten Kapitel werden Beispiele lokaler und regionaler Entwicklung aus verschiedenen Ländern dargestellt. Im dritten Kapitel werden Probleme und Hoffnungen neuer sozialer Unternehmen erörtert und abgeschlossen wird das Ganze mit Überlegungen und Beispielen zur „anderen Rolle von Geld und Tausch“ in lokalen Ökonomien, insbesondere in Krisenregionen. *gka*) Wirtschaft von unten, People's Economy, Beiträge für eine soziale Ökonomie in Europa; hrsg. von der Stiftung Bauhaus Dessau und dem Europäischen Netzwerk für ökonomische Selbsthilfe und lokale Entwicklung; Dessau 1996 - 268 Seiten; erhältlich über: Stiftung Bauhaus Dessau, Gropiussallee 38, 06846 Dessau

„Wirtschaft von Unten“

Dieses Buch entstand im Ergebnis eines im Februar 1997 in Potsdam durchgeführten Kongresses „Wirtschaft von Unten“. Die Veröffentlichung enthält Beiträge von Theoretikern und Praktikern zu diesem Thema. Es gibt eher eine skeptische Haltung bei der derzeitigen liberalen Politik der BRD zur Durchsetzung einer Wirtschaft von unten wieder. Die Betrachtungen stützen sich wesentlich auf deutsche Beispiele ohne dabei einen Blick auf die europäischen Nachbarn zu unterlassen. Es gibt theoretische und praktische Grundlagen für die unbedingt notwendige Durchsetzung einer anderen Politik sowohl in Deutschland als auch in Europa, um die Zukunft

der Wirtschaft und Politik im Interesse der Mehrzahl der Menschen zu organisieren.

Mit dem Nachweis das schon bald nur noch 20% der Arbeitenden gebraucht werden, um alle Bedürfnisse der Menschen insgesamt zu erfüllen, ergibt die zwingende Folgerung, die derzeitigen Ansichten der Linken über die Zukunftsgestaltung neu zu überdenken.

Umverteilung und die bisherige Art des Arbeitsmarktes mit seinen Varianten werden dieser Herausforderung nicht gerecht. Es werden Wege dargestellt, wie die Problematik anzugehen ist. Die Erkenntnis, daß nur ein „Wirtschaften von Unten“ eine Veränderung ermöglichen kann, wird durchgehend nachgewiesen. *güh*

Hochmann, F./Spoo, E.: Wirtschaft von Unten; Diestel Verlag, Heilbronn 1997 - 221 Seiten

Idealtypisches Modell einer lokalökonomischen Strategie

Das Westberliner „Interdisziplinäre Forschungsprojekt Lokale Ökonomie“ befaßt sich seit 1985 mit „Strategien lokaler bzw. kommunaler Selbsthilfe gegen Arbeitslosigkeit, Armut, wirtschaftlichen und sozialen Niedergang, oder positiv ausgedrückt: für die Rekonstruktion tragfähiger Wirtschafts- und Sozialbeziehungen in europäischen Krisenregionen“. (1, S.1) Im folgenden soll der zugegrundeliegende theoretische Ansatz dieses Projekts vorgestellt werden.

Ausgangspunkt ist die Erkenntnis, daß die Herausbildung von Armut, Massenarbeitslosigkeit, regionaler Ungleichentwicklung und gespaltener Ökonomien kein vorübergehendes Phänomen, sondern grundsätzliche Tendenz ist. Da in Krisengebieten die Krise der Produktion mit der Krise der Reproduktion einhergeht und dort besonders deutlich wird, „daß in ihnen das Zusammenwirken von Mensch, Natur und Kultur ... weitreichend zerstört ist“, (2, S.27) gehen die Ansätze „lokaler Ökonomie“ davon aus, lokale Produktion „als Grundlage für Einkommen und Arbeit“ zu entwickeln, dabei nicht jede sich anbietende Produktionsmöglichkeit zu fördern, sondern ausgehend von einer „systematischen Analyse der Reproduktionserfordernisse“ (2, S. 27)

Ausgangspunkt - Strukturanalyse: Als elementare Voraussetzung lokaler Ökonomie betrachten die Autoren die „systematische Analyse der Produktions- und Reproduktionsstrukturen des Ortes“ bzw. der Region. Als beispielhaft nennen sie die vom Greater London Council Mitte der 80er Jahre erstellte „London Industrial Strategy“, „welche sich durch einen nicht-monetären Ansatz der Bewertung auszeichnet und in erster Linie die lokalen Bedürfnisstrukturen zum Ausgangspunkt nimmt (Gebrauchswertanalyse)“. (2, S. 63)

• Planung von und mit Betroffenen: Die Fähigkeiten und Kenntnisse derjenigen, die normalerweise von Planungs- und Entscheidungsprozessen ausgeschlossen

oder lediglich als „Betroffene“ gelten, werden „als das entscheidende brachliegende Potential angesehen“. Ihre konstitutive Beteiligung wird daher als „Dreh- und Angelpunkt einer lokalökonomischen Strategie“ betont. (2, S. 64)

• Selbstorganisation, Kooperationen, Netzwerke: Um die brachliegenden Kenntnisse und Fähigkeiten zu entfalten wird die Entwicklung von Förder- und Unterstützungseinrichtungen in eigens dafür geschaffenen Räumen als notwendig erachtet. Die Bandbreite reicht von Nachbarschaftszentren über Bildung von Initiativen, Förderungseinrichtungen für gesellschaftlich benachteiligte Gruppen, Beschäftigten- und gewerkschaftliche Initiativen, genossenschaftlich oder selbverwaltet organisierte Betriebe bis zur Bildung von Netzwerken. (2, S. 66)

• Beratung und Qualifikation: Entscheidend hierbei sei die Frage, „worüber beraten und wozu qualifiziert werden soll“. Empfohlen werden „Beratungs- und Qualifizierungsangebote, die der Förderung von Eigeninitiative, Selbstorganisation, ... dem Ausgleich von Benachteiligungen sowie der Erschließung neuer Handlungsfelder dienen.“ (2, S. 69/70)

• Produktionsentwicklung und -innovation: Hier werden Beispiele und Ansätze aus Großbritannien und der norddeutschen Küstenregion genannt, die „– anders als in den Entwicklungsabteilungen der Großbetriebe – den Gebrauchswert der Produkte, ihre soziale Nützlichkeit wie ihre ökologische Verträglichkeit in den Mittelpunkt“ stellen. (2, S. 70)

• „social marketing“: Hiermit ist gemeint, „alle entwickelten Produkte und Dienstleistungen, bevor sie in die Produktion oder in die Realisierungsphase gehen sollen, einer Kritik und ggf. Umstellung durch die späteren Nutzer „Käufer, Klienten zu unterziehen.“ (2, S. 71/72) Nutzen haben Produzenten und Konsumenten: Vereinbarungen über die Nutzungseigenschaften, die produzierende Menge und einen angemessenen Preis könnten getroffen werden. Damit könnte der Gebrauchswert erhöht, die Finanzierung sichergestellt und aufwendige Werbekampagnen vermeidbar werden.

• Neue ökonomische Modelle: „Da die Entwicklung sozial nützlicher Produkte und Dienstleistungen an jenen Bedürfnisstrukturen ansetzen, die von den vorhandenen wirtschaftlichen Unternehmungen nicht oder nicht mehr versorgt, vernachlässigt oder ... sogar geschädigt werden, kann es nicht verwundern, daß zu ihrer Durchsetzung auch neue Formen wirtschaftlicher Unternehmungen bzw. Austauschbeziehungen erforderlich werden.“ (2, S. 72) Die Autoren verweisen besonders auf die schottische Bewegung für „community business“: „Sie vereinigen Produzenten und Konsumenten in einem Unternehmen, welches vollständig im Eigentum und unter der aktiven Mitwirkung der Mitglieder eines Gemeinwesens

... betrieben wird. Sie agieren als Zentrum lokaler Entwicklung, indem sie Arbeitsplätze schaffen, Dienstleistungen verbessern und eventuelle Überschüsse ... vollständig reinvestieren.“ (2, S. 73)

• Finanzierung: Obwohl das Konzept lokaler Ökonomie „auf eine sich selbst tragende und re-finanzierende Entwicklung angelegt ist, kann es doch nicht aus eigener Kraft in die Tat umgesetzt werden. Öffentliche Zuschüsse und Subventionen werden über einen längeren Zeitraum erforderlich sein.“ Allerdings könnten „solche Ausgaben auch als Investitionen angesehen werden, welche nicht nur zu produktiven Leistungen, sondern auch zu Einsparungen in anderen Sektoren des öffentlichen Haushalts (bei den sozialen und ökologischen Folgekosten) führen.“ (2, S. 73)

„Wo kein Mangel an Arbeit besteht, ist die Finanzierung von Arbeitslosigkeit Verschwendug. ... Die Aufgabe bzw. Kunst lokaler Beschäftigungs- und Strukturpolitik besteht folglich darin, den Bedarf und das Angebot an Arbeitskräften auf lokaler Ebene wieder zusammenzubringen. Da die traditionellen Marktmechanismen offenbar versagen, müssen neue beschäftigungs- und strukturpolitische Initiativen ergriffen werden.“ (1, S. 7/8) *ron*

1. Lokale Strategien zur Beschäftigungs- und Strukturpolitik in Krisenregionen, Lokale Ökonomie - Veröffentlichungsreihe Nr.7, Berlin 1991 - 17 Seiten. 2. Exploration und Evaluierung lokaler Strategien in Krisenregionen, Forschungsergebnisse Band I, Lokale Ökonomie, Berlin 1990 - 105 Seiten. Diese und alle folgenden Bände sind herausgegeben und beziehbar vom Technologie-Netzwerk Berlin, Wiesenstr. 29, D-13357 Berlin

Selbsthilfebewegungen in England

Das Interdisziplinäre Forschungsprojekt in Berlin hat sich in seiner Untersuchungs- und Forschungsarbeit vor allem auf Großbritannien bezogen, „weil dort lokalökonomische Ansätze am weitesten entwickelt sind.“ (Vorbemerkung) In der Analyse der Fallbeispiele verwenden die Autoren das weiter oben vorgestellte Berliner Strukturmödell der Entwicklung alternativer lokalökonomischer Modelle, was die Bearbeitung auch quer durch die vier Fälle für den Interessierten erleichtert. Ergänzt wurde jede Studie mit einem abschließenden Kapitel „Perspektiven“. Die erste Studie beschreibt die vielfältigen Maßnahmen des Greater London Council (GLC) der von 1981 bis zu seiner Auflösung 1986 von Labor gestellt wurde und dessen Hauptziel war, die Restrukturierung der von Arbeitslosigkeit gebeutelten Stadt durch Einbeziehung der Betroffenen zu organisieren. Aus diesem Ansatz sind vielfältigste Initiativen und Strukturen entstanden, die auch nach der Auflösung des GLC ihre Arbeit fortsetzen. Dies hängt mit den Leitideen des GLC zusammen. Statt über den Markt, sollte direkt in die Produktion interveniert werden. Der gewünschte Ausbau und die Weiterentwicklung eines öffentlichen Sektors wurde mit Dezentra-



Um Entlassungen zu verhindern entwickelten die Beschäftigten von Lucas Aerospace Mitte der siebziger Jahre einen Alternativplan für das Unternehmen, der auf 150 verschiedenen Pro-

lisierung und Entmachtung der politischen Bürokratie verbunden. Unter den Begriffen „popular planning“ und „enterprise planning“ wurden Formen entwickelt, die Bevölkerung an ökonomischen Entscheidungen zu beteiligen, weil hier Voraussetzungen gesehen wurden, zur Schaffung einer „sozial nützlichen Produktion“ zu kommen. Die Einflussnahme auf privatkapitalistische Unternehmen sollte durch die Bindung von finanzieller Förderung an die Herstellung sozial nützlicher Produkte und die Erweiterung von Mitbestimmungsrechten bei der Unternehmensplanung erreicht werden. Gerade diese Zielsetzung konnte jedoch kaum umgesetzt werden. Die Studie stellt die Strategien und Vorgehensweisen im einzelnen dar und die vielen damals entstandenen Einrichtungen vor. Die zweite Studie untersucht die Entwicklung der Gemeinwesenwirtschaft in London nach der durch die Thatcher-Regierung vorgenommenen Absetzung des GLC und will der Frage nachgehen, ob die vom GLC „propagierte Politik der Mobilisierung und Partizipation von 'local people' Strukturen hinterlassen hat, deren Abschaffung nicht mit verfügt werden konnte, sondern welche über die 'abolition' (Absetzung) hinaus wirksam geblieben sind.“ (S. 134) Dies wird auf Grundlage detaillierter Beschreibungen und Erhebungen bejaht und folgendermaßen begründet: „Ihre Stärke und Durchschlagskraft liegen offenbar darin, daß sie sich den traditionellen politischen und ideologischen Frontlinien zwischen Labour und Konservativen, „local“ und „national government“, privater und staatlich gelenkter Wirtschaft entziehen bzw. quer zu ihnen liegen oder sich in Opposition zu beiden Positionen wiederfinden.“ (S. 135)

Der letzte Bericht befaßt sich mit der Gemeinwesenbewegung im ländlichen Raum Schottlands. Beschrieben die vorherigen Studien „aus der Not geborene Versuche“, so geht es der Bewegung in dem halbkolonialen Schottland um den Erhalt ihrer Eigenständigkeit und mehr Selbstverwaltung. Interessant, daß auch in ländlichen und dünn besiedelten Gebieten „community co-operatives“, also genossenschaftliche Unternehmungen der Bewohner einer Gemeinde entstehen, und zwar zuerst in Irland zu Beginn der 60er Jahre und Mitte der 60er in Schottland. Die Unternehmungen sind eine Mischung aus Gemeindezentrum, lokaler Entwicklungsagentur und multifunktionaler Wirtschaftsunternehmen, die in allen Problembereichen der lokalen Öko-

dukten basierte. Sozial nützliche Produktion nannten sie ihre Ideen, die auf einer Analyse der im Betrieb vorhandenen Fähigkeiten, Fertigkeiten, Ausstattungen und Technologien beruhten und Dinge beinhalteten, die die Menschen auch wirklich gern produzieren wollten. Umgesetzt wurde davon innerbetrieblich nichts. In der Folge bilde-

nomie tätig werden. Leider fällt gerade dieser Bericht gegenüber den anderen recht knapp aus.

rog
Lokale Ökonomie 2 - Initiativen von Gemeinwesen und Kommunen zur (Wieder-)Herstellung lokaler Ökonomien in Großbritannien; Berlin 1991 - 345 Seiten

Ein kurzer Überblick

Die Veröffentlichung entstand anlässlich des 2. Netzwerktreffens einer alternativen und solidarischen Ökonomie in Brüssel im Februar 1992.

Im Beitrag werden die drei größten Teilnehmerländer Deutschland, Frankreich und England behandelt, die damalige Lage analysiert, auch mit kurzen Rückblicken.

Die knappe Zusammenfassung, das Fazit machen den Beitrag zur leichten Überblicklektüre: „Die ökonomischen Initiativen im europäischen und außereuropäischen Ausland machen uns vor, in welcher Richtung der Zug der alternativen Ökonomie hierzulande aus dem Abstellgleis herauskommen kann: Er muß sich in Richtung auf eine soziale Ökonomie bewegen (was ökologische Verträglichkeit nach Ansicht des Autors logisch mit einschließt), welche die Nutzer der Produktion einbezieht und lebensfähige Wirtschafts- und Sozialbeziehungen am Ort wiederherstellt.“ (S. 4) (dim)

Günther Lorenz: Europäische Strategien der alternativen und lokalen Ökonomie; Lokale Ökonomie - Veröffentlichungsreihe Nr. 11, Berlin 1992 - 5 Seiten

Forum Wedding: Planung von unten

Die vorliegende Veröffentlichung ist eine gekürzte Fassung der Diplomarbeit des Autors von 1990. Sie ist eine leicht verdauliche Kost, die Anregungen gibt, falls jemand eine Planung „von Unten“ aufbauen will und einen kurzen Überblick über die Erfolgsaussichten und Problemfelder sucht. Aus den Folgerungen des Autors:

„Über das Einbeziehen vieler Menschen mit ihren Kenntnissen in unterschiedlichen Tätigkeitsbereichen sammelt sich im Kommunalen Forum eine Kompetenz an, die sonst nirgends im Wedding vorhanden ist, nämlich Grundlagenwissen für umfassende, ressortübergreifende Analysen der Situation in den Quartieren. Mit Hilfe einer solchen Situationsbeschreibung läßt sich die Treffsicherheit für Themen erhöhen, mit denen die noch nicht planungsaktive Bevölkerung angesprochen werden kann. Weiterhin können mit solch fundierten Analysen die Politiker und die Verwaltung gezwungen werden, sozialplane-

ten dann aber eine Reihe von Leuten ein kleines Netzwerk, in dem Ideen des Alternativplans aufgegriffen und weitere entwickelt wurden. Eine davon ist der Cloudesley Chair, der aufgrund seiner Variabilität für behinderte Kinder von sechs Monaten bis ca. 16 Jahren eingesetzt und um Tische und weiteres angepaßtes Zubehör erweitert werden kann.

risch im Sinne der Bevölkerung aktiv zu werden.“ (S. 18)

„Versuche der Vereinheitlichung auf der Ebene eines Minimalkonsenses oder der Vereinheitlichung auf der Ebene politischer Plattformen wirken in einem solchen Prozeß eher hinderlich und störend als beziehungsstiftend. Vielmehr muß die jeweilige Besonderheit (der Herkunft, der Identität, der Fähigkeiten und Bedürfnisse) ausdrücklich gewahrt bleiben, müssen die verschiedenen Bewegungen ihre Eigenständigkeit behalten, weil gerade die Besonderheiten, indem sie sich aufeinander beziehen, sich ergänzen und verstärken und so das produktive Potential bilden“ (Zitat S. 25)

dim

Hans Georg Rennert: Das kommunale Forum Wedding als Versuch einer Planung „von Unten“; Lokale Ökonomie - Veröffentlichungsreihe Nr. 14, Berlin 1992 - 50 Seiten

„Werte für Menschen“

Diese Schrift beinhaltet Probleme, Inhalte und viele wertvolle Ansätze zur Findung von Lösungsgedanken zur Verringerung bzw. im weiteren zur Beseitigung von Arbeitslosigkeit, die bedingt durch die Rolle des Marktes, des Geldes, in Wirtschaft und Politik, der liberalkonservativen Geisteshaltung der gegenwärtig Herrschenden verursacht wurden.

Sie beschreibt den Weg, der beschritten werden kann, um die Mehrzahl der hiervom Betroffenen zu aktivieren und selbst aktiv zu werden, um sich aus dem mit Arbeitslosigkeit verbundenem Problem herauszufinden und letztlich ein erfülltes Leben zu führen.

Ein wesentliches Merkmal der hier dargelegten Methoden von popular planning ist, daß die betroffenen Menschen erkennen, daß sie sowohl die Möglichkeit als auch die Macht haben, zu entscheiden, was gebraucht wird und sicherzustellen, daß ihre Entscheidungen ausgeführt werden. Es wird dargestellt, welche Rolle die Erwachsenenbildung hier übernehmen muß, um durch politische Bildung (keine Partei- und Gewerkschaftspolitik) die Menschen zu ermutigen, ihre eigenen Ziele herauszufinden, ihre Organisations- und Kooperationsfähigkeit sowie die Fähigkeit, Vorhaben auszuführen, zu stärken. Es ist allen, die sich mit der Durchsetzung der Politik von unten auseinandersetzen, zum Studium zu empfehlen.

güh

Titus Alexander: Werte für Menschen - Erwachsenenbildung und popular planning; Lokale Ökonomie - Veröffentlichungsreihe Nr. 13, London 1990 - 104 Seiten

Samir Amin Die Zukunft des Weltsystems

Eine marxistische Analyse

Wer sich in Gewerkschaften, sozialistischen/kommunistischen Parteien und Organisationen oder in anderen Bereichen mit der herrschenden „angebotsorientierten“ Politik und ihren Apologeten herumschlagen muß – sei es die Zerstörung des Flächentarifs, die Zerstörung der Sozialversicherungen, Privatisierungen und Deregulierungen, sei es das Auf-den-Kopf-Stellen eines früher wenigstens im Anspruch sozialen, mit steigenden Einkommen und Vermögen progressiv steigenden Steuersystems in das heutige, hohe und höchste Einkommen und Vermögen von jeder Steuer befreende Chaos à la CSU-Waigel, sei es die Reduzierung der Europäischen Einigung auf „EURO + Europol + Eurofighter“ – der findet in der Anfang des Jahres im VSA-Verlag in Hamburg erschienenen neuen Schrift von Samir Amin „Die Zukunft des Weltsystems. Herausforderungen der Globalisierung“ viele Anregungen aus marxistischer Sicht.

Was nicht heißen soll, daß das Buch einfach zu lesen ist. Vieles ist nur ganz knapp skizziert, fast im Telegrammstil, manches, das man gerne genauer begründet und erläutert hätte, liest sich wie eine ohne Herleitung hingeworfene These. Das mag damit zu tun haben, daß die deutsche Ausgabe nur die Übersetzung von 5 Abschnitten eines längeren französischen Werks ist: „Le Defis de la Mondialisation“, auf deutsch: Die Herausforderungen der Globalisierung. Trotzdem: Wer sich die Mühe macht, den Band zu lesen, findet zahlreiche Anregungen für eine marxistisch begründete Gegenwehr gegen die angeblich „unaufhaltsame Globalisierung“ und auch für eigene, weiterführende Studien und Diskussionen. Das gesamte Buch vorzustellen, ist wegen der schon erwähnten oft skizzenhaften Thesen schwierig. Hier soll deshalb nur einer – von insgesamt fünf Abschnitten – vorgestellt werden, in dem sich Amin mit einigen Gründen für die anhaltende Polarisierung der Welt, ihre Aufteilung in einen kleinen Block reicher, herrschender imperialistischer Staaten im Norden und eine riesige, von diesem Norden ausgeplünderte Mehrheit im Süden des Globus befaßt.

Die „5 Monopole“

Amin vertritt hier u.a. die These, daß zusätzlich zu dem schon lange in der marxistischen Theorie festgestellten „ungleichen Tausch“ auf dem Weltmarkt – vor allem von Rohstoffen, Agrarprodukten des Südens gegen Industrieprodukte des Nordens – fünf Monopole des Nordens für dessen Vormachtstellung und für die systematische Ausplündierung des Südens eine große, wenn nicht ausschlaggebende Rolle spielen. Der ungleiche Tausch sei nur „die Spitze des Eisbergs“.

„In einem ungleichen Ringen (mit den

Ländern des Südens, der sog. „Peripherie“, d. Red.) setzen die Zentren hier auf ihre, wie ich sage, „fünf Monopole“, die zusammen für die Effizienz ihrer Aktionen sorgen. Diese fünf Monopole, die folglich die Sozialtheorie in ihrer Gesamtheit angehen, sind m.E.:

- Erstens: Die Monopolstellung der jetzigen Zentren im Bereich der Technologie. Solche Monopole erfordern gewaltige Ausgaben, die nur der Staat, der große und reiche Staat, stützen kann. Ohne diese Stützung – die der liberale Diskurs immer verschweigt – und besonders ohne die Stützung durch Rüstungsausgaben ließen sich diese Monopole zumeist nicht bewahren.
- Zweitens: Die Monopolstellung in der Kontrolle der globalen Finanzflüsse. ... Noch vor kurzem konnte das Sparaufkommen einer Nation größtenteils nur in dem generell nationalen Betätigungsraum ihrer Finanzinstitute zirkulieren. Heute ist das anders: Dieses Sparaufkommen wird durch Intervention von Finanzinstituten mit weltweitem Geschäftsfeld zentralisiert ...
- Drittens: Die Monopolstellung beim Zugang zu den Naturschätzen der Erde ...
- Vierthens: Die Monopolstellung im Kommunikations- und Medienbereich ...
- Fünftens: Die Monopolstellung im Bereich der Massenvernichtungswaffen ...

Insgesamt bestimmen diese fünf Monopole das Wirkungsfeld des globalisierten Wertgesetzes. Weit davon entfernt, eine „rein“ ökonomische Rationalität anzuzeigen, ist dieses Gesetz der verdichtete Ausdruck jenes gesamten Bedingungsgefüges.“ (S. 43f)

Tatsächlich weist etwa die neueste UNCTAD-Liste der 100 größten sog. „transnationalen Konzerne“

- 26 Konzerne im Bereich „Öl, Kohle, Gas“, anderer Bergbau sowie Nahrungsmittel auf, d.h. im Bereich „Kontrolle der Naturschätze“ dieser Erde,
- 48 Konzerne in den Bereichen Automobil, Pharma,

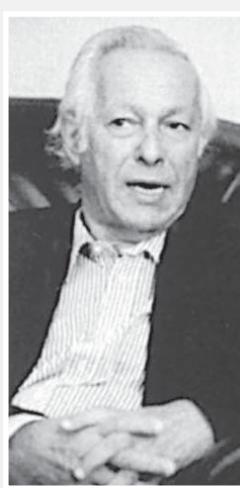
Elektro, Elektronik, Chemie – also in Bereichen, die mit hohen staatlichen Zuschüssen, Rüstungsaufträgen, Forschungsmitteln usw. subventioniert werden, und • 6 Konzerne im Bereich „Medien, Telekommunikation“.

Welche wirtschaftliche Bedeutung technologische Monopole haben können, haben die Länder des früheren RGW mit den COCOM-Embargisten des Westens lange Jahre erlebt. Und welche Macht große Handels- und Finanzmonopole haben, wie rasch diese z.B. unerwünschte Wettbewerber vom (Welt)-Markt drängen können, haben diese hierzulande vor wenigen Jahren bei Annexion und „Plattmachen“ der DDR unter Beweis gestellt.

Interessant ist die These Amins von den „5 Monopolen“ auch insofern, als er damit versucht, die Analyse des Weltmarktes und des dort herrschenden Wertetransfers von einer „ökonomistischen“ Verengung auf reine „Marktfaktoren“ zu befreien.

Eine „aufholende Industrialisierung“, wie sie die Staaten der Dritten Welt während der sog. „Bandung-Ära“ der 50er bis späten 70er Jahre versucht hatten, hält Amin unter diesen Umständen für aussichtslos: „Ich sage hier, daß jenes Gefüge der Industrialisierung der Peripherien ihre Tragweite nimmt, denn es entwertet die in ihren Erzeugnissen geprägte produktive Arbeit und setzt dagegen die angebliche Wertschöpfung durch Tätigkeiten, welche die neuen Monopole der Zentren anwenden, zu hoch an. Es erzeugt so eine neue Hierarchie in der Einkommensverteilung im Weltmaßstab, die ungleicher wird als je zuvor, und reduziert die Industrie der Peripherie auf die subalterne Rolle von Zulieferern. Die Polarisierung findet darin ihre neue Grundlage ...“ (S. 45) „Die Globalisierung durch den Markt ist eine reaktionäre Utopie“ (ebenda).

Scharf setzt sich der Autor an anderer Stelle mit liberalen Legenden über eine angeblich unwiderrufliche „Globalisierung“ und einen angeblich „freien Weltmarkt“ ohne Staaten auseinander: „Man



Zur Person: Samir Amin, Ägypter, geboren 1931, spricht noch heute viel Sympathie über die Oktoberrevolution und die chinesische Kulturrevolution. Er galt in den „realsozialistischen“ Ländern lange als „Nicht-Marxist“, gar als „Anti-Marxist“, weil er den realexistierenden Sozialismus als „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ einstuft (Amin im Februar dieses Jahres im „Neuen Deutschland“: „Heute würde ich vielleicht sagen: ‘Kapitalismus ohne Kapitalisten’“) und die „nationalen Befreiungsbewegungen“ zur „Abkopplung“ von der Entwicklungslogik des imperialistischen Nordens aufforderte. Der Wirtschaftswissenschaftler versuchte nach Studium und Lehre in Paris, Dakar und Poitiers und wieder Paris, seine Theorie in den Jahren 1957 bis 1960 als Planungsspezialist im Ägypten Nasser, 1960 bis 1963 im Mali Modibo Keitas umzusetzen. Er lebt heute in Senegal und leitet dort die Nichtregierungsorganisation „Third World Forum“ (Dritte-Welt-Forum). Auf deutsch erschien von Samir Amin „Das Reich des Chaos. Die neue kapitalistische Mondialisierung“ (VSA-Verlag, Hamburg 1992).

Standpunkte: „... der historische Marxismus übersah die Bedeutung der globalen Polarisierung, also der Lokalisierung der aktiven und der passiven Armee (mit „aktive Armee“ meint Amin die „organisierte Industriearbeiterklasse“, mit „passive“: „Erwerbslose, Ausgegrenzte, Werktätige in Produktionssektoren vor-kapitalistischer Prägung mit geringer Produktivität“, d. Red.) an politisch-geografisch getrennten Orten, im Zentrum bzw. in den Peripherien; deshalb nahm er an, das ständige Hin und Her derselben proletarisierten Individuen zwischen jenen Armeen werde die Einheit der antikapitalistischen Front und daher den raschen Erfolg ihrer globalen Aktion garantieren. Die Polarisierung erklärt, daß im Gegenteil aus dem Bruch dieser Einheit zwei antikapitalistische Strategien entstanden und zunehmend in Kontrast gerieten: die sozialdemokratische Strategie in den Arbeiterklassen der Zentren; die leninistische (später maoistische) Revolutionsstrategie bei den Völkern der Peripherien ...“ (S. 19)

„Nun treten die Schwierigkeiten ‘Kleineuropas’ (der EU) in eben dem Moment offen hervor, wo das große Europa der Herausforderung neue Dimensionen verleiht. Es gab die Gelegenheit, das Europa-Projekt insgesamt aus linker Sicht zu überdenken und den Aufbau eines ökonomisch und politisch großen (‘konföderierten’) Europas, das durch Wiederherstellung der Einheit der Kräfte der Arbeit auf der Linken verankert worden wäre, in Angriff zu nehmen. Man hat die Gelegenheit verstreichen lassen und im Gegenteil die Rechtskräfte unterstützt, die eilends aus dem Zusammenbruch des Sowjetsystems Profit schlagen und ihm ein System des wilden Kapitalismus folgen lassen wollten. Natürlich kann dieses Projekt der ‘Lateinamerikanisierung’ Osteuropas die Chancen für ein anderes, nach links tendierendes Europa nur verschlechtern; außerdem kann es im Europa der 15 nur die Ungleichgewichte verstärken, und das zugunsten des einzigen Partners, der diese Evolution gewinnbringend kapitalisieren kann: des verei-

nigten Deutschlands.“ (S. 47)

„Die Idee, daß die kulturellen Differenzen nicht nur real und wichtig, sondern auch fundamental seien (so daß der gemeinsame transkulturelle Nenner, der von der Menschheit zu sprechen erlaubt, gegen Null geht), daß diese Differenzen bleibend und stabil, also transhistorisch seien, ist nicht neu. Sie liegt im Gegenteil den gängigen gemeinsamen Vorurteilen aller Völker und Zeiten zugrunde ... Das Hochspielen der Spezifität und Differenz, die ideologische Mobilisierung für infra-nationale (ethnizistische) oder supranationale (kulturalistische) Ziele ... bewirken, daß Kampfaktionen entgleisen - zur ethnischen Säuberung, zum religiösen Totalitarismus ... Im Rahmen dieser Logik und dieser Strategien ist der ‘Konflikt der Kulturen’ möglich, ja erwünscht. Huntingtons Äußerung zum Thema ist m.E. so aufzufassen. Denn dieser Autor ist kein Intellektueller, sondern ein Beamter, der die politischen Strategien der USA (insbesondere der CIA) rechtfertigen soll.“ (S. 132f.)

tut so, als gebe es bereits ein globalisiertes Produktionssystem und daher keine Möglichkeiten mehr für effiziente Politiken. Man tut so, als sei dieses System bereits – oder demnächst – in allen Dimensionen integriert, so daß die globalisierte Dezentralisation der Produktion und ihre Steuerung mit Hilfe der Informatik die früher nötigen massiven Transfers von Produktionsfaktoren (besonders die Migration von Werktätigen) ablösen und erübrigen. Man tut so, als sei die Konkurrenz auf dem Markt nicht mehr vom Konflikt der Staaten umrahmt ... Keines dieser Argumente kann der Beobachtung und Reflexion standhalten. Es gibt kein globalisiertes Produktionssystem, obwohl die Effizienz der nationalen Produktionssysteme bereits untergraben ist ... Die auf den Märkten widerstreitenden Interessen suchen den Rückhalt staatlicher Autoritäten; und die ‘starken’ Staaten im Weltsystem (die USA, Deutschland, Japan) lassen sich nicht nehmen, diese Autorität zu gebrauchen.“ (S. 139f.)

Zudem bestehe z.B. selbst bei weiterem Voranschreiten der „Globalisierung“ keinerlei Aussicht auf „Absorbtion der Reservearmee in den Peripherien“. Tatsächlich beschäftigten die lt. UNCTAD 100 weltweit größten „transnationalen“ Konzerne 1995 ca. 12 Millionen Beschäftigte, davon 5,8 Millionen in Ländern außerhalb ihres Stammsitzes – eine enorme Zahl und eine enorme Macht, sicher, aber wieviel im Verhältnis zu einer Weltbevölkerung von über 5 Milliarden Menschen? Weniger als 1% der weltweiten Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter, grob geschätzt!

Auch die erkennbare Anlehnung kleiner, schwächerer Staaten an die großen Mächte werde erstere über kurz oder lang ins Unglück stürzen: „Genannt wird hier

der Erfolg Tschechiens, das im Begriff ist, sich von Deutschland absorbieren zu lassen. Die betreffende Angleichung bleibt jedoch die Ausnahme und nicht die Regel (was hat denn Haiti von seiner Integration in den nordamerikanischen Raum!) Außerdem läßt sich der politische Preis nicht ganz verschweigen. Wird Tschechiens Zukunft an das Los des zur Eindeutschung bestimmten Protektorats Böhmen und Mähren erinnern? ...“

Schließlich sei diese „Globalisierung“ auch eine Gefahr für die Demokratie: „Dieses neue Mittelalter, dieses Nebeneinander von ‘Gemeinschaften’, die in Ghettos gesteckt werden und nicht über deren Mauern hinausblicken können, ohne ‘Staat’, aber mit viel Polizei, ohne die Kapazität, auf das Wirtschaftssystem einwirken zu können – was wäre daran förderlich für den Fortschritt der Demokratie?“ (S. 139f.)

Schlußfolgerungen

Amin endet die Skizzierung und Kritik des modernen „Weltsystems“ mit der Hoffnung, daß das derzeitige Weltsystem mit den USA als weltweit dominierender imperialistischer Macht vielleicht schon bald abgelöst werde durch eine „multipolare“ Welt“. Wobei die Herausbildung der „vielen Zentren“ – China, Indien, die EU, Rußland u.a. – nicht zwingend auch mit gesellschaftlichem Fortschritt in diesen Regionen verbunden sein muß – aber verbunden sein kann.

Das Buch endet mit vier Herausforderungen und vier Thesen „zur Neuaufnahme der Debatte über die Transition vom Kapitalismus zum Sozialismus“. Die vier Herausforderungen sind für ihn

a) die Herausforderung des Marktes, wo es gelte, „Randbedingungen für den Markt zu setzen und ihn einer sozialen

Reproduktion dienen zu lassen“. Die Verbindung unterschiedlicher Eigentumsformen sei dabei „noch lange geboten“. b) die Herausforderung der Globalisierung, wo es gelte, „das Verhältnis Innen/Außen umzukehren, die einseitige Anpassung an äußere Zwänge abzulehnen ... Das, was ich Abkopplung nenne, definiert eines der großen Wirkungsfelder für die Realisierung der nötigen radikalen Reformen“. c) Die Herausforderung der Demokratie, wo es gelte, die bürgerlich-liberale Trennung zwischen juristischen Rechten und sozialen Rechten der Person zu überwinden, was eine wesentliche „Randbedingung für den Markt“ werden müsse. d) Die Herausforderung des nationalen und kulturellen Pluralismus, wo es gelte, gegen das Aufkommen ethnizistischer und religiöser Herrschaftsformen Koexistenz und Zusammenarbeit auf der Seite der Arbeitenden wieder zu festigen.

Diese sehr allgemeine Skizze von „Herausforderungen“ mündet in vier Thesen zum Übergang „zum Sozialismus im Weltmaßstab“, einen Übergang, der vermutlich ebenso lange und komplizierte Klassenkämpfe wie der Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus erfordere, „zwischen den Kräften und Logiken, welche die kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse reproduzieren, und den Kräften und Bestrebungen, die von systemkritischen, antikapitalistischen Logiken ausgehend die sozialistische Zukunft der Welt vorbereiten.“ (S. 145f.)

Auf der letzten Strategiekonferenz der PDS war Samir Amin einer der Referenten.

Samir Amin, Die Zukunft des Weltsystems. Herausforderungen der Globalisierung. VSA Verlag Hamburg 1997, 146 Seiten, 26,80 DM, ISBN 3-87975-694-5.

Euro... Drogen... Kriminalität...

Rechte Formierung und antifaschistischer Widerstand im Wahljahr 1998

Konservative Strategien und Neue Rechte

Helmut Kellersohn, DISS-Institut

Europäische Innenpolitik nach dem Amsterdamer Gipfel

Ulla Jelpke, MdB PDS

Wahlen in Hamburg

**Samstag, 29. November 1997, 13.30 Uhr
Jugendgästehaus Köln-Riehl, An der Schanz 14**

Veranstalter:
Herausgabekreis Antifaschistische Nachrichten

2. bis 4. Dez. SPD-Parteitag in Hannover.

5. und 6. Dez.: Europaweite Aktionen gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung

6. und 7. Dez.: Bundesweiter friedenspolitischer Ratschlag der „Friedensbewegung“ in Kassel.

6./7. Dezember: Bundestreffen der AG Betriebe&Gewerkschaften der PDS, Schwerin, Versorgungseinrichtung Hamburger Allee 122, ab 11 Uhr.

12./13. Dezember: „Europa der Kulturen“. Fachtagung von DGB, AWO, Pro Asyl u.a. „für eine nicht-rassistische und interkulturelle Gesellschaft“ in Dortmund. Infos beim DGB-Bundesvorstand, Ref. Migration, Düsseldorf, Tel. 0211-4301-342.

13. Dezember: Bundesweiter Aktionstag der PDS „Euro – so nicht“

13./14. Dezember: Bundesweite Konferenz der Euromarsch-Unterstützerinnen und Unterstützer

3.-6.1.1998: Linke Schule in Thüringen. Die Winterschule findet diesmal von Samstag bis Dienstag statt, Ort entweder Schnepfenthal oder Tambach-Dietharz.

10./11. Januar: Grüner Länderrat, u.a. mit Beratung über Bundestagswahlprogramm

30./31. Januar: „Historiker Impuls“ gegen Geschichts-Revisionismus in Kassel. Veranstalter sind u.a. IVVdN, BdA, Jenaer Forum, BdWi, Rosa-Luxemburg-Gesellschaft Leipzig, Gedenkstättenverband

Berlin, Hamburger Institut für Sozialforschung, div. Asten u.v.a.m. Infos bei VVN/BdA.

Februar: Bundesweiter Ratschlag des Erfurter Appels in Bochum.

1. März 1998: Landtagswahlen in Niedersachsen.

6.-8. März: Grüne BDK in Magdeburg verabschiedet Bundestagswahlprogramm

14./15. März: Frühjahrstagung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften in Köln

3.-5. April: PDS-Wahlparteitag in Rostock verabschiedet Bundestagswahlprogramm

19. April: FDP-Bundesparteitag verabschiedet Bundestagswahlprogramm

26. April 1998: Landtagswahl in Sachsen-Anhalt

29.-31. Mai: Peace Congress Osnabrück 98. Vom Westfälischen Frieden zu einem friedensstifenden Europa. Europäischer Friedens- und Kriegsdienstverweigerer-Kongress. Infos unter Tel. 05 41 / 26 06 50, Fax: 26 06 80.

8.-12. Juni 1998: 16. o. Bundeskongress des DGB in Düsseldorf

13./14. Juni: Bundeskongress der VVN-BdA in Braunschweig, Motto: „Zukunft Antifaschismus“. Infos bei der Bundesgeschäftsstelle der VVN-BdA, Rolandstr. 16, 30161 Hannover.

13. September: Landtagswahl in Bayern

27. September: Bundestagswahl

ADRESSE AUFKLEBER

Politische Berichte

**ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHIEN VIERZEHNTÄGLICH**

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Gutenbergstraße 48, 70176 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Martin Fochler, Emil Hruska, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 69 40 10 39, Fax: 030 / 69 40 10 41.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761/34961

Regionales West und Ost: Jörg Detjen, (West), GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.; Rüdiger Lötzer, (Ost) s.o. „Aktuelles...“. **Regionales West und Ost** wird in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Linke Kommunalpolitik hergestellt.

Aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler, GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32.

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seiten: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg, Tel. 040 / 38 13 93, Fax: 040 / 38 93 31.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78 DM (Förderabo 130 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 67,60 DM, Sozialabo: 52 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

Halb- Jahresabo (39 DM / 78 DM je Einzelabo)

Halb- Jahres-Förderabo (65 DM / 130 DM).

Halb- Jahres-Sozialabo (26 DM / 52 DM).

Halb- Jahresabo neue Länder (33,80 DM / 67,60 DM)

Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart